Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Sonntag, 27. Februar 1921

Nummer 97 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erſcheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition ſelbſt abgeholt 8,50 M. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland und Öſterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufſchlag, per Brief für Deutſchland und Öſterreich 30,— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgeſpaltene Kolonelzeile oder deren Raum koſtet 5,— M. einſchließlich Teuerungszuſchlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einſchließlich Teuerungszuſchlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernſprecher: Zentrum 2030, 2545, 4516, 4603, 4635, 4640, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Unſer die Zukunft — trotz alledem!

Von Max Peters

Der ob des Landtagswahlreſultats ſiegestrunkene „Vorwärts" brachte in ſeiner Agitationsnummer gegen die U. S. P. D. vom Donnerstagmorgen einen Leitartikel, der recht beachtenswert iſt. Die „Freiheit" hat bereits, ſozuſagen poſtwendend, den tönenden Phraſenſchwall des „Vorwärts" ſeines hohlen Kerns entkleidet. Es verlohnt ſich indeſſen, dieſe Auffaſſung des „Vorwärts" näher zu betrachten. Hebt er doch ſelbſt den Artikel aus dem Rahmen der täglichen Zeitungsaufſätze heraus, und will er ihn auch anſcheinend als eine programmatiſche Kundgebung ſeiner Partei gewertet wiſſen. Dieſer „Unſere Stärke" überſchriebene Artikel verdient aber auch um deswillen eingehendere Würdigung der ſozialiſtiſchen Arbeiter, weil er in Wahrheit die innere Schwäche dieſer zahlenmäßig ſo ſtarken S. P. D. offenbart. Er vertritt eine „ſozialiſtiſche" Auffaſſung, er atmet einen „proletariſchen" Geiſt wie ſie beide die alte Sozialdemokratie bereits ſeit den 90er Jahren überwunden hatte.

Der „Vorwärts"-Leitartikler führt den Stimmenwahlerfolg der S. P. D. auf ihre „richtige Erkenntnis der Dinge" zurück, die „ein Stück jener großen Erkenntnis ſei, ohne die das ganze Weltall nicht begriffen werden kann". Wie furchtbar gelehrt alles klingt! Dieſer ſozialdemokratiſche Sterngucker verrät aber mit ſeinen großen Worten nur eine Afterbildung, die der bürgerlichen Nationalökonomie und der bürgerlichen Ideologie entlehnt iſt. Die Lehre der Begründer des wiſſenſchaftlichen Sozialismus iſt dem „Vorwärts"ſchreiber völlig fremd geblieben. Wäre es anders, ſo müßte er wiſſen, daß Marx und Engels es gerade waren, die die Theſe der bürgerlichen Nationalökonomen von der friedlichen organiſchen Entwicklung der Geſellſchaft überwunden haben. Nach Marx und Engels iſt die treibende Kraft der geſellſchaftlichen Entwicklung der Kampf der in der Geſellſchaft vorhandenen Klaſſengegenſätze: der Klaſſenkampf. Die befreiende Tat der marxiſtiſchen Erkenntnis beſteht eben darin, daß ſie die Arbeiterklaſſe zum mitbeſtimmenden Faktor der geſellſchaftlichen Entwicklung berufen hat.

Weder Marx oder Engels noch irgend einer der Vorkämpfer des Sozialismus haben jemals dem Köhlerglauben Nahrung gegeben, daß die Ablöſungen der einzelnen Wirtſchaftsepochen ſo ganz reibungslos vonſtatten gehen können. Im Gegenteil: Marx ſagt ausdrücklich: „Die Gewalt iſt die Geburtshelferin jeder alten Geſellſchaft, die mit einer neuen ſchwanger geht." Und Laſſalle ſpöttelt über die Anhänger des friedlichen Entwicklungsgedankens in ſeiner Tragödie „Franz von Sickingen", wo er Ulrich von Hutten die Worte in den Mund legt:

> „Ehrwürd'ger Herr! Schlecht kennt Ihr die Geſchichte.
> Ihr habt ganz recht, es iſt Vernunft ihr Inhalt,
> Doch ihre Form bleibt ewig die Gewalt."

Selbſt bürgerliche Politiker der 90er Jahre haben der marxiſtiſchen Lehre mehr Verſtändnis entgegengebracht, als der „Vorwärts" heute beſitzt. Während der Zukunftſtaatsdebatten im Reichstag äußerte ſich der damalige Zentrumsführer Dr. Bachem über ſeine Kenntnis der marxiſtiſchen Politik:

„Marx war der Anſicht, daß zunächſt die ſozialdemokratiſche Partei zur politiſchen Macht zu gelangen habe, daß ſie dann die Macht zu benutzen habe in der Form einer revolutionären Diktatur des Proletariats, um dann allmählich in einer längeren politiſchen Uebergangsperiode den ſozialdemokratiſchen Staat aufzubauen. Verhältnismäßig vernünftig, meine Herren — das muß ich anerkennen."

Das ſagte der Zentrumsführer Dr. Bachem im Reichstage. Und der „Vorwärts" heute?

Die jetzt vom „Vorwärts" vertretene Auffaſſung von der friedlichen Ablöſung der kapitaliſtiſchen Wirtſchaftsordnung durch die ſozialiſtiſche war nie Gemeingut der Partei. Bereits der Parteitag in Erfurt 1891, der der Sozialdemokratie ihr Programm gegeben hat, verkündete als das erſte und Hauptziel der Partei die Eroberung der politiſchen Macht durch das klaſſenbewußte Proletariat. Bebel, der das Programm begründete, ſagte damals (S. 158 des Protokolls):

„Indem wir danach ſtreben, die kapitaliſtiſche Produktionsweiſe zu beſeitigen und die ſozialiſtiſche an ihre Stelle zu ſetzen, ſind wir genötigt, einen ganz anderen Weg als alle früheren Klaſſen, die zur Herrſchaft kamen, einzuſchlagen. Bisher zeigt uns alle menſchliche Entwicklung, daß eine Klaſſe erſt in dem Augenblicke zur politiſchen Herrſchaft im Staate anlangte, wo ſie die Herrſchaft über die neue Produktionsweiſe, den materiellen Machtbeſitz, erlangt hatte; bei uns handelt es ſich um etwas ganz Entgegengeſetztes.

Wir ſind nicht in der Lage, die Herrſchaft der Arbeiterklaſſe zu errichten auf der Gewinnung der ökonomiſchen Macht, wir müſſen zum umgekehrten Mittel greifen. In erſter Linie haben wir die politiſche Macht zu erobern und dieſe zu benutzen, um auch die ökonomiſche Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Geſellſchaft zu erreichen."

Und Bebel führte, indem er die Mittel zur Eroberung der politiſchen Macht beſprach, weiter aus, daß die Partei alle Mittel und Hebel in Bewegung ſetzen müſſe, die ihr geeignet erſcheinen, das Ziel zu erreichen. Bebel nahm ſchon damals ſcharf Stellung gegen v. Vollmar, der die reformiſtiſche Richtung der Partei, die ſpäter als reviſioniſtiſch bezeichnet wurde, vertrat. Dieſe Auseinanderſetzungen zwiſchen Reformismus und grundſätzlicher ſozialiſtiſcher Auffaſſung ſind auf allen Parteitagen wiedergekehrt.

Zu beſonders heftigen Auseinanderſetzungen kam es auf dem Dresdener Parteitag. Bebel hatte faſt den geſamten Parteitag auf ſeiner Seite, als er Vollmar gegenüber ausführte:

„Wenn wir morgen durch irgendeinen Umſtand unſere Gegner von ihren Sitzen verdrängen und uns ſelbſt hinſetzen könnten, ſo macht euch darüber keine Sorgen, wir würden ſchon wiſſen, was wir zu tun hätten. (Lebhafte Zuſtimmung.) Ach, dieſe kleinlichen Geſichtspunkte, dieſe Engherzigkeit, dieſe Schüchternheit, dieſes ewige Beruhigen, Temporiſieren, Diplomatiſieren, Kompromiſſeln! (Große Heiterkeit und Beifall.) Natürlich iſt alles ſtaatsmänniſche Genie auf Seite unſerer Reviſioniſten (Heiterkeit), alles diplomatiſche Geſchick auf ihrer Seite. Ihr ſtaatsmänniſches Genie ſieht man ſchon auf tauſend Meter Entfernung (Heiterkeit), und ihr ſtaatsmänniſches Geſchick riecht man ſchon auf hundert Meter. (Erneute große Heiterkeit.) Darauf ſage ich euch: Dieſe Prinzipienreiter, die Leute, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das ſind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine ſein — aber ich ſage: merkt man einem an, daß er ein „Staatsmann" iſt, dann iſt er ſchon keiner mehr. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Läßt jemand ſich den Diplomaten anmerken und ſpricht er es womöglich auch noch aus, dann hört er auf, es zu ſein. (Sehr richtig!) Es iſt, mit einem Wort, das Streben der Annäherung an die bürgerliche Geſellſchaft. (Lebhafte Zuſtimmung.) Die Vertuſchung, die Ueberbrückung der Gegenſätze zwiſchen Proletariat und bürgerlicher Geſellſchaft."

Aus all dem geht deutlich hervor, daß die Anſchauung, die der „Vorwärts" heute als die grundſätzliche Auffaſſung der S. P. D. ausgibt, die des reviſioniſtiſchen Flügels der alten Sozialdemokratie war. Es iſt höchſt erfreulich, daß der „Vorwärts" dies deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Damit hat er zugleich, wenn auch unbewußt, den fundamentalen Unterſchied aufgezeigt, der zwiſchen der S. P. D. und der U. S. P. D. heute beſteht.

Ja, noch mehr! Hat nicht das, was Bebel ſo ſcharf ſtets bekämpfte, das Paktieren mit der bürgerlichen Geſellſchaft, **die geſamte S. P. D. zum oberſten Grundſatz ihrer Politik erhoben?** Die Politik, die die ehemaligen Reviſioniſten ſchüchtern propagierten — die S. P. D. von heute hat ſie praktiſch angewandt, durchgeführt bis in alle ihre Konſequenzen: bis zum Aufgeben jeder ſelbſtändigen, ſozialiſtiſch orientierten, proletariſchen Politik. Und juſt in dem Augenblick hat die S. P. D. ſich mit dem Bürgertum verbunden, da die Arbeiterklaſſe imſtande war, die politiſche Macht auszuüben. Dieſes Verhalten der S. P. D. war und bleibt hiſtoriſch ein Verrat am Sozialismus und der Arbeiterklaſſe.

So notwendig die U. S. P. D. bisher war, um ſo notwendiger wird ſie in Zukunft ſein. Mit derſelben Entſchiedenheit, mit der Bebel den Reviſionismus in der alten Partei bekämpfte, muß die U. S. P. D. heute den Reformismus der S. P. D. bekämpfen. Weder vorübergehende Erfolge der S. P. D. noch Rückſchläge in ihren eigenen Reihen kann unſere Partei von ihrem vom wiſſenſchaftlichen Sozialismus gewieſenen Weg abdrängen.

Die Erziehung der Proletarier zu wiſſenſchaftlich gefeſtigten und tatbereiten revolutionären Sozialiſten iſt, zumal in unſerer Zeit der politiſchen Verflachung, keine leichte Aufgabe. Illuſionen in den Arbeiterköpfen zu wecken und Appells an die Gedankenloſigkeit der breiten Maſſe zu richten, wie es ebenſo von den Rechtsſozialiſten wie von den Kommuniſten geſchieht, werden immer ein dankbareres und zahlreicheres Publikum finden, als eine auf wiſſenſchaftliche Erkenntnis ſich ſtützende Aufklärungsarbeit. Aber die tatſächliche Entwicklung der wirtſchaftlichen und politiſchen Verhältniſſe werden allmählich auch den Arbeitern, die gedanklich der Politik der U. S. P. D. heute noch nicht zugänglich ſind, die Augen öffnen. „Die Logik der Dinge wird ſprechen", ſchrieb Marx an Schweitzer, und er fügte hinzu: „Aber die Ehre der Arbeiterpartei erheiſcht, daß ſie ſolche Trugbilder zurückweiſt, ſelbſt bevor deren Hohlheit an der Erfahrung geplatzt iſt." Der Arbeiterklaſſe Enttäuſchung, Erniedrigung und Demütigung zu erſparen, die Proletarier zu ſammeln und reif zu machen zur Eroberung der politiſchen Macht und zur Durchführung des Sozialismus iſt nur berufen eine Partei, die die marxiſtiſche Taktik, wie ſie von Bebel allzeit vertreten wurde, zu der ihrigen gemacht hat. Das iſt in Deutſchland die Unabhängige Sozialdemokratie.

Um die deutſchen Kolonien

Amerika gegen den Völkerbundsrat

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an den Völkerbund eine Note über die Verteilung der Mandate gerichtet. Sie weiſt darin auf die Abſchrift einer Note hin, die von ihr am 20. November 1920 an den engliſchen Staatsſekretär des Auswärtigen, Lord Curzon, gerichtet worden iſt, und in der die Bitte ausgeſprochen wird, die für den Völkerbund beſtimmten Mandatsprojekte der Regierung der Vereinigten Staaten mitzuteilen, ehe ſie dem Rat unterbreitet werden. Auf dieſe Weiſe könne der Völkerbundrat die Anſicht der Regierung der Vereinigten Staaten über die Form dieſer Mandatsprojekte kennen lernen.

In dem zweiten Teil der Note wendet ſich die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Zuteilung eines Mandats über alle ehemaligen deutſchen Inſeln im Stillen Ozean nördlich des Aequators an Japan. Die Regierung der Vereinigten Staaten weiſt „in freundſchaftlichem Geiſte" den Präſidenten und die Mitglieder des Völkerbundrates darauf hin, daß tatſächlich die Vereinigten Staaten, die in dem klaren und häufig gebrauchten Ausdruck „Alliierte und Aſſoziierte Hauptmächte" einbegriffen ſind, ihre Zuſtimmung zu dem Tenor und zu den Beſtimmungen des Mandates, das in dieſem Text figuriert, nicht erteilt hat. **Die amerikaniſche Regierung hat noch weniger gebilligt, daß Japan ein Mandat über alle ehemals deutſchen Inſeln im Stillen Ozean nördlich des Aequators anvertraut wird.** Die Vereinigten Staaten haben niemals ihre Einwilligung in die Einbeziehung der Inſel Yap in die dem japaniſchen Mandat unterworfenen Territorien erteilt, im Gegenteil hat der Präſident Wilſon, als die Frage eines Mandates für die ehemals deutſchen Inſeln im Stillen Ozean nördlich des Aequators erörtert wurde, im Laufe dieſer Erörterung im Namen ſeiner Regierung Sorge getragen, zu erklären, daß die Frage der Zuteilung der Inſel Yap den Gegenſtand einer ſpäteren Prüfung bilden ſolle.

Die Regierung der Vereinigten Staaten weiſt weiter darauf hin, daß ſie ſchon früher gegen die Einbeziehung der Inſel Yap in das Mandatsprojekt Stellung genommen habe. Die Inſel Yap gehöre notwendigerweiſe zu jenem Projekt oder jenem praktiſchen Syſtem von Kabelverbindung im Stillen Ozean, und deren freie Benutzung könne von keiner Macht begrenzt oder kontrolliert werden. Die Note ſchließt in folgendem energiſchen Ton: Die Vereinigten Staaten ſind als eine der alliierten und aſſoziierten Hauptmächte unabhängig und mit demſelben Recht wie die anderen alliierten und aſſoziierten Mächte am Schickſal der deutſchen Kolonien intereſſiert und haben unbeſtreitbar Stimme im Kapitel, wenn es ſich darum handelt, über ſie zu verfügen, was, wie wir uns ergebenſt zu ſagen erlauben, ohne ihre Einwilligung weder unternommen, noch verwirklicht werden kann. Die Regierung der Vereinigten Staaten ſieht ſich alſo veranlaßt, ergebenſt zu erklären, daß ſie ſich nicht durch den Tenor und die Beſtimmungen des genannten Mandats für gebunden erachten kann, und daß ſie darauf Wert legt, daß von ihrem Proteſt gegen die in dieſer Beziehung am 17. Dezember v. J. vom Völkerbundsrat getroffene Entſcheidung Notiz genommen wird.

Armenien und die Türkei

Paris, 26. Februar.

Wie der Sonderberichterſtatter der Havas-Agentur aus London meldet, haben die alliierten Sachverſtändigen heute vormittag eine zweiſtündige Sitzung abgehalten, in der mit den armeniſchen und türkiſchen Vertretern verhandelt wurde. Bogos Nubar Paſcha verlangte, indem er ſich auf den Boden des Friedensvertrages von Sèvres ſtellte, Garantien für die Armenier in Cilicien. Ein anderer armeniſcher Delegierter proteſtierte gegen die Beſtimmungen des Vertrages, der zwiſchen den türkiſchen Nationaliſten und der Regierung von Eriwan abgeſchloſſen wurde und der zwei ruſſiſche Provinzen unter türkiſche Herrſchaft bringe. Bekir Sami Bey ſetzte alsdann für die türkiſche Delegation die Lage in Turkeſtan auseinander. Die Nationalverſammlung von Angora habe ein Geſetz angenommen, das allen turkeſtaniſchen Wilajets volle Autonomie gewähre. Sie ſeien im Parlament vertreten und die Bevölkerung erhebe keine Forderungen, mit Ausnahme von einigen Diſſidenten, die keine Bedeutung hätten. Der türkiſche Vertreter erbat ſich ſogar, ſeine Behauptungen an Ort und Stelle durch die Alliierten nachprüfen zu laſſen. **Für Armenien gebe es keinen Platz in der Türkei**, denn es gebe nirgends eine armeniſche Mehrheit. Bekir Sami Bey hatte ſich in ſeinem Exposé auf den Standpunkt des Nationalitätenprinzips geſtellt. Lord Curzon habe ſodann daran erinnert, daß die Großmächte das feierliche Verſprechen gegeben hätten, Armenien in einen autonomen Staat umzuwandeln.

Generalſtreik in Polen

Wie wir bereits mitteilten, hatte der Streik der Lokomotivführer in Polen die Militariſierung aller Eiſenbahnbetriebe und die Verhängung des Standrechts durch die Regierung zur Folge. Daraufhin hat nach einer „Telunion"-Meldung aus Warſchau die Zentralkommiſſion des polniſchen Gewerkſchaftsverbandes einen Aufruf erlaſſen, in dem ſie die Militariſierung der Eiſenbahn als einen Anſchlag auf die wichtigſten Rechte der arbeitenden Volksſchichten bezeichnet und für Montag, den 28. Februar, den Generalſtreik für ganz Polen proklamiert.

Die Putſchzentrale

Pöhner und Dr. Roth als Verbindungsmänner

Ueber die Putſchabſichten der Monarchiſten ſind inzwiſchen weitere Einzelheiten bekanntgeworden. Es kann als feſtſtehende Tatſache angeſehen werden, daß der Sitz der Verſchwörung in Bayern iſt. Die Regierung Kahr hat zuſammen mit dem Juſtizminiſter Dr. Roth und dem Polizeipräſidenten Pöhner den Putſchiſten in jeder Weiſe Vorſchub geleiſtet.

Wir haben ſchon vor Wochen darauf hingewieſen, daß ſich in Bayern alle Elemente verſammelt haben, denen beim Kapp-Putſch die Felle davongeſchwommen waren. Mit Hilfe der bayeriſchen Regierung, die ſich ja nur als Platzhalter der kommenden Monarchie betrachtet, haben die Putſchiſten, die ſich in Bayern verſammelt haben, alle erforderlichen Maßnahmen für das neue Unternehmen getroffen. Kapitänleutnant Ehrhardt hat mit Wiſſen der bayeriſchen Regierung ſeine Brigade in Stärke von etwa 40 000 Mann in den bayeriſchen Wäldern verſammelt. Der Juſtizminiſter Dr. Roth, ein Erzreaktionär ſchlimmſter Sorte, hat von dieſen Dingen Kenntnis gehabt, er wußte auch den Aufenthalt Ehrhardts und hat ſeine Pflicht, ihn zu verhaften, in der gröblichſten Weiſe verletzt.

Das Vergehen, das dem Juſtizminiſter Roth zur Laſt gelegt werden muß, wird nach dem Geſetz mit Zuchthaus beſtraft. Denn das Strafgeſetzbuch beſtimmt, daß jeder, der einen Verbrecher ſeinem ordentlichen Richter entzieht, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren beſtraft wird. Der Münchener Polizeipräſident Pöhner gehört ebenfalls auf die Anklagebank. Er hat ſein Amt dazu mißbraucht, Material für die Verſchwörerorganiſationen aus ganz Deutſchland zuſammenzutragen, und mit Recht fordert daher die Münchener „Poſt" in einem Artikel die Verhaftung Pöhners und Dr. Roths.

Was den Putſchplan ſelbſt anbelangt, ſo ſteht feſt, daß in München wiederholt Zuſammenkünfte der Freikorpsführer ſtattgefunden haben, an denen neben politiſchen Perſönlichkeiten auch Kapitän Ehrhardt und Oberſt Bauer, der Intimus des Generals Ludendorff, teilnahmen. Beide Herren haben ſich, obwohl ſie ſteckbrieflich verfolgt werden, bis vor einigen Tagen in München aufgehalten. Sie ſind erſt verſchwunden, als in der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung" der Warnungsruf erſchien.

Die Putſchiſten haben ihre Pläne nun keineswegs aufgegeben. Wir haben wiederholt darauf hingewieſen, daß in den letzten Wochen ſelbſt aus den Kreiſen der bayeriſchen Königspartei, die aus partikulariſtiſchen Gründen gegen die alldeutſchen Putſchiſten Stellung nimmt, Warnungsrufe an die Oeffentlichkeit gedrungen ſind. Eſcherich, die vorgeſchobene Perſon, ſpielt jetzt zwar den Frommen, obwohl auch ihm die Pläne der Freiſchärler nicht unbekannt ſind. Er hat dem Scheine nach ein Schreiben veröffentlicht, in dem er gleichfalls vor einem Putſch warnt. Der „Bayeriſche Kurier", das offiziöſe Organ der Bayeriſchen Volkspartei, bemerkt dazu: **„Das Schreiben iſt nicht überflüſſig!** Was dem Sinne nach ſoviel bedeutet, daß auch die Bayeriſche Volkspartei über die Abſichten der Putſchiſten informiert iſt.

Wir ſtellen im übrigen noch einmal feſt, daß die Reichsregierung die Hauptverantwortung an allem trägt, was ſich in den nächſten Wochen vollziehen wird. Sie hat wiederholt die Einwohnerwehren in Schutz genommen, ja, der Außenminiſter Dr. Simons hat ſogar in ſeinen Noten an die Entente ſich zum Schleppenträger der Orgeſchpolitik gemacht, er hat das Inland und das Ausland über die wahren Abſichten dieſer Geheimorganiſationen irregeführt.

Daß bisher nicht ein Kappverbrecher verhaftet, geſchweige denn gar verurteilt worden iſt, daß die Einwohnerwehren und die Orgeſch trotz Entwaffnungsgeſetz und trotz des Abkommens von Spaa ungeſtört ihre Rüſtungen betreiben konnten, iſt in erſter Linie dem Wirken der Deutſchen Volkspartei in der Reichsregierung zuzuſchreiben. Das hat der deutſchnationale Abgeordnete Maretzki vor einigen Tagen in der „Täglichen Rundſchau" ausdrücklich feſtgeſtellt. Wieſo war es möglich, daß die Deutſche Volkspartei eine derartige verbrecheriſche Politik in der Regierung betreiben konnte und noch betreibt? Nur weil die heutige Regierung die wohlwollende Unterſtützung der Rechtsſozialiſten findet. Deshalb iſt die ſcharfe Kritik, die der „Vorwärts" und die rechtsſozialiſtiſche Provinzpreſſe an den Einwohnerwehren üben, nicht ſonderlich ernſt zu nehmen. Die Rechtsſozialiſten ſind bisher in jeder kritiſchen Stunde der Orgeſchregierung beigeſprungen. Sie werden deshalb gemeinſam mit ihr die Verantwortung zu tragen haben für alle Dinge, die ſich aus der Haltung der Regierung den Putſchiſten und der Orgeſch gegenüber ergeben.

In der alten Rolle

Die geſtrigen Verhandlungen des Reichstages zeigten die Rechtsſozialiſten wiederum einmal in ihrer alten Rolle. Gemeinſam mit den bürgerlichen Parteien ſuchten ſie die ſachliche Beratung der von der Unabhängigen Fraktion geſtellten Entſchließung über die Aufhebung der von Ebert eingeſetzten Sondergerichte und die Kritik an der ſonſtigen Haltung Eberts zu verhindern.

Schon am Tage vorher hatten ſie mit dabei geholfen, die Beratung des Etats des Innern, zu dem urſprünglich der Unabhängige Antrag geſtellt war, zu verhindern. Jetzt gingen ſie noch weiter, verneinten die politiſche Verantwortung Eberts und entlarvten ſich damit ſelbſt als die Beſchützer aller der unerhörten, von ihm angeordneten Maßnahmen, die zum größten Teil gegen die Arbeiterklaſſe gerichtet ſind und den Noskekurs fortſetzen. Freilich geſtanden ſie das nicht offen ein, ſondern ſuchten es genau wie die bürgerlichen Parteien hinter formellen Einwänden zu vertuſchen. Für die Handlungen des Reichspräſidenten ſei dem Parlament gegenüber der Reichskanzler verantwortlich, deshalb ſei bei dem Etat des Reichskanzlers die Aufhebung der Verordnung vom 30. Mai 1920 zu beantragen und nicht bei dem Etat des Reichspräſidenten.

Durchaus zutreffend wies Genoſſe Roſenfeld darauf hin, daß dieſe Stellungnahme der Verneinung jeder Verantwortlichkeit des Reichspräſidenten gleichkomme. Aber noch ſtehe der Reichspräſident nicht über dem Geſetz. Wenn er ſogar auf Antrag des Reichstages vor den Staatsgerichtshof geſtellt werden könne, ſo müſſe doch auch bei ſeinem Etat Gelegenheit gegeben ſein, ſeine Maßnahmen der Kritik zu unterziehen. Aber alle dieſe Einwände ließen die Rechtsſozialiſten völlig unberückſichtigt. Mit den Bürgerlichen gemeinſam ſtimmten ſie gegen den unabhängigen Antrag.

Ihr Redner verzichtete deshalb auch auf jede Kritik an der Haltung Eberts, die dafür um ſo reichlicher, aber ſtreng ſachlich von dem Genoſſen Roſenfeld geübt wurde. So erreichten zwar die Rechtsſozialiſten, daß der unabhängige Antrag nicht zur Verhandlung kam, konnten aber trotzdem nicht verhindern, daß die ihnen nach außen hin ſo unbequeme Geiſtesverwandtſchaft Eberts mit Noske einer treffenden Kritik unterzogen wurde, die ſicherlich auch bei den rechtsſozialiſtiſchen Arbeitern volles Verſtändnis finden wird.

Flickſchuſter an der Arbeit

Rechtsſozialiſten und monarchiſtiſche Wehrmacht

Der „Vorwärts" iſt bis zum Kapp-Putſch mit ſeinem Parteifreund Noske durch dick und dünn gegangen. Er hat die Haltung Noskes, durch die der Kapp-Putſch heraufbeſchworen wurde, immer wieder gegen unſere Angriffe verteidigt. Nach dem Kapp-Putſch ſchien ſich das Blatt gewendet zu haben. Der „Vorwärts" gab ſich Mühe, die dunklen Machenſchaften der monarchiſtiſchen Offiziere innerhalb der Reichswehr zu beleuchten, alle reaktionären Maßnahmen der Generale zu bekämpfen. Auch die rechtsſozialiſtiſche Reichstagsfraktion, beſonders Herr Scheidemann, hat wiederholt ſcharfe Angriffe gegen die Wehrmacht gerichtet. Als aber der Etat der Wehrmacht zur Beratung ſtand, begnügten ſich die Rechtsſozialiſten damit, lediglich ein paar unbedeutende Abänderungsanträge zu ſtellen und in der entſcheidenden Stunde gaben ſie dann dem geſamten Etat ihre Zuſtimmung. Sie haben damit einer Einrichtung, deren antirepublikaniſchen Charakter ſie ſelbſt erkennen, die Exiſtenzmöglichkeit geſichert und ſomit ihre ganze Oppoſition dagegen ſelbſt als ein bloßes Scheinmanöver entlarvt.

Bei der Beratung des Wehrgeſetzes im Reichstag wird dieſes Komödienſpiel fortgeſetzt. Der „Vorwärts" hat wiederholt in Artikeln und Notizen gegen das Wehrgeſetz Stellung genommen, er hat das ganze Geſetz als ein reaktionäres Machwerk bezeichnet. Er hat insbeſondere darauf hingewieſen, daß das Wort „Republik" im Wehrgeſetz ſorgfältig vermieden werde, er hat ſich gegen die beſonderen Reſervatrechte Bayerns gewendet und auch dagegen, daß der Truppe das Recht gegeben wird, im Falle „öffentlicher Notſtände oder einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung" ſelbſtändig einzugreifen. Als aber am Freitag das Wehrgeſetz im Ausſchuß des Reichstages zur Beratung kam, ſtimmten die rechtsſozialiſtiſchen Vertreter alle Anträge der Unabhängigen, die ſich durchaus im Sinne der kritiſchen Vorbehalte des „Vorwärts" bewegten, nieder. Wir werden alſo auch bei der Beratung des Wehrgeſetzes wiederum erleben, daß die rechtsſozialiſtiſche Preſſe an den Einrichtungen der Wehrmacht zwar Kritik übt, daß aber die rechtsſozialiſtiſchen Parlamentarier ſich um dieſe Kritik nicht kümmern und nach einigen kleinen, an ſich ganz unbedeutenden Abänderungen, dem Wehrgeſetz in ſeiner Geſamtheit ihre Zuſtimmung geben.

Die Rolle, die Schöpflin und Stücklen, die rechtsſozialiſtiſchen Fachmänner in Militärfragen, im Reichstage ſpielen, iſt die von Flickſchuſtern. Sie können keine Arbeit leiſten, die den Forderungen der Zeit entſpricht. Sie heften dem Wehrgeſetz ein paar armſelige Flicken an, preiſen das als poſitive Mitarbeit, ſtimmen ſchließlich dem geſamten Geſetz zu und ziehen dann im Lande herum mit der Behauptung, der Republik wiederum einen großen Dienſt geleiſtet zu haben, während ſie doch in Wirklichkeit nur den Monarchiſten zu einem warmen Neſt verholfen haben.

3½ ſtatt 5 Milliarden

Der Haushalt des Reichswehrminiſteriums für 1921, in der Form, in der er dem Reichsrat zugehen wird, wird mit 3½ Milliarden abſchließen, während der Haushalt für 1920 mit über 5 Milliarden abſchloß, was bekanntlich zu ſcharfen Angriffen Anlaß gegeben hat.

Die Vollmachten für London

Die Entſcheidung der deutſchen Regierung über die Ergebniſſe der Londoner Konferenz ſoll nicht in London, ſondern beim Geſamtkabinett in Berlin fallen. Wie mitgeteilt wird, haben die Erfahrungen von Spaa gezeigt, daß es bei der endgültigen Beſchlußfaſſung äußerſt erſchwerend iſt, wenn ein Teil des Kabinetts ſich in Berlin und ein anderer Teil am Verſammlungsort befindet. Beide Rumpfkabinette ſind dann nicht in der Lage, eine Entſcheidung zu treffen, und ein gemeinſamer Beſchluß iſt äußerſt ſchwierig herbeizuführen. Miniſter Simons geht lediglich als Vertreter des Kabinetts und Unterhändler nach London. Die Vorſchläge der deutſchen Regierung werden bis zur Bekanntgabe in London völlig geheim gehalten.

Fortſetzung folgt

In der geſtrigen Morgenausgabe der „Roten Fahne" konnte man am Schluſſe des Berichts über die Sitzung des Zentralausſchuſſes der Kommuniſtiſchen Partei die Mitteilung leſen, daß das Blatt von einer Wiedergabe der Diskuſſion zu den einzelnen Punkten abſehe. Aber es wurde eine Fortſetzung verſprochen, und man konnte erwarten, daß dieſe Fortſetzung noch einiges bringen würde, was für die Mitglieder der Partei nicht ohne Intereſſe geweſen wäre. In der Abendausgabe fand man die Fortſetzung, aber ſie enthielt lediglich die neueſten Parolen des Zentralausſchuſſes zur Bündnisfrage, zur Aufnahme der K. A. P. D. in die Kommuniſtiſche Internationale und zur Gewerkſchaftsfrage.

Wir erfahren im einzelnen, daß der Zentralausſchuß in der Kampagne, die von einzelnen führenden Genoſſen der Berliner Organiſation gegen die Parole der Partei in der Bündnisfrage geführt worden ſei, „eine ſchwere Schädigung der Berliner Organiſation in der Aktion der Partei" erblicke. Trotz dieſem Kauderwelſch läßt ſich die Tatſache nicht leugnen, daß nicht nur „einzelne führende Genoſſen" die Bündnisparole bekämpften, ſondern daß die Mehrheit des Berliner Aktionsausſchuſſes ſich hinter die Oppoſition geſtellt hat. Was wird mit ihr nun geſchehen?

Auch in der Frage der K. A. P. D. finden die Berliner Parolen keine Gnade vor dem Zentralausſchuß. Die Berliner hatten beantragt: „Die Erklärung der Reichszentrale ſowie insbeſondere der bekannte Brief an die Exekutive der Kommuniſtiſchen Internationale bringen keine hinreichend wahre prinzipielle Stellung zum Ausdruck, bewegen ſich in ſentimentalen Klagen und in Bitten um Schutz vor den Angriffen der K. A. P. D., laſſen hingegen jede Richtlinie für die eigene Partei fallen und tragen bei alledem dem Hauptmoment der Exekutive, dem Opportunismus in unſeren Reihen, keine Rechnung. Die Funktionärverſammlung ſieht deshalb dieſe Veröffentlichung als verfehlt an." Demgegenüber beſtätigte der Zentralausſchuß eine von der Zentrale ſchon früher beſchloſſene Reſolution, worin die K. A. P. D. der Kommuniſtiſchen Exekutive denunziert wird, daß ſie deren Bedingungen verhöhnt habe.

In den Parolen, die zur Gewerkſchaftsfrage herausgegeben wurden, wird anerkannt, „daß die Rote Gewerkſchaftsinternationale als internationale Organiſation auch Beziehungen zu ſyndikaliſtiſchen und ähnlichen Organiſationen herſtellen muß." In Deutſchland ſollen aber Syndikaliſten und Unioniſten nicht „bedingungslos" zugelaſſen werden, weil die Moskauer Gewerkſchaftsinternationale dadurch als Spalterin der Gewerkſchaften erſcheinen würde. In aller Beſcheidenheit wird der Moskauer Gewerkſchaftsinternationale nahegelegt, bei der Aufnahme irgendwelcher deutſcher Organiſationen die Entſcheidung nicht ohne Zuſtimmung der V. K. P. D. zu treffen.

Man kann alſo den Stand des kommuniſtiſchen Films folgendermaßen kennzeichnen: In Oberſchleſien hat ſich die Partei vollſtändig verflüchtet, in Bayern haben die Kommuniſten ihren Führern, die mit den nationaliſtiſchen Arbeitermördern Bruderküſſe gewechſelt haben, ihr Vertrauen ausgeſprochen; in zahlloſen Orten mußten in der letzten Zeit Reinigungen vorgenommen werden. Die Hauptreinigung iſt jetzt in der Zentrale erfolgt. In dem Abendbericht der „Roten Fahne" fehlte die Bemerkung: „Fortſetzung folgt." Wahrſcheinlich hat die Redaktion des Blattes vorausgeſetzt, daß die weitere Entwicklung in ihrer Partei von ſelbſt dieſe Fortſetzung bringen werde.

Die Verhaftung Keſſels

In einem Teil der Preſſe wurde behauptet, die Verhaftung Keſſels ſei direkt auf Veranlaſſung des Juſtizminiſteriums vorgenommen worden unter Umgehung der nachgeordneten Inſtanzen. Dazu teilt nun der Generalſtaatsanwalt Krauſe mit:

„Der Haftbefehl gegen v. Keſſel war ſeinerzeit vom zuſtändigen Militärgericht wegen Verdachts des Meineides, der Herausforderung zum Zweikampf und Beihilfe zur Fahnenflucht erlaſſen worden. Dieſer Haftbefehl hat Geltung auch für das jetzige Verfahren vor den bürgerlichen Gerichten. Als die Akten anfangs dieſer Woche mit der kammergerichtlichen Entſcheidung, die den landgerichtlichen Beſchluß über die Amneſtieanwendung aufhob, an die Staatsanwaltſchaft 1 gelangten, hat dieſe ſofort und ohne jegliche Einwirkung höherer Dienſtſtellen die Polizei mit der Verhaftung v. Keſſels beauftragt. Der Auftrag iſt am Freitag ausgeführt worden. Dieſes iſt der einfache und klare Sachverhalt, alle anderslautenden Meldungen ſind falſch."

Die Falſchmeldung iſt von der rechtsſtehenden Preſſe ausgegangen. Sie war empört, daß ein Mann, der dem Adel angehört, verhaftet werden konnte. Sie leiſtete ſich deshalb eine kleine Unwahrheit.

Achtſtundentag und Waſhingtoner Abkommen

Die Verfügung des Demobilmachungskommiſſars von Groß-Berlin vom 10. Februar 1921, in der zunächſt eine Ausdehnung **der Arbeitszeit im Bankgewerbe bis zu 63 Stunden** wöchentlich und bei „unaufſchiebbaren Arbeiten" auch darüber hinaus zuläſſig ſein ſoll, war der Anlaß zu einer Interpellation Marx und Genoſſen, die geſtern zur Verhandlung im Reichswirtſchaftsrat ſtand. Es wurde angefragt, ob die Reichsregierung gewillt iſt, dem Achtſtundentag im Bankgewerbe Geltung zu verſchaffen. Die Regierung hatte es vorgezogen, zu kneifen. Der Vorſitzende des Allgemeinen Verbandes der deutſchen Bankbeamten, **Benno Marx**, begründete die Interpellation und legte in einer grundſätzlich gehaltenen Anklagerede dar, **wie die Banken fortgeſetzt gegen den Achtſtundentag verſtoßen und** wie hier mit Hilfe eines dem Unternehmertum gefügigen Demobilmachungskommiſſars alle geſetzlichen Beſtimmungen einfach negiert werden. — **Fürſtenberg** vom chriſtlich-national gerichteten Deutſchen Bankbeamten-Verein hielt es, wie er ſelbſt ausführte, aus formalen Vorwänden nicht für zweckmäßig, den derzeitigen, aus ſeinem Lager ſtammenden Arbeitsminiſter anzugreifen. Als echter Vertreter des Bank-Großkapitals wandte ſich alsdann Dr. Salomonſohn von der Diskonto-Geſellſchaft dagegen, daß die Leiſtung der Ueberſtunden in das „Belieben" der einzelnen Bankbeamten geſtellt werden ſoll. Im übrigen verteidigte er das Ausnahmerecht auf unbeſchränkte Arbeitszeit der Banken, die im öffentlichen Intereſſe tätig ſeien.

Dieſer Darſtellung trat Aufhäuſer vom Afa-Bund mit aller Schärfe entgegen. Er ſtellte feſt, daß die Mehrbelaſtung der Bankangeſtellten auf die Börſen-, Noten- und Deviſengeſchäfte zurückzuführen ſei, die der Spekulationswut der Schieber und nicht dem öffentlichen Intereſſe dienen. Der Reichswirtſchaftsrat habe zu unterſuchen, ob die Banken hinſichtlich der Arbeitsverteilung wirtſchaftlich organiſiert ſind und inwieweit ſtatt Beibehaltung der Ueberarbeit ſtellenloſe Angeſtellte beſchäftigt werden können. — Da nach der famoſen Geſchäftsordnung des Reichswirtſchaftsrats und infolge des Fernbleibens der Regierung kein Beſchluß gefaßt werden konnte, mußte die weitere Initiative dem Sozialpolitiſchen Ausſchuß überlaſſen bleiben.

Den folgenden Bericht eines Unterausſchuſſes zur Beratung des Reichsmietengeſetzes gab der Münchener Hausagrarier **Humar**, der mit großer Befriedigung feſtſtellte, daß in dieſem Entwurf die freie Wirtſchaft des Hausbeſitzes wiederhergeſtellt wird. Die Debatte über den Bericht wurde vertagt, und man wird erwarten müſſen, daß die Gewerkſchaftsvertreter dieſen für die Mieter unerträglichen Geſetzentwurf ablehnen.

Zur recht lebhaften Auseinanderſetzungen führte dann die Erörterung über die Ratifizierung des internationalen Waſhingtoner Abkommens betr. **Beſchäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft, die Feſtſetzung des Achtſtundentags und die Nachtarbeit der Jugendlichen.** Der Berichterſtatter **Urban** beantragte namens des Sozialpolitiſchen Ausſchuſſes der Reichsregierung, die Ratifizierung des Abkommens in den drei ſozialpolitiſchen Fragen zu empfehlen und dabei der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die anderen Länder gleichfalls beitreten. Die Unternehmer aus Induſtrie, Handwerk, Handel und Landwirtſchaft hatten einen Gegenantrag eingebracht, dahingehend, daß Deutſchland nur unter der Bedingung beitrete, wenn vorher die übrigen Länder ratifiziert hätten. Dieſen Antrag begründete **Jel** (Handwerksmeiſter) mit den üblichen Klagen über die hohen Koſten der Sozialpolitik und die Schäden des Achtſtundentags für Handwerk und Landwirtſchaft. Herr von **Richthofen** hieb in dieſelbe Kerbe. — Frau **Kähler** vom Verband der Hausangeſtellten kennzeichnete dieſes ſonderbare Syſtem der Sparſamkeit, das ausgerechnet beim Wöchnerinnenſchutz anfange. — Aufhäuſer machte darauf aufmerkſam, daß eine Zuſtimmung unter Vorbehalt gleichbedeutend wäre mit der Ablehnung einer Ratifizierung. Wenn der Reichswirtſchaftsrat vor wenigen Tagen in ſeiner Entſchließung zu den Pariſer Bedingungen bei der Begründung für deren Unerfüllbarkeit auf die Notwendigkeit des internationalen ſozialen Arbeiterſchutzes hingewieſen hätte, könnte er nicht heute die Aufhebung dieſes Arbeiterſchutzes beſchließen. — **Auguſt Müller** trat dieſer Auffaſſung bei. Die weitere Rede eines Herrn Hartung vom Reichsverband deutſcher Technik gegen den Achtſtundentag diente zur Beluſtigung des Hauſes und kann auch von uns nicht ernſt genommen werden. Schließlich wurden die Anträge des Sozialpolitiſchen Ausſchuſſes mit großer Mehrheit angenommen.

Die parlamentariſche Unterſuchung über Hermes. In dem parlamentariſchen Unterſuchungsausſchuß gegen den Ernährungsminiſter Dr. Hermes führt der Demokrat Fiſcher-Köln den Vorſitz. Ferner gehören ihm an der Sozialdemokrat Riedmüller, der Zentrumsabgeordnete Buſch, der Deutſchnationale Semmler, der Deutſche Volksparteiler Rießer, der Unabhängige Dr. Hertz, der Kommuniſt Reich und der Bayeriſche Volksparteiler Beyerle.

Die elſäſſiſchen Kaligruben Staatseigentum. Der Miniſter der öffentlichen Arbeiten hat in der Kammer einen Geſetzentwurf eingebracht, der die Erwerbung der elſäſſiſchen Kalibergwerke durch den Staat gutheißt.

Methoden und Organiſation des Klaſſenkampfes

Internationale Sozialiſtiſche Konferenz

Wien, 24. Februar.

Friedrich Adler (Wien) ſagte in Fortſetzung ſeines Referats über „**Methoden und Organiſation des Klaſſenkampfes**", über die wir zum größten Teil in unſerer geſtrigen Morgenausgabe berichteten:

Friedrich Adler ſchilderte dann eingehend die Parteiverhältniſſe in Oeſterreich und die Umſtände, die dort eine Parteiſpaltung vermeiden ließen. Durch den Ausbau des Syſtems der Arbeiterräte, in dem wir eine Wirkungsmöglichkeit für die Arbeiterklaſſe ſehen, haben wir das Proletariat in Oeſterreich vor den entſcheidenden Niederlagen bewahrt. Wir haben in dieſem Syſtem der Arbeiterräte ein Mittel gehabt, über die große Einheit der Partei hinaus noch eine relative Einheit des ganzen Proletariats herzuſtellen, die es ermöglicht hat, in den ganz ſchweren Entſcheidungen — und wir ſind wiederholt vor großen Gefahren der Konterrevolution geſtanden, wo es um das Sein oder Nichtſein der ganzen Bewegung überhaupt ging — einen Entſchluß des geſamten Proletariats in Erſcheinung treten zu laſſen. Ich ſpreche deshalb von dieſen Arbeiterräten, um darin klarzumachen, was der prinzipielle Gegenſatz in den Auffaſſungen über die Konſtruktion einer künftigen Internationale iſt. Die Kommuniſten von Moskau meinen, ſie müſſen die Internationale konſtruieren wie eine Partei: Parteidiſziplin; was die Zentrale ſagt, wird durchgeführt. Was uns aber als künftige Internationale vorſchwebt und was bei uns jeder Arbeiter ohne weiteres verſteht, ſo daß auf unſerem letzten Parteitag es keinen einzigen Redner gegeben hat, der für die Zweite oder Dritte Internationale geſprochen hatte, iſt der Gedanke: wir konſtruieren die Internationale nicht wie eine Partei, ſondern wir konſtruieren die Internationale wie einen Arbeiterrat, in dem die Parteien der Internationale als autonome Parteien eintreten und in dem ihre Autonomie erſt nachträglich durch Beſchlüſſe dieſer Geſamtheit beſchränkt werden kann. Wir wollen die Internationale nicht aufbauen, indem wir **diktatoriſche Zulaſſungsbedingungen ſtellen** und ſagen: da darf niemand hineinkommen, der dieſen nicht entſpricht. Selbſtverſtändlich wollen wir in unſerem Parteiverband nach Parteigrundſätzen arbeiten, aber in der künftigen Internationale können wir nicht die engliſchen Arbeiter und die ruſſiſchen Arbeiter a priori auf ein generelles Programm verpflichten. **Das Programm der künftigen Internationale kann nicht oktroiert,**

es muß erarbeitet werden

von allen, die in dieſer Internationale ſind. (Beifall.) Der Unterſchied, der gegenüber dem Verſuch von Moskau beſteht, iſt der, daß wir ebenſo wie ſie meinen: Internationale Beſchlüſſe müſſen für alle verbindlich ſein, die dieſe Internationale anerkennen, daß wir uns aber dadurch unterſcheiden, **wie dieſe internationalen** Beſchlüſſe zuſtande kommen.

Wir können die Internationale **nur ſchaffen**, wenn wir entſchloſſen ſind, ſie als ein Problem der Geduld aufzufaſſen. So ſehr wir noch entfernt ſind von der Möglichkeit einer Verwirklichung einer wirklichen Internationale, ſo eint uns doch das, worauf es im Augenblick mehr ankommt als auf das theoretiſche Programm dieſes Wiederaufbaues:

daß uns alle der Wille beſeelt,

eine wirkliche Internationale zu ſchaffen, daß wir alle entſchloſſen ſind, unſere Kraft dafür einzuſetzen, **daß dieſe Internationale wirkſam werde, daß dieſe Internationale nicht eine Internationale ohne Aktionskraft werde, ſondern daß wir, wie wir aus bitterer Erfahrung des letzten Jahrzehnts gelernt haben, uns in unſerer Arbeitsgemeinſchaft zuſammentun wollen, ohne Rückſicht auf die Angriffe von rechts und auf die Angriffe von links, in dem unbeugſamen Entſchluß, dem Proletariat eine Gemeinſchaft zu ſchaffen, in der es fähig iſt, gemeinſam Aktion zu üben zum Siege der ſozialen Revolution.** (Stürmiſcher Beifall.)

Die franzöſiſche Ueberſetzung des Referats gibt Graber; die engliſche, die gleichzeitig in einem Nebenraum unmittelbar für die engliſchen Delegierten geſchieht, Burton.

Die zur Verhandlung dieſes Punktes beſtimmte Kommiſſion wird ſogleich gewählt; ſie beſteht aus Deutſchland: **Criſpien** und **Dißmann**; England: **Allen** und **Shinwell**; Frankreich: **Miſtral** und **Bracke**; Jugoſlawien: **Gjuric**; Lettland: **Kalnin**; Oeſterreich: **Adler** und **Seitz**; Poale Zion: **Locker**; Rumänien: **Piſtiner**; Rußland: **Abramowitſch** und **Schreider**; Schweiz: **Schmidt** und **Grimm**; deutſche Tſchecho-Slowakei: **Czech**; Litauen: **Januſchkewic**; Ungarn: **Kunfi**.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Donnerstag 12 Uhr mittags vertagt. Inzwiſchen ſollen die Kommiſſionen ihre Arbeiten für die Beratungen im Plenum verrichten.

Der dritte Verhandlungstag, Donnerstag, begann mit der Debatte über das Referat des Genoſſen Friedrich Adler. Als erſter Redner erhält

Genoſſe Schreider (Rußland)

das Wort. Er führte aus: Man glaubte in der Vergangenheit zu ſehr an die Kraft des Kapitalismus und zu wenig an die revolutionäre Kraftentwicklung des Proletariats. Die jüngſte Zeit hat uns gezeigt, daß die Klaſſen bereit ſind, die ſoziale Revolution durchzuführen. Weder in der Landwirtſchaft noch in der Induſtrie iſt die Bourgeoiſie in der Lage, die bisherige Baſis der Produktion aufrechtzuerhalten. **Rußland hat die Sowjets inmitten des lebendigen Lebens ſelbſt geſchaffen. Wenn es ſpäter zum Terror übergegangen iſt, ſo war es dazu gezwungen durch die Konterrevolution. Aber es wäre falſch, anzunehmen, der Terror ſei ein notwendig vom Staat anzuwendendes Mittel.**

Jetzt gibt es in Rußland keine Sowjets mehr,

aber dennoch iſt das Sowjetſyſtem der Träger der großen Idee des alleinigen Machtbeſitzes der Arbeiterklaſſe. Wenn man die Sowjets auffaßt als unperſönliches Inſtrument der Herrſchaft der Arbeiterklaſſe, ſo ſtimme ich zu. In dieſem Sinne iſt die Diktatur notwendig. Deshalb müſſen wir dem künftigen Herrſchaftsſyſtem der Arbeiterklaſſe die Form der Sowjets geben. Die Sowjets ſind die vollendetſte Form der Durchführung der Revolution, die beſte Form, die Rechte der Arbeiterklaſſe zu verwirklichen. Es iſt ja richtig, daß die ruſſiſche Regierung das Möglichſte getan hat, das Sowjetſyſtem zu diskreditieren, dennoch bin ich überzeugt, daß die Idee der Sowjets ſiegen wird und wir zu einer Sowjetregierung der ganzen Welt kommen werden.

Criſpien (Deutſchland):

Die Differenzen, die ſich jetzt im Proletariat zeigen, wurden gewiſſermaßen erzwungen durch die weltpolitiſche Situation. **Die Kapitaliſten ſind international ſehr lebendig;** wir ſehen aber, daß das Proletariat nicht imſtande geweſen iſt, auch international dem Kapitalismus mit nennenswertem Nachdruck entgegenzutreten. Deshalb müſſen wir uns bemühen, dieſen Zuſtand der Ohnmacht der Arbeiterklaſſe auch international zu überwinden. Um ſo mehr müſſen wir jene verhängnisvolle Arbeit verurteilen, die von Moskau ausging und dazu führte, daß in den verſchiedenen Ländern die Arbeiterklaſſe auch international ohnmächtig geworden iſt. Aus der fortgeſetzten Reformpolitik der Reformſozialiſten, die wir beſonders in unſerm Lande konſtatieren können, erkennen wir die Unmöglichkeit der Aktion jener Internationale, die man die Zweite nennt. Von der kommuniſtiſchen Internationale iſt demgegenüber zu ſagen, daß ſie bisher auch nicht die allerbeſcheidenſte Aktion gegen den Kapitalismus zuſtande gebracht, nicht einmal den Verſuch dazu gemacht hat. Die kommuniſtiſche Internationale iſt weiter nichts als ein Inſtrument für die auswärtige Politik der Sowjet-Regierung. Wenn man jeden Führer, jeden Funktionär, jedes Mitglied, das ſich nicht blind dem Diktat fügt, ausſchließt, nur Maſſe haben will, die nicht aus Perſönlichkeiten beſteht, die blind und gehorſam den Weiſungen folgt, ſo kann man keinen Kampf gegen das internationale Kapital führen.

Die Diktatur iſt kein Schlagwort,

keine Parole, ſie iſt uns der Ausdruck für die Uebernahme der Macht durch die Arbeiterklaſſe. Wir verſtehen unter Diktatur, daß eine Regierung, die aus bewußten Sozialiſten beſteht, die Gewalt ausübt im Auftrage der entſcheidenden Schichten des Proletariats. Sie bedeutet keine Schreckensherrſchaft, ſondern eine ganz planmäßige Arbeit, um die klaſſenfreie Geſellſchaft zu errichten. Wir ſind keine Gegner der Demokratie. Aber die Demokratie in einer Klaſſengeſellſchaft kann immer nur eine Verſchleierung der Klaſſenherrſchaft ſein. **Die Demokratie kann erſt voll erreicht werden, wenn die Klaſſenherrſchaft beſeitigt iſt. Die Diktatur des Proletariats wird ſich allmählich umwandeln in eine wirkliche Demokratie.**

Topalowicz (Jugoſlawien):

Es wäre falſch, ein möglichſt großes Programm zu ſchaffen und ſich dann einzubilden, daß damit die Menſchheit gerettet wird. Genoſſe Schreider hat das Sowjet-Syſtem als das Allheilmittel empfohlen. Aber nicht darauf kommt es an. Iſt das Proletariat nicht zahlreich und moraliſch und organiſatoriſch entwickelt genug, ſo iſt es ganz zwecklos, Mittel zur Machtausübung aufzuſtellen, denn wir haben dann noch nicht die Mittel, den Sozialismus aufzubauen. In der Reſolution Adler wird das Wort „arbeitendes Volk" gebraucht. Es iſt aber notwendig, daß man dafür ein Wort wählt, mit dem das Proletariat als Klaſſe zuſammengefaßt wird. Wir müſſen uns freimachen von demokratiſchen Ausdrücken und betonen, daß von dem Vorhandenſein der Bedingungen zur Herbeiführung des Sozialismus nur dort die Rede ſein kann, wo wir eine Mehrheit des revolutionären Proletariats haben. Der Genoſſe Schreider hat das Sowjetſyſtem ſo warm empfohlen. **Wir ſollten uns aber nicht auf ein beſtimmtes proletariſches Regierungsſyſtem feſtlegen.**

Shinwell (England):

Wir ſtreiten uns vielfach um theoretiſche Fragen, zuweilen ſind es Haarſpaltereien. Aus dieſem **Grunde wird der Kapitalismus immer ſtärker.** Er hat nicht mehr notwendig, ſeine Agenten auf die Arbeiter loszulaſſen, die Arbeiterklaſſe beſorgt jetzt die heftigſte Bekämpfung gegen ſich ſelbſt. Es iſt müßig, über die Leiſtungen der einzelnen internationalen Vororganiſationen zu ſtreiten. Gewiß war die zweite Internationale unfähig und hat ſich als unwirkſam erwieſen gegenüber **dem Krieg der Bankiers und Finanziers.** Das ſie geſcheitert iſt, liegt daran, daß die führenden Geiſter nicht vorauszuſehen vermochten, wohin der Kapitalismus die Arbeiter führen werde. Ueber Rußland wird die Independent Labour Party kein Urteil fällen. Solange die abenteuerſuchenden kapitaliſtiſchen Regierungen das ruſſiſche Volk nicht ſelbſt zur Ruhe kommen laſſen, hat die J.L.P. nichts weiter zu ſagen als **„Hände weg von Rußland". Wir müſſen bekennen, daß wir an der Spaltung vor allem ſelbſt ſchuld ſind. Wir ſelbſt haben ja all den Theorien von Moskau unſer Ohr geliehen.** Jetzt aber hat die Entwicklung einen Punkt erreicht, wo den Diskuſſionen ein Ende zu machen iſt, um auf den Boden der Praxis zu kommen. Wir brauchen eine internationale Organiſation.

Wir Engländer verlangen von jeder Internationale unſere Autonomie.

Wir ſind bereit, uns den Prinzipien zu unterwerfen, die dieſe Konferenz formulieren ſoll, aber die Kampfmethode müſſen wir beſtimmen laſſen von den konkreten Bedingungen unſeres Landes. Die engliſchen Arbeiter wollen Hand in Hand marſchieren mit den Arbeitermaſſen der ganzen Welt. Nicht auf ein Programm kommt es in letzter Linie an, ſondern auf den Geiſt, mit dem man die Situation erfaßt.

Kunfi (Ungarn)

Dieſer Kongreß iſt eine Folge der Ablehnung des Verſuches die Erfahrungen der ruſſiſchen Revolution auf die Kampfesmethoden des weſteuropäiſchen Proletariats zu übertragen. Dieſe mechaniſche Uebertragung iſt nicht möglich, ſie dient nicht der Vollendung der Revolution, ſondern fördert die Weltreaktion. Wir in Ungarn haben ſeinerzeit die ruſſiſchen Methoden angenommen, weil wir vor die Wahl geſtellt waren, entweder einen bewaffneten Kampf gegen einen Teil des Proletariats zu führen, oder mit dem geſamten Proletariat einen verzweifelten, weil ausſichtsloſen Verſuch zu machen, vereint das Proletariat gegen den Kapitalismus zu führen. Bei dieſem Verſuch haben wir die Erfahrung gemacht,

daß der Wille allein nicht genügt.

Es iſt keine organiſatoriſche Form des revolutionären Kampfes möglich, die eine Revolution zum Siege führen könnte, wenn die objektiven Vorbedingungen fehlen. Wir haben dieſen Willen gehabt, und haben die organiſatoriſchen Formen der ruſſiſchen Revolution, die als die alleinige Bürgſchaft des Sieges angeprieſen wurde, gewählt und eine entſetzliche Niederlage erlitten. Die Kommuniſten haben die Bedingungen auf die Spitze getrieben und eine ſozialrevolutionäre Partei vor die Frage geſtellt, entweder die Aktion zu unternehmen, oder als wirkliche Vertreter der Arbeiter zu erſcheinen. Darauf möchte ich die Aufmerkſamkeit der Konferenz lenken. Den Gedanken, daß irgendein formelles Prinzip der Organiſation von ſo großer Wichtigkeit ſein könnte, dieſe Art des politiſchen Fetiſchismus, die gewiſſe Formeln als Zauberformeln hinſtellen, können wir nicht anerkennen. Wir haben auf das Schwerſte erfahren, daß die realen Kräfte des Landes beachtet werden müſſen. Wir ſind der Auffaſſung, daß der ungeheure Wandel der inneren Struktur der für die ſoziale Revolution kämpfenden Klaſſen neue Formen des Kampfes gebären muß. Durch die Revolution ſind große Maſſen des agrariſchen Proletariats, große Maſſen der geiſtigen Arbeiter, diejenigen Volksteile, die vorher am revolutionären Kampfe gar nicht teilgenommen haben, auf der hiſtoriſchen Bühne erſchienen. Es iſt die Aufgabe dieſes Kongreſſes, Formeln des Kampfes zu finden, die die Sozialdemokratie zu einem großen revolutionären Machtfaktor machen kann.

Faure (Frankreich)

Es iſt notwendig, daß wir uns offen eingeſtehen, daß, ſolange wir keine Internationale haben, wir keine internationalen Aktionen unternehmen können. Als wir Paris verließen, hatten wir dort Teilwahlen. Die Bourgeoiſie hatte nicht nötig, ihre Agenten in die Verſammlungen zu ſchicken, denn die beiden ſozialiſtiſchen Gruppen hatten es übernommen, ſich gegenſeitig in der heftigſten Weiſe zu befehden. Wir kennen das Reſultat der Wahl nicht, aber wir wiſſen, es wird einen Sieger geben, und das iſt die Bourgeoiſie. Die Schweizer Genoſſen haben ihren Beitritt zur dritten Internationale wieder rückgängig gemacht. Die Italiener werden wohl das gleiche tun müſſen. Die Italiener waren in der dritten Internationale und die Engländer in der zweiten, aus der ſie ebenfalls ausgetreten ſind. Wir haben die Pflicht, von der Tribüne in Wien zu ſagen, daß die

Vorausſetzung für die Aktionsfähigkeit die Einheit der Arbeiterklaſſe

iſt. **Es wird notwendig ſein, daß wir uns zurückwenden** zu den Kongreſſen und Grundſätzen von geſtern, und wir in dieſem Sinne eine Baſis der internationalen Aktion wiederfinden. Es genügt nicht, daß wir Reſolutionen annehmen, wir müſſen mehr tun und ſagen, daß alle dieſe Probleme nicht gelöſt werden können, wenn wir nicht der geſamten Arbeiterſchaft der ganzen Welt begreiflich machen können, daß nur auf dem einheitlichen Boden der Kampf erfolgreich ſein kann. **Einheit der Aktion für die Arbeiter, die heute noch in der zweiten, ſowie derjenigen, die noch in der dritten Internationale ſind.** Dieſen Gedanken begreiflich zu machen, dazu gebrauchen wir keine neue Internationale, wir wollen daher ein Zentrum der Arbeiter der ganzen Welt ſchaffen, dann erſt können wir den Kampf ſiegreich zu Ende führen. (Lebh. Beifall.)

Abramowitſch (Rußland)

Rückkehr zur alten Doktrin und zu alten Beſchlüſſen iſt nur in ſehr beſchränktem Maße möglich. (Sehr richtig!) Es iſt etwas ganz anderes, jetzt, und was früher war. Früher lag die ſoziale Revolution in ferner Zukunft, jetzt ſind wir bereits mitten darin. Wenn wir auch noch nicht vor der letzten entſcheidenden Barrikade ſtehen, ſo machen wir doch eine Epoche durch, die unmittelbar in die ſoziale Revolution mündet. Wir ſind in der erſten Phaſe abgeſchlagen worden. Das ändert aber garnichts an dem allgemeinen Charakter dieſer Epoche. Die Kämpfe werden ſich wiederholen. Wir wiſſen, welche gewichtigen ökonomiſchen Gründe dafür ſprechen, daß das Kapital nicht als geſchichtlicher Sieger aus der Situation herausgehen kann, daher muß unſere Einſtellung anders ſein als früher. Die Sozialiſtenrevolutionäre, von denen vorhin Genoſſe Schreider geſprochen hat, glauben, daß alles gemacht iſt, wenn man als Forderung des Tages das Räteſyſtem aufſtellt. Das iſt ein großer Irrtum. Die ganze Frageſtellung: Demokratie oder Räteſyſtem iſt falſch. Der Inhalt des Kampfes iſt ein ganz anderer. Es iſt nicht ſo ſehr von Belang, ob ein Vertreter alle Woche oder alle 4 Jahre abberufen werden kann. **Wir erleben jetzt in Rußland, daß alle Woche Vertreter abberufen werden aber nicht durch den Willen ihrer Wähler,**

ſondern auf Geheiß der Regierung.

Die Hauptfrage iſt, ob der entſcheidende Wille zur Macht beim Proletariat vorhanden, und ob die Bedingungen und Verhältniſſe bereits gegeben ſind, daß das Proletariat zur Machtergreifung ſchreiten kann. Wenn die Bolſchewiſten ſagen, daß ſie durch das Sowjetſyſtem zur Macht gekommen ſeien, ſo iſt dem gegenüberzuſtellen, daß die Machtergreifung auch auf dem Wege der Nationalverſammlung durchzuführen war. **Kein Menſch kann nachweiſen, daß die Nationalverſammlung nicht ein Inſtrument der proletariſchen Diktatur werden konnte.** Die Arbeiterräte ſind als Klaſſenorganiſation ein Inſtrument, das der Revolution wertvolle Dienſte leiſten kann. In einem Lande, wo das Proletariat in großen Maſſen organiſiert iſt, ſind vielleicht die Arbeiterräte nicht nötig. Uebrigens: **die erſten Träger des Rätegedankens waren die Menſchewiſten 1905 ſowohl wie 1917.** Merkwürdigerweiſe haben noch 1905 die Bolſchewiſten den Gedanken der Sowjets bekämpft. Es herrſchte eine Zeit hindurch die Anſchauung, daß unſere hier geſchaffene Verbindung einen Diskuſſionsklub darſtellen müſſe, um über die Frage der internationalen Beſchäftigung mit der 2. oder 3. Internationale zu verhandeln. **Es kann nicht ſo weitergehen, daß das Proletariat ohne Internationale iſt.** Soll aber die Neuſchaffung der Internationale einen Wert haben, ſo muß ſie aktionsfähig ſein. Wir müſſen beſchließen, **daß die internationale Vereinigung als Aktionsgemeinſchaft zu gründen iſt,** die die Aktion der angeſchloſſenen Parteien anführt, vereinheitlicht und dafür ſorgt, daß ſich noch andere Parteien anſchließen, ſo daß wir in Zukunft die Möglichkeit haben, den Weg zu bahnen zur Entſtehung einer wirklichen Internationale der Kraft, zur Ergreifung der Macht auf revolutionärem Wege. (Starker Beifall.)

Grimm (Schweiz):

Genoſſe Adler nannte die Internationale ein Problem der Geduld. Es iſt aber nicht ein Problem der Geduld, ſondern des Vertrauens. Das Vertrauen muß erworben werden. **Erkämpfen können wir es nur im Kampfe mit der Bourgeoiſie eines jeden Landes.** Die Debatte war allzuſehr eingeſtellt auf die Abwehr der Moskauer Angriffe gegen die Wiener Konferenz und die auf ihr vertretenen Parteien. Wir dürfen nicht den Eindruck aufkommen laſſen, als wenn hier eine Internationale geſchaffen werden ſollte, die nicht in erſter Linie den Kampf gegen die Bourgeoiſie, ſondern den Kampf gegen andere internationale Organiſationen zu führen hätte. Wir dürfen nicht die Auffaſſung wecken, als ob mit dem Zuſammentritt der Konferenz auch ſchon die aktionsfähige Internationale geſchaffen ſei. Das gilt auch für die 2. und 3. Internationale. Als Vorausſetzung der internationalen Einheit brauchen wir die geiſtige Klarheit. Es bedarf nicht nur einer Einheit der Geſinnung, ſondern auch einer Einheit der Tat,

einer Einheit der Aktion.

Wenn wir den Kampf gegen die 21 Bedingungen und die enge Auffaſſung der Kommuniſten ſo entſchieden führen können, ſo gerade deshalb, weil unſere Partei unter der Einwirkung des Krieges eine konſequente Linksentwicklung durchgemacht hat. Wo unſere Partei auf geiſtige Klarheit zurückblicken kann, findet der Kommunismus keinen Boden. Dieſe Wahrheit hat auch Geltung in der Entwicklung der internationalen Klaſſenorganiſation des internationalen Proletariats. **Es iſt notwendig, endlich den Glauben zu zerſtören, als ob durch den Zuſammentritt einer Konferenz alle ſchweren Probleme ſchon gelöſt ſeien,** die nur gelöſt werden können durch die Anteilnahme der großen breiten Maſſen der Arbeiter am Kampf. Das, was wir dem Arbeiter ſagen müſſen, iſt: **Du ſelbſt biſt die Spitze Deiner Organiſation.** (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Sitzung auf Freitag 12 Uhr vertagt.

Ausſchneiden!

Druckſache

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin C 2

Breite Straße 8-9

A. WERTHEIM

Großer Handschuh-Verkauf

zu besonders billigen Preisen

Damen-Lederhandschuhe

Glacéleder farbig, 2 Druckknöpfe	27^{50}
Ziegenleder schwarz	29^{50}
Glacéleder weiß, farbig, 2 Druckknöpfe	44^{50}
Ziegenleder schwarz, mit 2 Druckknöpfen	48^{50}
Ziegenleder farbig, gute Qualität	52^{50}
Ziegenleder Stepper, farbig, gute Qualität	64^{50}

Herren-Lederhandschuhe

*Fahrhandschuhe mit Riegel	23^{50}
*Waschleder hellfarbig	52^{50}
Nappaleder ganz gesteppt	68^{50}
Wildleder braun und grau	82^{50}

* Nur Leipziger Straße

Damen-Stoffhandschuhe

Trikot 2 Druckknöpfe, grau und braun	5^{90}
Seide schwarz, kleine Größen, glatt und porös	8^{50}
Atlas mercerisiert, farbig, mit 2 Druckknöpfen	9^{50}
Schwedenersatz farbig, mit weißer Aufnaht	10^{50}
Schwedenersatz farbig, mit weißem Einfaß	12^{50}
Leinenersatz mit weißer Aufnaht	13^{50}
Leinenersatz farbig, gute Qualität, 2 Druckknöpfe	15^{50}
Leinenersatz farbig, mit Ausstattungsaufnaht	18^{50}
Schwedenersatz farbig, gute Qualität, 2 Druckknöpfe	19^{50}
Seide farbig, schwarz, gute Qualität	21^{50}

Lange Damenhandschuhe

Zwirn porös, weiß, gute Qualität, 12 Knopf	22^{50}
Leinenersatz weiß, 12 Knopf lang, gute Qualität	26^{50}
Flor weiß, gute Qualität, fein gemustert, 12 Knopf lang	29^{50}
Leinenersatz beste Qualität, weiß, farbig, schwarz	35^{50}
Seide weiß, gute Qualität, 12 Knopf lang	42^{50}

Herren-Stoffhandschuhe

Trikot farbig, 1 Druckknopf	13^{50}
Leinenersatz farbig, gute Qualität	14^{50}
Schwedenersatz farbig, gute Qualität	15^{50}
Leinenersatz farbig, elegante moderne Aufnaht	26^{50}

Damen-Ziegenstepper 18^{50} 29^{50} 48^{50}

vorzügliches Fabrikat, hellfarbig u. schwarz, elegante Ausstattung, aparte breite Aufnähte (mit kleinen Flecken)

Besonders billiges Angebot in Damen-Mänteln

Frühjahrs-Paletot
aus kleinkariertem Stoff
190^{00}

Sport-Jacke
aus hellfarbigem seidenartigen Rips
195^{00}

Frühjahrs-Mantel
karierter Stoff, lose Form, mit Gürtel
280^{00}

Backfisch-Paletot
Sommerflausch, weiß gesteppt
245^{00}

Parfümerien

Eulith-Toilette-Crême ... Tube	3^{50}
Eulith-Cold-Crême ... Dose	12^{50}
Eau de Cologne Russe	5^{00}
Lavendelwasser	5^{00}
Gigantseife großes rundes Stück	5^{50}
Blumenseife in 6 verschiedenen Gerüchen	3^{75}
Lanolinseife ... Stück 4^{00} 3 Stück	11^{75}

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½: Käthchen v. Heilbronn
[illegible] 7 Uhr:
Kapitän Braßbounds Bekehrung

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: Der Paraſit

Staatstheater.
Opernhaus
10½ U.: Gr. Schauſpielhaus
I. volkstüml. Konzert
4 Uhr: Joſephs-Legende
Amoretten
Schauſpielhaus
2½ Uhr: Volks-Vorſtellung: Die Journaliſten
7 Uhr:
Der Sturm

Direktion: Max Reinhardt.
Deutſches Theater
7½ U.: Die deutſch. Kleinſtädter
7 U.: Die Jungfrau von Orleans
Kammerſpiele
7½ U.: Frühlings Erwachen
7½ U.: Die Büchſe der Pandora
Großes Schauſpielhaus
Karlſtraße
2½ Uhr: Danton (Auß. Abonn.)
7 U.: Danton (Auß. Abonn.)

Leſſing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
3: Frau Warrens Gewerbe
7½ U.: Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)
Dienstag 7½: Zum 25. Male:
Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)
Mittwoch 7½: Flamme (Dorſch)
Donnerstag bis Sonntag:
7½ Uhr: Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)
Montag 7 Uhr: Peer Gynt

Deutſch. Künſtl.-Theater
3 Uhr: Pygmalion.
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreiſe
(Max Adalbert, Trude Heſterberg)

Kleines Theater Unter den Linden 44
½4 Uhr: Die Pfarrhauskomödie
Täglich 7½ Uhr:
Caſanovas Sohn

Theater am Nollendorfplatz
Nachmittag 3½ Uhr: Eva
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
3 Uhr: Rauſch
8 Uhr: Salome
Montag: Jekaterina Iwanowna
Komödienhaus:
3 Uhr: Der Herr Miniſter
½8 Uhr: Das weiße Lämmchen
mit Max Pallenberg
Berliner Theater:
3 Uhr: Der letzte Walzer
Die ſpaniſche Nachtigall
½8: mit Fritzi Maſſary
(Waßmann, Emmy Sturm, Roberts, Janduin)

Komiſche Oper
Allabendlich 7½ Uhr:
Liebe im Schnee

Walhalla Theater
Täglich 7½ Uhr:
Der Vogelhändler

Thalia-Theater
3 Uhr: Das Glücksmädel
7½ Uhr: Maskottchen

Roſe-Theater
7½ Uhr:
Dr. Klaus

Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Die Geſellſchaft des Abbé Chateauneuf
(Leopoldine Konſtantin, Ilka Grüning, Hanſi Burg, Herm. Vallentin, Julius Falkenſtein)
Vorauf: Abſchieds-Souper
Sonntag, 4 Uhr, halbe Preiſe: Kammermuſik

Reſidenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oscar Wilde
(Arnſtädt, Sandrock, Toelle, Koraſt, Falkenſtein, Otto, Mameloh)
Sonntag 4 Uhr, halbe Preiſe: Die Freundin

½8 **Caſino-Theater** ½8
Der Großfürſt
Sonntag 3½: Eine fidele Ehe

½8 **Folies Caprice** ½8
(am Oranienburger Tor)
Nacktkultur
mit Ferd. Grünecker.

Behrenſtraße 54.
Allabendlich 7½ Uhr
Der luſtige Spielplan

Reſidenz-Kaſino
Blumenſtraße 10
Täglich:
Ein Strandfeſt
in Swinemünde
Nur für die ältere Jugend
[illegible]

Theater a. Kottbuser Tor.
Kottbuser Straße 6-7.
Tägl. 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr

Elite-Sänger
Zum Schluß „Der Kriegsgewinnler."
Nachm. halbe Pr.
Vorv. 11-1½ u. 4-6 a. d. Tageskasse u.
[illegible]

Steidl-Theater
Moritzplatz
(früher Buggenhagen)
Dir.: S. Wreschinski
Ab Sonntag, 20. Febr.
täglich:
Fritz Steidl-Sänger
Fritz Steidl, Kurt Raising, Max Grothe, Rob. Stephan usw.
Zum Schluß:
Erlebnisse eines Verstorbenen
Ulkiade von Fritz Steidl
Hotzel-Orchester • Anf. 7½ U.
Preise incl. Steuer von 1.10-6.60 Mk.
Sonntag-Nachmittagsvorst. halbe Kassenpreise
Vorverkauf täglich von 11–1 Uhr a. d. Kasse

Theater am Nollendorfplatz
Leitung Herrmann Haller
Allabendlich 7 Uhr
Der große Operettenerfolg
Wenn Liebe erwacht ..
mit
Claire Waldoff
als Nella

Vorverkauf täglich von 10½–1 u. am Tage der Vorſt. von 6 ab

Sondervergünstigung für die Leser der „Freiheit"

Anweisung für 1—4 Personen.
Gültig vom 21. Februar bis 5. März.

II. Rang Tribüne	ſtatt 11.—	nur M. 7.—
I. Rang	ſtatt 13.—	nur M. 8.—
I. Rang Balkon	ſtatt 15.—	nur M. 9.—
I. Rang	ſtatt 20.—	nur M. 11.—
I. Rang Balkon	ſtatt 24.—	nur M. 14.—
Parkett-Fauteuil	ſtatt 24.—	nur M. 16.—
Orcheſter-Fauteuil	ſtatt 36.—	nur M. 20.—

Sonnabends 1 M. mehr pro Platz, Sonntags 2 M. mehr
Die Luſtbarkeitsſteuer iſt in dieſen Preiſen einbegriffen.
Gegen Mehrzahlung Sessel und Logen.

7½ **Apollotheater** 7½
Sensations-Ausstattungsschau
Madame Dubarry's Liebesleben
mit der weltberühmten Saharet

Theater-Karten
zu ermäßigten Preiſen für verſchiedene große Theater für die Genoſſen der „Freiheit" zum 4. und 10. März für die ſchöne Operette
Der Vogelhändler
abends 7½ Uhr. Park.-Seſſel 6,—, Orch.-Seſſel 7.—, zu haben beim Genoſſen Keßler, Berliner Straße 40. Tel.: Neukölln 5873. Vorverkauf ab heute.

Neue Welt
ARNOLD SCHOLZ
Hasenheide 108—114
Sonntag, 27. Februar
bayr. Bierfest
Saalöffnung 3 Uhr / Anfang 4 Uhr
5 Kapellen / 30 bayr. Madl
Voranzeige! Dienstag, den 1. März: Prämiierung des ungleichsten Ehepaares. Größte Frau und kleinster Mann — 3 bare Geldpreise 300, 200 und 100 Mark.

Grosse Volksoper Berlin
Konz.-Dir. R. Sachs
Inh. E. Sachs u. E. Kul.
Blüthner-Saal. Mittwoch 2. März abends 8 Uhr
5. Sinfoniekonzert mit dem Blüthner Orchester
Dirigent: Paul Scheinpflug
Das Lied von der Erde (Gustav Mahler)
Solisten:
Lula Mysz-Gmeiner
Waldemar Henke
vorher Tod und Verklärung, Rich. Strauß
Karten 15.— bis 3.— Bote & Bock, Wertheim

Brauerei Königstadt, Schönhauser Tor
Dienstag, 8. März, abends 7½ Uhr.
Zweites Orchesterkonzert
Dirigent: Gustav Brecher
Solist: Carl Braun
Schubert, Weber, Wagner
Karten 12.— bis 4.— Bote & Bock, Wertheim, Brauerei Königstadt, Konzertkasse [illegible], Neukölln, Bergstraße 41

Sport-Palast
Das grösste Kino der Welt
Potsdamer Str. 72 • Hochbahn Bülowstr.
Fasching
Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman von P. O. Höcker mit **Lya Mara**
Irrlicht Eine menschliche Tragödie in 5 Akten

Sezession. Kurfürstendamm 232. Dienstag, 8. März 8 Uhr
ARTHUR HOLITSCHER:
3 Monate in Sowjet Rußland
Karten 10 u. 6 Mk. bei Bote & Bock, Wertheim, Abendkasse

Zur Jugendweihe
Glückwunſch-Karten
Einladungs-Karten
Geſchenkwerke
für die ſchulentlaſſene Jugend mit gediegenem Inhalt in wirklich vornehmer Ausſtattung
*
Buchhandlung
„Freiheit"
Berlin C. 2.
Breite Str. 8-9

Kaufe laufend zu höchſten Preiſen
Altmetalle
Kupfer, Meſſing, Zinn, Queckſilber, Rotguß, Blei
ſowie Motore, Gold- u. Silberbruch, Platin
SCHUBERT, Berlin, Ramlerstrasse 35
am Bahnhof Geſundbrunnen .·. Telephon: Amt Humboldt [illegible]

Ausſchneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Poſtamt beſtellen!

Der Unterzeichnete beſtellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erſcheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands
mit der wöchentlich einmal erſcheinenden
illuſtrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt"

zum Preiſe von Mk. 10.— monatl., Mk. 5.— halbmonatl.
bei freier Zuſtellung ins Haus

Name: ______

Ort: ______ Straße: ______ Nr. ______
(Namen deutlich ſchreiben, Adreſſe genau ausfüllen: vorn, Hof, Seitenfl., Quergeb.)

Dieſen Beſtellſchein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C2, Breite Straße 8-9, einzuſenden.
Der Verlag.

Groß-Berlin

Straßenbahn und Schwerkriegsbeſchädigte

Für die Kriegsbeſchädigten verwenden die Reichsbehörden nicht die Sorge, die ihnen obliegt. Wo es geht, ſuchen die Reichsſtellen ihre Pflichten nach Möglichkeit abzuwälzen. Beſonders iſt das bei den Schwerkriegsbeſchädigten zu merken. In einer Großſtadt wie Berlin mit ihren weiten Entfernungen iſt es für dieſe beſonders ſchwer, die Stellen zu erreichen, mit denen ſie dauernd zu tun haben. Aus dieſem Grunde iſt das Beſtreben der unbemittelten Schwerkriegsbeſchädigten dahin gegangen, ihnen freie Benutzung der Straßenbahn zu ermöglichen. Dieſes Streben kann nur unterſtützt werden, nur darf man nicht die Laſten dem Reiche abnehmen und den Gemeinden aufladen wollen, wie dies verſchiedentlich verſucht wird. In der letzten Stadtverordnetenverſammlung wollten die Kommuniſten dieſe Laſten der Gemeinde zuwälzen, ein ganz falſcher Weg. Die Unabhängigen beantragten, dieſen Antrag der Kriegsbeſchädigtenfürſorge als derjenigen Stelle zu überweiſen, welche am beſten eine Regelung herbeiführen kann. Das wollten die Kommuniſten nicht, und weil ſie gegen den Antrag ſtimmten, wurde er abgelehnt. Damit haben die Kommuniſten den Schwerkriegsbeſchädigten einen ſchlechten Dienſt erwieſen. Tatſächlich hatte ſchon der Dezernent der Kriegsbeſchädigtenfürſorge, unſer Genoſſe Schüning, mit den Reichsſtellen in dieſer Angelegenheit Verhandlungen gepflogen, die zu einem günſtigen Ergebnis für die Schwerkriegsbeſchädigten zu führen ſchienen. Weil unſere Genoſſen das wußten, deshalb unſer Antrag, um die Verhandlungen zu fördern. Da kommen nun die Kommuniſten und tragen zur Ablehnung unſeres Antrages bei. Sie haben dadurch der Sache der Kriegsbeſchädigten ſchwer geſchadet.

Jugendweihe in Groß-Berlin

Am Sonntag, den 13., 20., 27. März, vormittags 11 Uhr, finden im Großen Schauſpielhauſe die Jugendweihen ſtatt. Eintrittskarten, für Erwachſene 3 M., für Kinder 1,50 M., können in der Bibliothek der Arbeiter-Bildungsſchule, Breite Straße 8-9, von 10 bis 5 Uhr, in Empfang genommen werden. Es wird gebeten, ſich recht bald mit Karten zu verſehen, damit eine geordnete Verteilung vorgenommen werden kann. Arbeiter-Bildungsſchule.

Bezirksorganiſation Berlin-Stadt

Eine Extraausgabe des Mitteilungsblattes iſt ſoeben erſchienen und von den Diſtrikten im Laufe des Montags vom Parteibureau, Breite Straße 8-9, abzuholen.

Am Sonntag, den 6. März, vormittags 9 Uhr, findet in der Brauerei Königſtadt, Schönhauſer Allee 10, eine Funktionärkonferenz ſtatt. Zu dieſer Konferenz werden neue Funktionärkarten ausgegeben, die ebenfalls auf dem Parteibureau in Empfang genommen werden können.

Die Geſchäftsleitung. J. A.: Otto Meier.

Große Betrügereien an Wohnungsſuchenden

Die große Wohnungsnot hat im Laufe der Zeit Schwindler aller Art zu verſchiedenartigſter Betätigung geführt. Jetzt iſt ein Mann verhaftet worden, der den Wohnungsſchwindel en gros betrieben hat. Groß hörte von einem gutgeſtellten Herrn, daß er ſeine Wohnung tauſchen möchte. Er erhielt eine Vermittlungsgebühr von 1000 M. und brachte auch einen Tauſch zuſtande, der alle Beteiligten zufrieden ſtellte. Dieſe eine gelungene Vermittlung benutzte er nun, um darauf einen gewerbsmäßigen Schwindel aufzubauen. Es wurde ihm leicht, beſſergeſtellte Leute, beſonders Ausländer, die ſich ſchon lange vergeblich um eine Wohnung bemüht hatten, ausfindig zu machen. Auch ihnen bot er ſeine Hilfe an. Dabei berief er ſich ſtets auf den erſten Herrn, der ihm wahrheitsgemäß gern beſcheinigte, daß er ihn gut bedient habe. So gelang es Groß von allen Leuten, die ſeine Vermittlung in Anſpruch nahmen, als „Bewegungsgeld“ Vorſchüſſe auf die vereinbarte Vermittelungsgebühr zu erhalten, Beträge von 500 bis 1000 M. und ſogar 2000 M. Um die Vermittlung aber kümmerte er ſich nun garnicht mehr. Von den Vorſchüſſen lebte er bequem einen guten Tag. Sie gingen ihm ſo reichlich zu, daß er ſich um nichts mehr zu ſorgen brauchte. Bei denen, die ſich auf ſeine Hilfe verlaſſen hatten, ließ er ſich nicht mehr ſehen. Nach langem Suchen wurde Groß endlich gefunden und verhaftet. Die Schriftſtücke, die bei dem Verhafteten beſchlagnahmt wurden, beweiſen, daß Groß über 100 Perſonen ſeine Vermittlung angeboten hat. In vielen Fällen iſt er bereits überführt. Zur Aufklärung ſeines ganzen Treibens werden Betrogene, die noch keine Anzeige gemacht haben, erſucht, ſich im Zimmer 219a bei Kriminalkommiſſar Kuhn zu melden.

Weltliche oder konfeſſionelle Schule

Da am 1. April Neueinſchulung der Kinder ſtattfindet und **bis zum 5. März** die Kinder vom Religionsunterricht befreit ſein müſſen, wenn es gelingen ſoll, neue weltliche Klaſſen oder ganze Schulen an dieſen Orten einzurichten, hat die U. S. P. D. Neukölln ſich an alle in Frage kommenden Parteien und Vereinigungen mit dem Erſuchen gewandt, gemeinſam mit ihr in eine großzügige Agitation hierfür einzutreten. Es haben ſich hierzu bereiterklärt: Der Bund der Konfeſſionsloſen, der Deutſche Moniſtenbund und der Verein der Freidenker für Feuerbeſtattung. Die S. P. D. hielt den Zeitpunkt für zu kurz, um mitmachen zu können. Herr Sievers von der K. P. D. vermißte eine politiſche Paroſe bei dieſer Agitation (!).

Es iſt aber umſo dringender erforderlich, den Kampf für dieſe Sache beſonders in Neukölln energiſch aufzunehmen, weil dort bereits mehrere weltliche Schulen beſtehen und noch mehrere neue eingerichtet werden müſſen, damit unſeren Kleinſten der bisher ſo weite Weg dadurch abgekürzt werden kann. Gerade die weiten Wege, die bis jetzt zur nächſten weltlichen Schule führten, ſind die Urſache, weshalb viele Arbeitereltern ihre Kinder noch nicht vom Religionsunterricht befreit haben.

Es werden daher in dieſer Woche zwei große öffentliche Verſammlungen in Neukölln mit dem Thema „Weltliche oder konfeſſionelle Schule“ ſtattfinden. Die eine am Mittwoch, den 2. März, abends 7 Uhr, in der Aula des Real-Gymnaſiums, Boddinſtraße, die zweite in der Aula der Albrecht Dürer-Oberrealſchule, Emſer Straße, Freitag abend 7 Uhr. Die Referenten für dieſe Verſammlungen ſind Herr Profeſſor Paul Oeſtreich und Dr. Kurt Löwenſtein.

Religionsbefreiungsformulare ſind zur Ausfüllung durch den Erziehungsberechtigten und Abgabe beim Rektor der betreffenden Schule unentgeltlich zu haben: 1. in dieſen Verſammlungen, 2. im Bureau der U. S. P. D. Neukölln („Freiheit“-Spedition Neckarſtraße 3), 3. in der „Freiheit“-Spedition Emſer Straße 32, 4. bei allen Funktionären der U. S. P. D. Neukölln.

Eltern! Beſucht dieſe Verſammlungen in Maſſen und befreit Eure Kinder vom Religionsunterricht!

Sklarz-Sonnenfeld-Prozeß

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen rücken die dunklen Geſchäfte des Heinrich Sklarz wieder ſehr in den Vordergrund. Bei der Vernehmung gibt Hermann Sonnenfeld an, daß ſich Heinrich Sklarz als Kommuniſt, Unabhängiger, deutſcher Staatsbürger jüdiſchen Glaubens und Zioniſt ausgegeben habe. Alsdann erläutert der Vorſitzende die Geſchäfte der Marketenderei im Korps Lüttwitz. Georg Sklarz hatte ſich mit der Lieferung der Lebensmittel für die Regierungstruppen beſchäftigt und wollte die Weiterlieferung beſorgen, nachdem die Truppe etatsmäßig geworden war. Zu dieſem Zwecke erhielt er am 10. April 1919 vom Reichswehrminiſter einen Ausweis folgenden Inhalts:

> „Inhaber dieſes Ausweiſes, Herr Georg Sklarz, iſt beauftragt, für Regierungstruppen Nahrungs- und Genußmittel aus dem Auslande zu beſchaffen, da eine beſſere Verſorgung der Regierungstruppen unbedingt notwendig iſt. Der Reichswehrminiſter beehrt ſich daher, alle in Betracht kommenden Behörden zu bitten, bei den mit Herrn Sklarz zu führenden Verhandlungen ihn in jeder Weiſe zu unterſtützen, insbeſondere die nötige Ausfuhrerlaubnis zu erteilen und für den Bedarf der Truppe Befreiung vom Zoll nach Möglichkeit zu gewähren. Die für den Transport beſtimmten Waren ſind möglichſt als Militärgut zu befördern. Für ſchnelle Erledigung wäre ich dankbar.
>
> gez. Noske.“

Auf Grund dieſes Ausweiſes erhielt Georg Sklarz von dem Militärintendanturrat Küthe die Ermächtigung, eine Marketenderei für die Abteilung Lüttwitz und die Grenzſchutztruppen einzurichten. Vom Reichswehrminiſterium wurde Sklarz die Genehmigung ausgeſtellt, für die Regierung Nahrungs- und Genußmittel aus dem Auslande bis zum Höchſtbetrage von zwanzig Millionen Mark zu beziehen. Mit der Intendantur war vereinbart geweſen, daß Georg Sklarz nur die Einrichtung der Marketenderei vorzunehmen und lediglich als Einkäufer aufzutreten hatte. Georg Sklarz aber errichtete eine Privatmarketenderei und beſchäftigte als Geſchäftsführer Major v. Frankenberg, als Buchhalter einen Herrn Rauch. Angeſtellte waren: Ernſt Sonnenfeld und zeitweiſe Henck, der Schwiegerſohn von Scheidemann.

Angeklagter Frankenberg gibt an, er habe die Tätigkeit bei Sklarz angenommen, da er auf eine Stellung angewieſen geweſen ſei. Er hatte von Sklarz alle Vollmachten. Laut Anklage ſoll Sonnenfeld den v. Frankenberg dafür gewonnen haben, für ſich ſelbſt bei jeder Rechnung noch einen Aufſchlag von 10—15 Prozent zu den von Sklarz angeordneten 15 Prozent Aufſchlag von der Intendantur zu nehmen. Dieſe Ueberpreiſe ließ ſich Ernſt Sonnenfeld auf eine Bank anweiſen. Im ganzen ſoll er ſich auf dieſe Weiſe eine Einnahme von 179 823 M. verſchafft haben.

Rechtsanwalt Rübell verlangt Aufklärung, wie Hauptmann v. Frankenberg von Sklarz als Bevollmächtigter eingeſtellt wurde, da er keinerlei kaufmänniſche Ausbildung beſaß. v. Frankenberg erklärt, hauptſächlich die Verhandlung mit Reichsbehörden betrieben zu haben, wobei der Rang als Major und der Name v. Frankenberg keine nebenſächliche Rolle geſpielt haben.

Rechtsanwalt Puppe behauptet, daß v. Frankenberg 70 000 M. Proviſion eingeſteckt habe und beantragt hierüber die Vernehmung von Fräulein Schack und Herrn Wutke. Angeklagte Schack gibt Kenntnis von einem Geſpräch zwiſchen Ernſt Sonnenfeld und v. Frankenberg. In dieſem war von großen Verdienſten von etwa 35 000 M. die Rede. Angeklagter Wutke ſagte aus, daß in der Familie Sonnenfeld ſehr viel davon geſprochen wurde, wie groß die Freude der Mutter des Herrn v. Frankenberg über deſſen hohes Verdienſt ſei. Sonnenfeld bringt darauf noch die Blankovollmacht zur Sprache, die ſein Sohn vor deſſen Abreiſe nach Holland ausgeſtellt worden ſei. Er habe damals v. Frankenberg deswegen zur Rede geſtellt und aus ſeinen Entgegnungen entnommen, daß man zum Zwecke der Steuerhinterziehung Erträgniſſe aus den Privatgeſchäften und aus den Geſchäften von Sklarz auf dieſes Konto überweiſen wollte. Weiter habe er aus Geſprächen herausgehört, daß v. Frankenberg mit ſeinem Sohn Geſchäfte gemacht hat, an denen v. Frankenberg mit 40—50 000 M. beteiligt war. v. Frankenberg beſtreitet dieſe Darſtellung.

Oberschlesier!

1. die nach dem 1. 10. 1920 ins Reich verzogen,
2. die nur vorübergehend sich außerhalb Oberschlesiens aufhalten.

Ihr braucht Passierscheine!

1. In Oberschlesien geborene und dort **bis 1. Oktober 1920 wohnhaft** gewesene Stimmberechtigte **(Kategorie A)** und außerhalb Oberschlesiens geborene Abstimmungsberechtigte, die seit dem 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt **bis 1. Oktober 1920 dort ununterbrochen gewohnt haben und nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstimmungsgebiete verzogen sind (Kategorie C).**
2. **alle Stimmberechtigten der Kategorie A,** die noch heute im Abstimmungsgebiet ihren ständigen Wohnsitz haben, **z. Zt. aber sich außerhalb des Abstimmungsgebietes aufhalten** (z. B. Studierende, Geschäftsreisende, Saisonarbeiter usw.), **müssen zur Einreise zur Abstimmung Passierscheine haben,** die zugleich als Stimmkarte dienen. Diese Passierscheine werden nur auf schriftliches Gesuch nach vorgeschriebenem Muster hin ausgegeben. Das Gesuch muß spätestens am

2. März 1921 beim Paritätischen Ausschuß

eingetroffen sein. Formulare hierzu und Beratung erteilt **jede Ortsgruppe der**

Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier.

N. Israel

BERLIN C • SPANDAUERSTRASSE 1[illegible]

Nr. 101
475.-

Nr. 102
390.-

Nr. 102. Jackenkleid aus kariert. Stoff, Jacke halb gefüttert . . . 390.-

Nr. 101. Aus reinwoll. Cheviot, Jacke auf halbseiden. Futter 475.-

Preiswerte Frühjahrs-Neuheiten

Damenkleidung

Kleid aus reinwollenem Stoff mit Stickerei	298.-
Kleid aus vorzügl. Wollstoff m. farbig. Stickerei	435.-
Mantel aus covercoatartigem Stoff	350.-
Sportjacke gewirkt, Jumperform	225.-
Jumper Kunstseide, gestrickt	275.-

Lederwaren

Besuchstasche Autolackleder	39.-
Besuchstasche Glacémouton	66.-
Damentasche verschiedene Formen . .	42.-
Damentasche mit Stahlbügel	57.-
Lackgürtel Wachstuch, schwarz und farbig . .	3.40
Reisetaschen und Koffer in großer Auswahl	

Kleiderstoffe

Popeline mit kunstseidenen Streifen, Mtr.	19.50
Reinwoll. Cheviot marineblau, 106-108 cm	45.-
Reinwoll. Popeline doppeltbreit . . . . Mtr.	54.-
Reinw. Kammgarn marineblau, 130 cm, Mtr.	85.-

Futterstoffe

Jakonett in vielen Farben, 80 cm . . . . . Mtr.	13.-
Satinköper 80 cm, Mtr.	16.-
Satin einfarbig, in vielen Farben, 78-80 cm, Mtr.	25.-
Steppdecken-Satin in vielen Farben 130 cm 45.- 160 cm	65.-
Jackenfutter einfarbig, 140 cm, Mtr.	42.-

Seidenstoffe

Paillettesseide schwarz, weiß, farb., Mtr.	29.75
Halbseidener Serge für Jackenfutter . . Mtr.	23.50
Reinseidener Taft in großer Farbenauswahl, 85 cm Mtr.	69.-
Chinakrepp in vielen Farben . . Mtr.	76.-

Seidenband

Kunstseid. Band 7½ cm breit . . . . . . Mtr.	7.75
Taftband Reinseide 10½ cm breit . . . Mtr.	11.75
Breites Seidenband neueste Farb., 15 cm, Mtr.	16.50

Kurzwaren und Knöpfe in großer Auswahl

Waschstoffe

Bedruckt Schleierstoff 100 cm breit . . . . Mtr.	12.50
Bedruckt Musselin Baumwolle . . . . . . Mtr.	13.75
Bedruckt Perkal 80 cm breit . . . . . Mtr.	14.50
Schweizer Batist weiß, mit Seidenglanz . Mtr.	19.50

Herrenwäsche

Weißes Oberhemd mit Falten-Einsätzen und Klappmanschetten	69.-
Farbiges Oberhemd mit Klappmanschetten .	72.-
Taghemd vorzüglicher Hemdenstoff	53.-
Nachthemd mit buntem Besatz	89.-
Herren-Hut weicher Haarfilz . . .	48.-

Favorit-Schnittmuster

Wohnungs-Einrichtungen zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Lichtenberg, 17. Verwaltungsbezirk. Am Dienstag, den 1. März, abends 7 Uhr, findet im Cecilien-Lyzeum, Rathausſtraße, eine Sitzung der Elternbeiräte ſtatt. Da es ſich um die Errichtung der weltlichen Schule handelt, muß jedes Elternbeiratsmitglied unbedingt erſcheinen.

5. Verwaltungsbezirk: 6., 7., 8. Diſtrikt und Stralau. Montag, den 28. Februar, abends 7 Uhr, findet eine Vollverſammlung ſämtl. Elternbeiräte in der Schule Tilſiter Str. 4 ſtatt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung iſt es unbedingt erforderlich, daß alle Schulen vertreten ſein müſſen, desgleichen auch die Elternbeiräte der beſchlagnahmten Schulen. Die Bezirksverordneten ſowie ſozialiſtiſchen Lehrer ſind ebenfalls freundlichſt eingeladen. Genoſſen, ſoll der lebensfähige Gedanke der weltlichen Schule nicht morſch zerfallen, ſo erſcheint vollzählig und unterſtützt uns in unſerer Propaganda.

9. Verwaltungsbezirk. Fraktionsſitzung am Montag, den 28. Februar, abends 6½ Uhr, mit engerem Vorſtand und kommunaler Kommiſſion bei Schilling, Lauenburger Straße.

Elternverſammlung der 86. Gemeindeſchule am Dienstag, den 1. März, abends 7 Uhr, in der Aula der 104. Gemeindeſchule, Olivaer Straße. Referent: Lehrer Ponſong über: „Die ſozialiſtiſche Einheitsſchule".

Jugendweihe Lichtenberg. Karten zur Jugendweihe am 13. März, vorm. 11 Uhr, im Cecilien-Lyzeum, ſind in beſchränkter Anzahl zu haben bei Seipke, Kronprinzenſtr. 47, und bei Richter, Eitelſtraße 72. Anmeldungen zur koſtenloſen Teilnahme an der Jugendweihe werden noch angenommen im Vorbereitungsunterricht jeden Sonnabend von 5—6 Uhr im Geſangsſaal des Jahn-Realgymnaſiums.

Im Verwaltungsbezirk 10 (Zehlendorf—Nikolasſee—Dahlem—Wannſee) wurden geſtern gewählt: Zum Bürgermeiſter der bisherige Gemeindevorſteher von Zehlendorf, Bürgermeiſter Dr. Hugo Köſter (D. V.), zum ſtellvertretenden Bürgermeiſter der Syndikus des Verbandes Groß-Berlin Dr. Erich Schumacher (D. N.), zu beſoldeten Stadträten die bisherigen Zehlendorfer Gemeindebauräte Krug und Echtermeyer und als Kompromißkandidat der Stadtſekretär Matern (S. P. D.), ſowie zum Bezirksſchulrat der Magiſtratsſchulrat Dr. Sandt-Charlottenburg. Zu unbeſoldeten Stadträten wurden die Bezirksverordneten Rendant Hoge (D. N.) und Rechnungsrat Dankwardt (D. V.), ſowie Kaufmann Hecking (U. S. P.) gewählt.

Selbſtmord. Aufſehen erregt der erfolgte Selbſtmord des Parteiſekretärs der Sozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands Fritz Kano aus der Paſtalſtraße 2 in Charlottenburg, der ſich wegen ſchwerer Verfehlungen erſchoß.

Der ermordete Agent. Der ermordete angebliche Schriftſteller Theodor Körner iſt jetzt einwandfrei feſtgeſtellt worden als ein am 5. April 1896 zu Lodz geborener David Roſenblum. Er gab ſich Fremden gegenüber nie als Pole, ſondern als Oeſterreicher oder Schweizer aus. In den letzten Tagen trug er ſich mit dem Gedanken, ſeine politiſchen Geſchäfte ganz aufzugeben und nach Magdeburg überzuſiedeln. Wie ſchon mitgeteilt, unterhielt Roſenblum auch Beziehungen zu Mädchen der Halbwelt, und er verſchmähte es auch nicht, dieſe an ſich zu feſſeln und für ſich auf die Straße zu ſchicken. Zweckdienliche Angaben, die auf Wunſch vertraulich behandelt werden, werden im Zimmer 51a des Berliner Polizeipräſidiums entgegengenommen.

Die Ueberfüllung der Vorortzüge hat den Tod des 30 Jahre alten Arbeiters Lachs herbeigeführt. Lachs hat nicht, wie irrtümlich in der Preſſe berichtet, Selbſtmord verübt, ſondern iſt infolge Ueberfüllung des Zuges auf dem Trittbrett gefahren und dann auf die Kupplung geſtiegen, von der er abgerutſcht iſt. Von den fahrenden Wagen wurde er überfahren und getötet.

Gewerkſchaftliches

Gewerkſchafter heraus!

Das Irrlicht aus dem Oſten hat einen großen Teil des Proletariats noch ſchwächer gemacht, als es nach dem Kriege war. Einer primitiven Ideologie fiel auch ein Teil der deutſchen Arbeiter zum Opfer. Die revolutionäre politiſche Partei Deutſchlands wurde geſprengt, und den Erfolg ſehen wir eben an dem beendigten Wahlkampf in Preußen. Nun ſollen auch die letzten Stützen, die Gewerkſchaften, jener falſchen Idee zuliebe zertrümmert werden. Kommuniſtiſche Reichskonferenzen verſchiedener Verbände löſen ſich einander ab. Unſere Organiſationen faſſen jetzt energiſch zu, und wo Holz geſpalten wird, da gibt es Späne.

In vielen Verbänden werden Ortsverwaltungen uſw. neu beſtellt, desgleichen ſtehen die Wahlen zu den Betriebsräten vor der Türe. Unſere gewerkſchaftlich organiſierten Genoſſen müſſen es als Mannespflicht empfinden, vollzählig ſich an allen Wahlen zu beteiligen. Wo wir in der Mehrheit ſind, iſt dieſe aufrechtzuerhalten. Wo es nicht der Fall iſt, muß dieſe errungen werden. Die Einheit der Organiſation iſt aufrechtzuerhalten. Den Kommuniſten iſt in ſachlicher Argumentation ihre fehlerhafte Politik in der Agrarfrage vor allem nachzuweiſen, die nicht zum Sozialismus, ſondern zur Verankerung des Privateigentums führte, die zur Quelle aller Uebel in Rußland wurde.

Bei dem Kampfe gegen links wollen wir aber nicht vergeſſen, daß wir letzten Endes den Rechtsſozialiſten dieſe ganze böſe Erbſchaft verdanken. Aus den unzähligen Sünden rechtsſozialiſtiſcher Gewerkſchafter ſaugen die Kommuniſten ihren Honig und belaſten uns mit den Moritaten jener Leute, die ihr politiſches Bekenntnis auf die ſo einfache und nicht mißzuverſtehende Formel brachten: „Ich gehe zu Hindenburg!"

Dieſen unſicheren, mehr ſchlauen als überzeugungstreuen Kantoniſten gegenüber eine achtunggebietende Diſtanz einzuhalten, erweiſt ſich als notwendig.

Gegen den fanatiſchen Anſturm von links, ſowie gegen den Verſumpfungstrieb von rechts, der die Verfälſchung des ſozialiſtiſchen Gedankens in ſich ſchließt, haben unſere unabhängigen Gewerkſchafter anzukämpfen.

Um ſich zu dieſem Kampf zu ſtählen und zu wappnen, iſt es notwendig, daß unſere Genoſſen alle Bildungsmöglichkeiten, die ſich ihnen bieten, in Anſpruch zu nehmen. Unſere Partei wird demnächſt damit beginnen, politiſches Wiſſen ſyſtematiſch zu verbreiten. Um unſere rein gewerkſchaftlichen Aufgaben auf der anderen Seite zu erfüllen, müſſen die Kurſe der freigewerkſchaftlichen Betriebsräte-Zentrale, die an dieſer Stelle in der Donnerstagabend-Nummer veröffentlicht wurden, ſtark in Anſpruch genommen werden. Wiſſen iſt Macht! Dies iſt ein altes Motto aller Sozialiſten.

Wappnen wir uns mit der Macht des Wiſſens, legen wir die Schlafmützigkeit ab und das deutſche Nationalübel, die Temperamentloſigkeit, um mit Roſa Luxemburg zu ſprechen, nehmen wir aktiven Anteil an allen gewerkſchaftlichen Fragen, die uns geſtellt werden, dann werden wir, unbehindert von rechts und von links, unſere uns von der Geſchichte vorgezeichnete hiſtoriſche Miſſion auch im Rahmen der gewerkſchaftlichen Aufgaben erfüllen können.

Buchdrucker!

Unſere Kollegen des Ortsvereins Aſchersleben haben die letzte Wirtſchaftsbeihilfe als unzureichend abgelehnt und den Prinzipalen daneben eine Forderung von 12 Mark Teuerungszulage geſtellt. Ein Teil der dortigen Prinzipale war bereit, dieſer Forderung näher zu treten. Da trat die Streikabwehrorganiſation der Prinzipale in Aktion, verhinderte eine örtliche Verſtändigung und machte den Kampf zu einer unausweichbaren Notwendigkeit. — Dieſer Geſchloſſenheit der Prinzipale iſt die Solidarität der geſamten Kollegenſchaft entgegenzuſtellen, zumal unſere Organiſationsinſtanzen zufolge ihrer tariflichen Feſtlegung dem Kampf ihre Unterſtützung verſagen.

Wir fordern daher die Kollegenſchaft auf, in allen Betrieben Sammlungen vorzunehmen und den Ertrag am Sonnabend, den 5. März, von 4 bis 7 Uhr bei Baum, Stallſchreiberſtr. 47, abzuliefern. Der Aktionsausſchuß. J. A.: Otto Fiedler.

Generalverſammlungsdelegierte und ſonſtige Funktionäre des Deutſchen Metallarbeiter-Verbandes

Am Dienstag, den 1. März, abends 6½ Uhr, findet in den Prachtſälen Alt-Berlin, Blumenſtr. 10, eine Verſammlung ſämtlicher Funktionäre, welche auf dem Boden der U. S. P. D. ſtehen, ſtatt.

Tagesordnung: 1. Die Reparationsfrage und die Weltwirtſchaftskriſe. Referent: Genoſſe Alexander Stein. 2. Verſchiedenes.

Es wird den U. S. P. D.-Funktionären des Metallarbeiter-Verbandes zur Pflicht gemacht, in dieſer Verſammlung zu erſcheinen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D.
Der geſchäftsführende Ausſchuß. J. A.: Fritz Schneider.

Bauarbeiter

Wir erhalten folgende Zuſchrift:

In der Morgenausgabe der „Roten Fahne" vom 24. 2. unter der Notiz „Auch Genoſſe Kienow, Berlin, aus dem Deutſchen Bauarbeiter-Verband ausgeſchloſſen", wird mir nachgeſagt, daß ich in der Vorſtandsſitzung einen Antrag geſtellt hätte, den Kollegen Kienow, der aushilfsweiſe im Verbandsbureau beſchäftigt iſt, ſofort zu entlaſſen. Dieſe Behauptung iſt unwahr. Der oder diejenigen Mitglieder des Vereinsvorſtandes, die dieſe Notiz in die „Rote Fahne" hinein gebracht haben, erkläre ich hiermit für elende Verleumder.

Zur Aufklärung des Sachverhalts iſt es notwendig, kurz darauf einzugehen:

Mitglieder des Deutſchen Bauarbeiter-Verbandes, die der V. K. P. D. angehören, hatten eine Konferenz nach Halle einberufen. Der Hauptvorſtand hatte durch eine Notiz im „Grundſtein" bekannt gegeben, daß, wer an der Konferenz teilnimmt, aus dem Verband ausgeſchloſſen wird. Der Kollege Kaiſer, welcher von der Fraktion der V. K. P. D. als Delegierter beſtimmt wurde, trat als ſolcher auf Grund der Warnung des Hauptvorſtandes zurück. An Stelle des Kollegen Kaiſer fuhr der Kollege Kienow nach Halle. Bei einer Beſprechung der Vereinsleitung Berlin, an der Kollege Lehmann als Bezirksleiter teilnahm, gab er auch zu, daß er an der Konferenz teilgenommen hätte und auch die Konſequenzen daraus ziehen werde.

Der Hauptvorſtand ſchloß den Kollegen Kienow aus und teilte dem Zweigvereinsvorſtand den Ausſchluß mit, der zu Mittwoch eine Sitzung einberief, die ſich mangels unvollzähligen Erſcheinens für unkompetent erklärte. Die Angelegenheit wurde deshalb vertagt. Ich habe keinen derartigen Antrag geſtellt, wie er mir durch die „Rote Fahne" unterſchoben wird. Da man in keiner Weiſe mir etwas am Zeug flicken kann, verſucht man auf dieſe Weiſe mich in der Oeffentlichkeit herunterzureißen. Dieſes iſt ſchon ſeit längerer Zeit Methode einzelner Mitglieder des Zweigvereinsvorſtandes.

Wie jene Leute arbeiten zeigt dieſer Fall recht deutlich. Obgleich in dieſer Sitzung geſagt wurde, daß am nächſten Tage dieſelbe Angelegenheit erörtert werden ſoll, nahm der Kollege Kienow Urlaub, um ſofort nach der Roſenthaler Str. 38 zu laufen um dort den Inhalt der Vorſtandsſitzung an den Mann zu bringen. Dieſen Inhalt kann Kienow nur von ſeinen Geſinnungsgenoſſen im Vorſtand erhalten. Hier haben alſo die beiden Vorſtandsmitglieder den Kollegen Kienow unterrichtet, ihm aber wiſſentlich falſche Mitteilungen gemacht. Dieſes iſt die Methode jener Leute, die nur mit ſolchen ſchimpflichen Mitteln arbeiten können. Warum? Weil es ihnen durch das Moskauer Diktat dringend zur Pflicht gemacht wurde.

Unioniſtiſche Methoden

Zu dieſer unter dieſer Spitzmarke in der Sonnabend-Nummer erſchienenen Notiz wird uns berichtigend aus Düſſeldorf mitgeteilt, daß Wilhelm Düwell, Redakteur der kommuniſtiſchen „Freiheit" (Düſſeldorf), tatſächlich vor einigen Jahrzehnten Metallarbeiter geweſen iſt. Dieſer Umſtand dürfte aber höchſtens dazu angetan ſein, ſeine Handlungsweiſe in ein noch bedenklicheres Licht zu rücken. Der Kommuniſt Klein in Benrath (bei Düſſeldorf) hat ſich von unſerem Genoſſen Ernſt, Beamter des Metallarbeiter-Verbandes, für einen Metallarbeiter Düwell in Benrath, der dort garnicht exiſtiert, das fragliche Mitgliedsbuch ausſtellen laſſen. Dieſer Tatbeſtand iſt uns vom D. M.-V. Düſſeldorf in durchaus zuverläſſiger Weiſe mitgeteilt worden.

Wozu nur zu bemerken iſt, daß dieſe feinen Methoden ganz im Einklang ſtehen, mit der Leninſchen Anweiſung, alle Mittel, auch des Betruges, anzuwenden.

Der Zentralverband der Maſchiniſten und Heizer gibt uns Kenntnis von folgendem Schreiben:

Berlin, den 25. Februar 1921.

An den Herrn Reichsarbeitsminiſter
Berlin,
Scharnhorſtſtr. 35,
und an den Zechenverband in Eſſen, Friedrichſtr. 2.

Der Zentralverband der Maſchiniſten und Heizer und Deutſcher Metallarbeiterverband kündigen hiermit in Gemeinſchaft mit dem Bergarbeiter-Verband das von Ihnen am 19. Auguſt 1920 abgeſchloſſene Ueberſchichten-Abkommen zum 13. März vorbehaltlich weiterer Verhandlung.

Deutſcher Metallarbeiterverband,
Zentralverband der Maſchiniſten und Heizer.

Buchbinder und Papierverarbeiter! Die zum 2. März geplante Generalverſammlung muß, infolge zu geringer Wahlbeteiligung der Delegierten für die Generalverſammlung, auf Freitag, den 18. März verſchoben werden. Durch den in letzter Generalverſammlung angenommenen Antrag (Hildebrand), wurde den Branchenleitungen das Recht genommen, die Wahlen in den Branchen planmäßig einzuteilen und iſt dadurch die Verſchiebung auf den 18. März notwendig. Die Verſammlung findet 6½ Uhr im großen Saale des Gewerkſchaftshauſes ſtatt. Betriebe, die bisher ihre Wahlen noch nicht vollzogen haben, müſſen dieſes umgehend tun. Kleinbetriebe und Einzelmitglieder wählen Sonntag, den 27. Februar, vormittags 11 Uhr, bei Graumann, Naunynſtraße 27. Die Ortsverwaltung.

Städtiſche Elektrizitätsarbeiter Groß-Berlins! Am 28. Februar und bis 2. März finden die Betriebsratswahlen ſtatt. Man hat es verſtanden, getreu den Richtlinien von Moskau, in den Verſammlungen kommuniſtiſche Kandidaten aufzuſtellen. Um den Kollegen Sand in die Augen zu ſtreuen, verlangte man von den Kandidaten nicht, daß ſie Mitglieder der V. K. P. D. ſeien, ſondern ſie mußten eine Erklärung abgeben, daß ſie auf dem Boden dieſer Partei ſtehen, indem ſie den „Offenen Brief" anerkennen. Die freigewerkſchaftlichen Kollegen haben nun in allen Betrieben eigene Liſten ohne Unterſchied der Parteien aufgeſtellt, welche wahrſcheinlich die Nummer 2 erhalten werden. Pflicht jedes denkenden Kollegen iſt es, beſtimmt zur Wahl zu gehen und ihre Stimme den freigewerkſchaftlichen Liſten (2), zu geben, um endlich einmal gedeihliches Arbeiten des Betriebsrates zu ermöglichen.

Die freigewerkſchaftlichen Funktionäre.

Gaſtwirtſchaftliche Angeſtellte! Der Inhaber des Café Minerva, Joſef Berkemeyer, Berlin-Weißenſee, Berliner Allee 147, und Albrechtshof, Hermann Hackbuſch, Berlin-Weißenſee, Parkſtr., weigern ſich, die Berufsorganiſation anzuerkennen und lehnen gleichzeitig jegliche Verhandlung ab. Beide Betriebe ſind für organiſierte Gaſtwirtsangeſtellte geſperrt. Zentralverband der Hotel-, Reſtaurant- und Café-Angeſtellten, Zweigverein Groß-Berlin, N. 24, Elſaſſer Str. 88.

Holzarbeiter! Heute, Sonntag, vormittags 9 Uhr, in der „Königsbank", Große Frankfurter Straße 117, Verſammlung der Maſchinenarbeiter und Schneidemüller. — Dienstag, nachmittags 1½ Uhr, in Lichtenberg, Schulaula Parkaue, Verſammlung des Bezirks öſtliche Vororte. Die am Mittwoch vorgeſehene Vertrauensmännerverſammlung fällt für dieſen Bezirk aus. Deutſcher Holzarbeiterverband, Verwaltung Berlin.

Muſikinſtrumentenarbeiter U. S. P. D. Am Donnerstag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr, im Arbeitsloſenſaal, Rungeſtr. 30, Verſammlung. Es iſt wichtig, daß alle pünktlich erſcheinen. Nach Schluß der Verſammlung gehen alle gemeinſam zur Generalverſammlung.

Aus den Organiſationen

Sonntag, 27. Februar

Weißenſee. Arbeiter-Elternbund. Nachm. 4 Uhr in der Aula des Realgymnaſiums Lichtbilder-Vorführung für Jung und Alt. 1. Eine Frühlingsfahrt im Spreewald. 2. Rübezahl-Geſchichten. Eintritt 50 Pf.

Montag, 28. Februar

2. Diſtrikt. Frauenleſeabend bei [illegible], Steinmetzſtr. 29. Da mit einem Vortrag der Genoſſin Seger über „Unſer Sonnen- und Planetenſyſtem" eine Vortragsreihe über „Das Weltall und die Entwicklung der Menſchheit" begonnen wird, iſt vollzähliges Erſcheinen aller Genoſſen unbedingt notwendig.

3. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Frauenabend bei Lange, Gartenſtr. 33. Ref.: Stadtverordneter [illegible], Neukölln.

4. Verwaltungsbezirk (Prenzlauer Tor). Kommunale Kommiſſion, Elternbeiräte, Kinderſchutzkommiſſion. Abends 7 Uhr Sitzung der Diſtrikts-Obleute obiger Kommiſſionen bei Klimpel, Dunckerſtr. 63.

5. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Vorſtandsſitzung bei [illegible]. Die Abteilungsführer-Stellvertreter, die Mitglieder der Agitations- und Zeitungskommiſſion nehmen daran teil.

6. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Frauenleſeabend bei Großmann, Weberſtr. 24. Vortrag der Genoſſin [illegible] über „Ausfall der Landtagswahlen".

7. Diſtrikt. Abends 7½ Uhr Diſtriktsverſammlung in den [illegible], Memeler Str. 67. Tagesordnung: Die Landtagswahlen und unſere Aufgaben. „Freiheit"-Leſer ſind freundlichſt eingeladen.

8. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Frauenleſeabend bei [illegible], Schreinerſtr. 18. Die Parteigenoſſen werden erſucht, ihre Frauen darauf hinzuweiſen.

10. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Vorſtandsſitzung bei [illegible].

11. Diſtrikt. Die fällige Vorſtandsſitzung fällt aus.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Südende, Lichterfelde, Lankwitz). Abends ½8 Uhr Vollverſammlung der kommunalen Kommiſſion im Rathaus Steglitz. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung müſſen alle Mitglieder der kommunalen Kommiſſion, alle Bezirksverordneten, ſowie die Delegierten der Elternbeiräte erſcheinen.

14. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Frauenleſeabend bei Kaiſer, [illegible] 34. Die Genoſſen ſind verpflichtet, ihre Frauen daran teilnehmen zu laſſen.

15. Diſtrikt. Abends 7½ Uhr Leſeabend bei Rauſch, [illegible] 33.

15. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Frauenleſeabend bei Braun, Wilhelmshavener Straße 24. Die Genoſſinnen werden erſucht, vollzählig zu erſcheinen.

15. Verwaltungsbezirk. Abends 7 Uhr Sitzung ſämtlicher Obleute der kommunalen Kommiſſion bei Schreiber, Niederſchöneweide, Brückenſtr. 3.

16. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Frauenleſe- und Diskuſſionsabend bei Klinge, [illegible] 14.

18. Diſtrikt. Der Frauenleſeabend fällt aus.

Neukölln. Abends 6½ Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus.

Neukölln. Frauenleſeabend: 1. Viertel: Mittwoch, [illegible], Weichſelſtr. 8; 2. Viertel: Montag bei Wasmann, Donauſtr. 108; 3. Viertel: Montag bei [illegible], Emſer Str. 90; 4. Viertel: Montag bei [illegible], Weſerſtr. 3.

Ortsgruppe Friedenau. Leſeabend bei [illegible], Handjeryſtr. 60-61. Vortrag des Gen. [illegible] über „Peſtalozzi-Fröbelhaus".

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald. Abends 7½ Uhr Frauenleſeabend bei Schilling, Lauenburger Straße.

Zehlendorf (Wannſeebahn). Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung im Lindenpark, Berliner Straße. Funktionäre treffen ſich ½ Stunde früher zu einer Sitzung ebenda. Erſcheinen aller Genoſſen iſt unbedingt erforderlich.

Lankwitz, Lichterfelde, Steglitz. Abends 7½ Uhr Frauenabend im Lokal von [illegible], Lankwitz, Kaiſer-Wilhelm-, Ecke Seydlitzſtraße. Vortrag der Genoſſin Marie Kunert über „[illegible] und Gebärzwang".

Mahlsdorf, Kaulsdorf. Abends 7 Uhr findet im Cecilienlyzeum, Lichtenberg, Rathausſtraße, eine Elternbeiratsſitzung ſtatt. Da dem Bezirksobmann von beiden Orten die Elternbeiratsmitglieder nicht bekannt ſind, müſſen dieſelben unbedingt erſcheinen.

Tegel. Abends 7 Uhr Funktionärſitzung bei [illegible] Nachf. Elternbeiratsmitglieder der U. S. P. ſind ebenfalls eingeladen.

Niederſchönhauſen. Abends 7½ Uhr Mitgliederverſammlung im Reſtaurant Wilhelmshof, Kaiſer-Wilhelm-Str. 64. Ergänzungswahl des Vorſtandes.

Dienstag, 1. März

19. Verwaltungsbezirk (Pankow). Elternbeiräte. Abends 7 Uhr Zuſammenkunft ſämtlicher U. S. P.-Elternbeiräte aus den Orten Pankow, Niederſchönhauſen, Buchholz, Heinersdorf, Blankenburg, Blankenfelde, Karow und Buch bei [illegible], Pankow, Mühlenſtr. 12. Jeder Ort und Schule muß vertreten ſein.

5. Verwaltungsbezirk (Friedrichshain), 6., 7., 8. Diſtrikt und Stralau. Bildungskommiſſion. Abends 7 Uhr Sitzung bei [illegible], Petersburger Str. 4.

12. Diſtrikt. Kommunale Kommiſſion. Abends 7 Uhr Verſammlung ſämtlicher Mitglieder bei Klimpel. Genoſſen und Genoſſinnen, die gewillt ſind, auf kommunalem Gebiet mitzuarbeiten, werden erſucht, ebenfalls zu erſcheinen.

16. Diſtrikt. Abends 6½ Uhr Zuſammenkunft ſämtlicher Mitglieder aller Kommiſſionen, Stadt- und Bezirksverordneten, Funktionäre und Elternbeiräte in der Schulaula Tegeler Str. 18. [illegible] wichtige Angelegenheit.

17. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Vorſtandsſitzung bei Krall, [illegible] Str. 21.

18. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Diſtriktsgeneralverſammlung in der Schulaula [illegible] Str. 3. Erſcheinen aller iſt Pflicht. Legitimation: Mitgliedsbuch. Tagesordnung: Was lernen wir aus den Wahlen.

Johannisthal. Abends 7½ Uhr Vorſtandsſitzung und ſämtliche Funktionäre bei Schreiner, Friedrichſtr.

Steglitz. Abends 7½ Uhr Funktionärſitzung bei [illegible], Fichteſtr. 4.

Lichtenberg. Abends pünktlich 7 Uhr Vorſtandsſitzung bei Seipke, Kronprinzenſtraße 47, Ecke Scharnweberſtraße.

Reinickendorf-Oſt. Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung im Realgymnaſium, Berner Straße 5.

Oberſchöneweide. Abends 7½ Uhr Sitzung ſämtlicher Funktionäre bei [illegible].

Pankow. Bildungskommiſſion. Abends 7 Uhr wichtige Sitzung bei [illegible], Mühlenſtr. 12.

Vereinskalender

Montag, 28. Februar

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die für den 2. März angeſetzte Generalverſammlung wird auf Freitag, den 18. März, verſchoben.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Nachm. 3 Uhr im Gewerkſchaftshaus, Saal 11, Verſammlung für [illegible]. Vollzähliges Erſcheinen erwartet die Leitung der Luxuspapierbranche.

[illegible]. Abends 6½ Uhr in der Geſchäftsſtelle, Belle-Alliance-Straße [illegible], 3 Tr., wichtige Sitzung. Die Mitglieder der [illegible] müſſen erſcheinen. Der Vorſtand.

Verein ſozialiſtiſcher Ärzte. Abends 7½ Uhr Sitzung im Medizinalamt der Stadt Berlin, Fiſcherſtr. 39. Tagesordnung: Ueber die Organiſation des Geſundheitsweſens der Stadtgemeinde Berlin. Ref.: Stadtmedizinalrat Rabnow. Gäſte willkommen.

Deutſcher Hutarbeiter-Verband. Nachm. 5½ Uhr im Gewerkſchaftshaus, Engelufer 15, Saal 4 (Großer Saal), Verſammlung. Tagesordnung: Amſterdam oder Moskau (Ref.: Genoſſe [illegible], Korr.: Genoſſe Schumacher); 2. Diskuſſion. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Max [illegible].

Arbeiter-Samariter-Kolonnen E. V., Abt. Lichtenberg. Abends 7 Uhr Abteilungsverſammlung im Lokal von Piepenhagen, Scharnweberſtr. 60. Erſcheinen aller unbedingt notwendig.

Dienstag, 1. März

Zentralverband der Angeſtellten. Glas- und Keramik-Großhandel. Abends 7½ Uhr öffentliche Verſammlung, Schultheiß, Neue Jakobſtr. 24-25. — **Kriegsorganiſationen.** Nachm. 4½ Uhr Mitgliederverſammlung, Dresdener Kaſino, Dresdener Str. 96/97. — **Textil-Bekleidung.** Nachm. 5½ Uhr Funktionärverſammlung, Muſikerſäle, Kaiſer-Wilhelm-Str. 31.

Zentralverband der Maſchiniſten und Heizer, Geſchäftsſtelle Groß-Berlin. Kollegen der chemiſchen Induſtrie. Abends 6 Uhr bei Schulz, Am Königsgraben 2, Vollverſammlung.

Deutſcher Werkmeiſter-Verband, Berlin 24, Holzinduſtrie-Fachgruppe 18. Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung im Vereinslokal zum Schultheiß, Neue Jakobſtraße 24-25.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen E. V., Abt. Weißenſee. Abends 7 Uhr Abteilungsverſammlung im Realgymnaſium, Parkpromenade. Erſcheinen aller unbedingt notwendig.

Der Branchenrat der Eiſen-, Glas-, [illegible], Spielwaren-Branchen. Nachm. 5½ Uhr in Haverlands Feſtſälen, Saal 2, Sitzung des Branchenrates obiger Branchen.

Mittwoch, 2. März

Internationaler Bund der Kriegsopfer. Abends 7 Uhr im Logenreſtaurant, Kl. Auguſtſtraße, Zuſammenkunft aller Funktionäre Berlins. Erſcheinen unbedingt erforderlich.

Lebensmittelkalender

Berlin. Brotkarte: Stichwort „Frühling". Fleiſch: 250 Gr. Büchſenfleiſch. Ohne Marken Schweinefleiſch, gefrorenes, und, ſoweit der Vorrat reicht, friſches Rindfleiſch. Ferner 1 Pfund Teigwaren, 4,30 M.

Neukölln. Aufhebung der Ausgabe von Zwiebackbezugsſcheinen in den Neuköllner Brotkommiſſionen für Kinder bis zu 3 Jahren und kranke Perſonen.

Charlottenburg. Kinder im 1. Lebensjahre 750 Gr., im 2. Lebensjahre 500 Gr. Kindergerſtenmehl. An werdende Mütter vom 4. Monat ab 1000 Gr. Weizengrieß, 1000 Gr. Teigwaren und 500 Gr. Gebäck, ferner 3 Büchſen Milch. Stillende Mütter: 1000 Gr. Teigwaren und 1000 Gr. Gebäck.

Schöneberg. Vorausmeldung für 250 Gr. Kartoffelſtärkemehl bis 1. März. Brotkarte: „Frühling". 250 Gr. Fleiſch. Kinder und Kranke: ½ Weizengrieß, ¼ Teigwaren.

Treptow. 250 Gr. Kartoffelſtärkemehl, 250 Gr. Nudeln, Zwieback und Reis für Kranke, je 2 Pakete.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Katvani, Danziger Straße 1.

27. Februar 1921 **Unterhaltungsbeilage der „Freiheit“** 27. Februar 1921

Deutſchland führt den Friedensvertrag aus

Eine unvorhergeſehene Kataſtrophe

Satiriſche Darſtellung eines Pariſer Witzblattes „Die weiße Amſel“, was in der franzöſiſchen Bourgeoiſierepublik geſchehen würde, wenn Deutſchland plötzlich den Friedensvertrag reſtlos erfüllen würde. Wir veröffentlichen dieſe Arbeit — natürlich nicht, um die franzöſiſchen berechtigten Wiederaufbau-Anſprüche zu verſpotten, ſondern als Probe der glänzenden Satire eines franzöſiſchen oppoſitionellen Witzblattes über das politiſche Getriebe.

Weniger Stunden nur hat es bedurft, damit das Jahr 1921 das verhängnisvollſte in unſerer Geſchichte wurde. Alle Kombinationen, alle Träume, alle Hoffnungen ſind augenblicklich zuſammengebrochen; ein Donnerſchlag hat die Wolken zerriſſen, die über dem Oſten ſich gehäuft hatten.

Einen Augenblick lang haben es unſere Franzoſenherzen nicht faſſen wollen. Aber die Telegramme, die man nachſtehend findet, und die amtlichen Beſtätigungen, die uns zugehen, laſſen Zweifel nicht zu: Deutſchland hat brüskerweiſe den Vertrag von Verſailles ausgeführt.

Mit einer Heimtücke, die ihresgleichen nicht hat in der Geſchichte der Nationen, haben die Deutſchen, nachdem ſie zwei Jahre lang Ausflüchte geſucht, Winkelzüge gemacht, Widerſtand geleiſtet und gejammert hatten, ſich auf einmal entſchieden, alles zu zahlen, was ſie uns ſchulden, alles wieder aufzubauen, was ſie zerſtört haben, ja ſelbſt die Erinnerung an den Krieg auszulöſchen, wie als wäre er nie geweſen. Aus den von uns gebrachten Meldungen wird man erſehen, welch ſchreckliche Verlegenheiten uns ein ſolch ungewöhnliches Vorgehen bereitet.

Denn eigentlich — man muß es ſchon geſtehen — hat bei uns niemand je den Vertrag von Verſailles für ernſt genommen, Clemenceau an der Spitze. Der Vertrag war nur geſchaffen, den Parlamentsrednern den Vorwand zu blendenden oratoriſchen Leiſtungen zu liefern und den Miniſterien eine tunlichſt lange Exiſtenzberechtigung zu verſchaffen: aus dem Amte ſcheiden, ſolange der Vertrag von Verſailles nicht angewandt worden iſt — das ging doch nicht!

Der brutale Entſchluß Deutſchlands ändert nun das alles. Vielleicht ſteckt dahinter ein Manöver des Vatikans, zweifellos ein Schachzug Lenins. Und welchen Urſprungs es letzten Endes ſein mag, das deutſche Manöver iſt verdächtig. Wir vertrauen darauf, daß unſere Regierung die wahren Beweggründe wird aufdecken können.

Eine Kataſtrophe! Die Revolution kann die Folge ſein

(Spezial-Informationen der „Weißen Amſel“.)

Paris, 3. Januar. — Die Nachricht wird eben in den Telegraphenagenturen und Redaktionen bekannt. Havas, der ſie telephoniſch aus dem Bureau des Miniſterpräſidenten übermittelt bekommen hat, gibt folgendes Kommunique aus:

Deutſchland hat geſtern beſchloſſen, ſtrikt und unverzüglich alle Bedingungen des Vertrags von Verſailles zu erfüllen.

(Unter ausdrücklichem Vorbehalt wiedergegeben.)

Es iſt neun Uhr abends. (Man pflegt mechaniſch auf die Uhr zu ſehen, wenn einen die Schauer der Weltgeſchichte überlaufen.) Hundert Journaliſten, durch die brüskierende Nachricht aufgeſchreckt, kreiſchen ins Telephon:

— Halloh! Miniſterpräſident dort?

— Ja. Halloh! Der Präſident iſt ſoeben fortgegangen; er iſt im Elyſée.

— Halloh! Elyſée dort?

— Hier Elyſée, mein Herr. . . . . Wegen der deutſchen Entſchließung? . . . . . Der Herr Miniſterpräſident empfängt die Journaliſten. . . . .

— Wann?

— Sofort.

Hut. Füllfeder. Auto. Das Elyſée. Alle Fenſter hell erleuchtet. Diener haſten. Plötzlich wird eine Portiere zurückgeſchlagen, die den Herrn Miniſterpräſidenten einläßt. Seine Stimme zittert ein wenig; ſie könnte gefaßter ſein. Und langſam beginnt er:

„Die Meldung, meine Herren, iſt amtlich. Der deutſche Botſchafter hat eben dies Zimmer verlaſſen und uns von der durch ſeine Regierung getroffenen Entſcheidung Mitteilung gemacht. Vergebens haben der Präſident und ich ihn gebeten, nicht zu ſolchen äußerſten Maßnahmen zu greifen; er hat uns nur die Abſicht der deutſchen Republik beſtätigen können. In dieſem Augenblick iſt mit der Ausführung des Verſailler Vertrags bereits begonnen worden. 5000 Eiſenbahnzüge mit 200 Milliarden Goldmark ſind im Anrollen auf Paris. Alle Einwohnerwehren, alle Selbſtſchutzorganiſationen, ſämtliche Turn- und anderen Vereine ſind abgelöſt. Der kommandierende General des XXXIII. A.-K. telegraphiert, daß Rieſenmengen von Waffen, Munition und Kriegsgerät, die auf Laſtautos herangeſchafft werden, in ſeinem Befehlsbereich ſich ſtauen. Ein unglaubliches Wunder. Der General Ludendorff ſitzt im Gefängnis; der Marſchall Hindenburg iſt unter Polizeiaufſicht geſtellt. Schritte ſind getan worden, um bei der niederländiſchen Regierung die Auslieferung des Kaiſers durchzuſetzen, der in Berlin abgeurteilt werden ſoll. Es iſt entſetzlich . . . ich habe dafür nur das eine Wort: entſetzlich!

Meine Herren, es iſt weſentlich, daß dem Lande die Nachricht ſchonend beigebracht wird. Wir bedürfen dazu der Mitarbeit der Preſſe. Immer mal wieder hat Deutſchland damit gerechnet, uns überrumpeln zu können. Durchkreuzen wir ihm ſeine Berechnungen und verlaſſen wir uns bei unſerer mangelnden Vorbereitung wie 1914 auf die geheiligte Einheit aller Volksgenoſſe:..“

Ausladen von 200 Milliarden Goldmark

Paris, 4. Januar. — Eine ſtarke Erregung macht ſich in der Hauptſtadt bemerkbar. Die Leute drängen ſich in Maſſen zum Oſtbahnhof, um der Ankunft der deutſchen Züge und dem Ausladen der 200 Milliarden Goldmark beizuwohnen. Der Polizeipräſident leitet ſelbſt den Ordnungsdienſt, das Aufgebot an Polizei iſt rieſenhaft. Alle Droſchken ſind zum Transport der Goldſäcke zur Banque de France requiriert. Aus Furcht vor Diebſtählen iſt der Bezirk zwiſchen Pantheon und Oper, dem Louvre und den Boulevards für den Verkehr geſperrt. Der Präſident der Bank hat ſoeben wiſſen laſſen, daß die Keller zu klein ſind, um den ganzen Betrag der deutſchen Zahlungen faſſen zu können. Von morgen ab werden die republikaniſche Garden in voller Stärke und ſämtliche Polizeibrigaden zum Schutze der Treſors Verwendung finden und die Straßen von Paris infolgedeſſen ohne polizeiliche Aufſicht ſein.

Zweihundertzwanzig Uhrenzüge eingetroffen

Zweihundertundzwanzig Züge mit Standuhren laufen auf dem Oſtbahnhof ein, wo diejenigen, die ſich als die Beſitzer vom Jahre 1870 her ausweiſen können, ihre Anſprüche anmelden können; dieſe Uhren ticken durcheinander und ſchlagen in allen Tonarten. Einige Einwohner aus dem Bahnhofsviertel haben ihre Wohnungen ſchon gekündigt.

Selbſtmord von Poincaré

Paris, 5. Januar. — Poincaré, weiland Präſident der Republik, deſſen ſich einige Leute in der Provinz noch wohl entſinnen, hat ſoeben Selbſtmord verübt. Er fuhr — glücklich, wie jede Woche ſo auch diesmal einen fünfzehnpfündigen Artikel bringen zu dürfen, den er (auf Seite 1) auf die Köpfe der betroffenen Leſer niederſchmettern läßt — in ſeinem Dreiſitzer vor dem Gebäude des „Matin“ vor, als er unter den ausgehängten Telegrammen die berühmte Nachricht las.

— „Ich bin ruiniert!“ ſchrie er auf, „ich, der nie von etwas anderem als vom Kriege hat ſprechen können!“ Unter dicken Tränen überlas er noch einmal die erſte Seite des Artikels, den er gebracht hatte. Eine Minute ſpäter erlag er einem Gehirnſchlag erſter Güte. In Anbetracht der Straßenabſperrungen hat man ihn in ſeinem Dreiſitzer direkt zum Friedhof Montparnaſſe verbracht, wo er, wie man annimmt, eine Familiengruft hat.

Der Aufruhr auf dem Marsfeld

Paris, 5. Januar. — Die erſten Meldungen, die von einer ſtarken Erregung in der Hauptſtadt ſprachen, waren, wie man gleich ſehen wird, hinter der Wahrheit zurückgeblieben. Es handelt ſich um einen veritablen Aufruhr.

Vor dem Eingang zum Kriegsminiſterium haben die Marſchälle Foch, Joffre und Pétain und zweihundertvierundſiebzig Generäle, darunter Mangin, Anthoine, Pellé uſw., in einem Gliede ſich aufgeſtellt und beſtändig „Entlaſſung!“ geſchrien und ſind unter dieſem Rufe durch das Grenelle-Viertel gezogen. Da Deutſchland ganz entwaffnet iſt und weder über eine Truppe noch über eine Waffe mehr verfügt, wird es für Frankreich unmöglich, die prächtige Armee, die es beſaß, beizubehalten. Man hat alſo den Kommandierenden nahegelegt, ſich nach einer zivilen Beſchäftigung umzuſehen, um ſo mehr, als in aller Kürze die Kriegsſchule in ein Tanzlokal umgewandelt werden ſoll.

Arbeitsloſennot

Paris, 6. Januar. — Die Arbeitsvermittlungs-Bureaus ſind förmlich geſtürmt worden. Allen Angeſtellten der Wiedergutmachungskommiſſion iſt gekündigt worden. Die intalliierten Miſſionen, die in Deutſchland Auto fahren, ſind durch Funkſpruch benachrichtigt worden, daß ihre Vollmachten abgelaufen ſind. Schon ſind die erſten zurückgekehrt, und ihre unzähligen Mitglieder ſuchen um jeden Preis Arbeit.

Wohin mit der Kohle?

Le Havre, 5. Januar. — Soeben legen 180 deutſche Schiffe an, die auf Grund der Wiedergutmachungsverpflichtungen 7 800 480 000 Tons Kohlen für uns an Bord haben.

Straßburg, 4. Januar. — Heute Nacht ſind durch den Güterbahnhof 22 Züge mit Briketts, Anthrazit und Eierbriketts gerollt mit der Beſtimmungsſtation Paris.

Paris, 6. Januar. — Die Hauptſtadt iſt von den Mengen Kohlen überſchwemmt, die uns Deutſchland liefert. Da alle Lager ausgefüllt, alle Keller der Hausbewohner bis oben hin gefüllt ſind, hat man ſich entſchloſſen, die unentladenen Waggons auf die Gleiſe der Stadtbahn und Untergrundbahn zu rangieren.

Der Polizeipräfekt hat alle Maßnahmen angeordnet, die die Schwere der Situation erfordert: die Gaslaternen haben Tag und Nacht zu brennen, die Theater ſind bis 5 Uhr morgens offen zu halten und haben gemeſſenen Befehl erhalten, Stücke aufzuführen, die gemeinhin eine gewiſſe Kälte ausſtrahlen. Man hofft, ſo mehr Kohle verbrauchen und Paris entlaſten zu können.

Tolle Zuſtände im Departement Nord

Lille, 5. Januar. (Von unſerem Spezialkorreſpondenten.) — Ich komme zurück von einer Fahrt durch die befreiten Gebiete. Der Jubel iſt überall grenzenlos. Alle Geſchädigten haben ohne Abzüge und in Gold den Betrag der angemeldeten Schadenerſatzanſprüche ausbezahlt erhalten. Die Koſten für den Lebensunterhalt ſind auf einmal um 300 Prozent hinaufgeſchnellt. 150 000 deutſche Arbeiter, die zwölf bis vierzehn Stunden im Tag arbeiten, haben mit dem Wiederaufbau der Dörfer begonnen, der ſpäteſtens am 1. März beendet ſein ſoll. In den großen Städten iſt die Freude unermeßlich. Ein jeder beeilt ſich, das Geld, das ſoeben zur Auszahlung gelangt iſt und mit dem kein Menſch mehr gerechnet hatte, auszugeben. Die Kinos faſſen den Zudrang nicht mehr. Eine große Anzahl von Einwohnern hat ſich darum nach Paris begeben.

Die Bergarbeiter haben Befehl erhalten, nicht mehr zu arbeiten.

Wetterwolken über dem Kanal

Paris, 7. Januar. — Der engliſche Botſchafter hat im Miniſterium für auswärtige Angelegenheiten vorgeſprochen und hat im Namen ſeiner Regierung ganz formellen Proteſt erhoben gegen das plötzliche Steigen des Frank. In diplomatiſchen Kreiſen iſt man der Anſicht, daß die Lage zwiſchen Frankreich und England geſpannt iſt.

London, 7. Januar, 9 Uhr abends. — Mr. Lloyd George, der das Steigen der franzöſiſchen Valuta als ernſthafte Beleidigung Englands erachtet, hat ſoeben die Mobiliſation aller Streitkräfte angeordnet.

Paris, 7. Januar. — Die engliſchen Tänzerinnen von Folies-Bergère und Ba-ta-clan ſind in das Konzentrationslager von Palavas verbracht worden. Es verbreitet ſich das Gerücht (Zenſurlücke).

"Der Miniſterpräſident glaubt jedoch . . . (Schluß wegen des bevorſtehenden Krieges mit England von der Zenſur geſtrichen).

(Ueberſetzung der „Auslandspoſt“)

Wie ich bekümmert und voll Sehnſucht jetzt hier ſitze in Einſamkeit

Von Walt Whitman

Wie ich bekümmert und voll Sehnſucht jetzt hier ſitze in
Einſamkeit,
Iſt mir, als ob es noch andre Menſchen in andern Ländern
gäbe, gleichfalls voll Bekümmernis und Sehnſucht;
Iſt mir, als könnte ich hinüberblicken und ſie erkennen in
Deutſchland, Frankreich, Italien, Spanien,
Oder weit, weit in der Ferne, in China, in Rußland oder
Japan, mit ihren fremden Sprachen;
Und mir iſt, als ob, wenn ich dieſe Menſchen kennen würde
ich mich zu ihnen hingezogen fühlen würde, wie zu den
Menſchen meines eigenen Landes.
O ich weiß, wir würden Brüder und Liebende ſein.
Ich weiß, ich würde mich bei ihnen glücklich fühlen.

Finſternis

Novelle von Leonid Andrejew

Deutſch von Dr. O. D. Potthof

(18. Fortſetzung.)

Düſteres Schweigen, aus dem zweier Herzen Schlag vernehmbar iſt. Häufige, eilige, erregte Schläge des einen — feſte, wenige, ſeltſam ſpärliche des anderen.

„Schämſt du dich, eine ſolche zu bringen?“

Düſteres langes Schweigen. Dann eine Antwort, die Kälte und Unbeugſamkeit atmet.

„Ich gehe nicht! Ich will kein „Guter“ ſein.“

Schweigen.

„Jene ſind „Herren“ — ſeine Stimme tönte ſo ſeltſam und verlaſſen.

„Wer?“ fragte hohl das Mädchen.

„Jene . . . die früheren.“

Und wieder ein lange währendes Schweigen — als ſtöße irgendwo im Raum ein Vogel ab und als fiele er nun hinab, hinab, lautloſe Kreiſe mit weichen Schwingen in der Luft beſchreibend, ohne die Erde erreichen zu können, um ſich daran zu zerſchmettern und endlich darauf zu ruhen.

Er fühlte im Dunkel, wie Ljuba, ſtumm und behutſam, um ihn möglichſt wenig zu berühren, über ihn hinweg ſtieg und mit irgendetwas zu rumoren begann.

„Was haſt du?“

„Ich will nicht ſo liegen. Ich will mich ankleiden.“

Nun hat ſie ſich wohl angezogen und hingeſetzt, denn ein Stuhl knarrte ein wenig. Und ſo ſtill wurde es nun, als wäre niemand im Zimmer. So blieb es lange, bis eine ruhige, ernſte Stimme ſprach:

„Dort, Ljuba, auf dem Tiſche, blieb, ſcheint mir, noch ein Kognak. Trink ein Gläschen und leg dich hin.“

VI.

Es war ſchon faſt helle und im Hauſe herrſchte, wie in jedem anderen Hauſe, volle Ruhe — als die Polizei erſchien. Nach langen Zweifeln und Skrupeln, aus Furcht vor einem Skandal und vor Verantwortlichkeit — wurde Markuſcha ins Revier geſchickt, mit umſtändlicher und genauer Meldung über den ſonderbaren Gaſt und ſogar über ſeinen Revolver und die Erſatzladungen. Dort wußte man ſofort, um wen es ſich handelte. Drei Tage ſah man ihn dort ſelbſt ſchon im Traum und ſpürte ſeine unmittelbare Nähe; ſeine letzte Spur verlor ſich gerade in der . . . Gaſſe. Eine Zeitlang dachte man ſogar an eine Razzia aller öffentlichen Häuſer des Bezirkes, aber irgend jemand fand eine neue, falſche Fährte, wohin man die Nachforſchungen lenkte — da dachte man nicht mehr an dieſes Bordell.

Das Telephon ſchellte alarmierend — und ſchon in einer halben Stunde bewegte ſich in der Oktoberfriſche durch die leeren Gaſſen ſchweigſam und den Reif unter den Sohlen fegend eine Rieſenſchar von Schutzleuten und Detektivs. An der Spitze ſchritt der Bezirkspriſtaw, ein hochgewachſener, älterer Mann, in ſackweitem Uniformmantel. Mit ſeinem ganzen Körper fühlte er ſein unheilvolles, iſoliertes Vorwärtshaſten. Er gähnte, wobei er ſeine gerötete, herabhängende Naſe im ergrauten Schnurrbart vergrub und überlegte kalt und unwillig, daß es nötig wäre, die Soldaten abzuwarten, daß es kein Sinn hätte, allein mit dieſen verſchlafenen, plumpen Schutzleuten gegen einen ſolchen Menſchen vorzugehen. Und ſchon einige Male nannte er ſich in Gedanken „Das Opfer ſeiner Pflicht“ und jedesmal gähnte er dabei lang und unzufrieden.

Er war ein ſtets angeduſelter, alter Priſtaw; korrumpiert durch die Bordelle, die ihm viel Geld für ihre Duldung bezahlten; er hatte gar keine Luſt, zu ſterben. Als man ihn heute aus dem Bette holte, legte er ſeinen Revolver aus der einen ſchweißigen Handfläche auf die andere und ließ, trotz der kurz zugemeſſenen Zeit, aus irgendwelchem Grunde ſeinen Rock bürſten, als ginge er zu einer Parade. Neulich erſt ſprach man im Revier unter ſich über ihn, den all die Tage die ganze Polizei ſelbſt im Traume ſah; da nannte ihn der Priſtaw mit dem Zynismus eines alten Säufers einen Helden, ſich ſelbſt aber einen alten Polizeiſpitzel. Und als die Subalternen lachten, verſicherte er allen Ernſtes, ſolche Helden ſeien nötig, ſei es auch nur, um gehängt zu werden.

Du hängſt ihn . . . ihm iſt das angenehm und dir auch. Ihm, weil er ſchnurſtracks ins Himmelreich eingeht, mir aber als Beſtätigung, daß es noch tapfere Menſchen gibt, daß ſie noch nicht alle ſind.

Was fletſcht ihr eure Zähne? — Das ſtimmt doch?

Gewiß, er lachte ſelbſt dabei; denn längſt ſchon hatte er vergeſſen, wo in ſeinen Worten Wahrheit, wo Lüge war — die Lüge, die ſein ganzes, zielloſes, betrunkenes Daſein in Tabakqualm hüllte. Aber am heutigen Oktobermorgen empfand er auf ſeinem Gang durch die kalten Straßen klar, daß jenes geſtrige — Lüge war, und daß „er“ einfach ein Nichtsnutz ſei; und er ſchämte ſich ſeiner geſtrigen knabenhaften Worte.

Ein Held! Was nicht gar! Herr Gott! Wenn dieſer Lumpenhund — ſo nannte er ihn mitten in ſeiner Gottesanrufung — wenn er ſich nur rührt, ſchlag ich ihn ja wie einen Hund tot! Bei Gott!

Und wieder dachte er darüber nach, warum er, der Priſtaw, bei ſeinem Alter und bei ſeinem Podagra eine ſo große Luſt zu leben hatte! Und plötzlich fiel es ihm ein: das kommt davon, weil auf der Straße Reif liegt. Er wandte ſich und ſchrie grimmig:

„Schritt halten! Die gehen ja wie Schafe — ſſ . . .“

Und es blies ihm unter den Mantel und ſein Rock war zu weit, und ſein ganzer Körper ſchlotterte, wie Eidotter in einem tauben Ei — als ſei er plötzlich mager geworden. Seine Handflächen waren trotz der Kälte feucht von Schweiß.

Man umſtellte das Haus ſo, als ob nicht ein einzelner Menſch im Schlaf feſtzunehmen ſei, ſondern als wäre dort eine ganze Rotte von Feinden; und ganz leiſe, auf den Zehen krochen ſie durch die dunklen Korridore zu jener ſchrecklichen Tür. Da gab es ein verzweifeltes Klopfen und Geſchrei, feige Drohungen, durch die Türfüllung niederſchießen.

(Fortſetzung folgt.)

MODELLHUT-AUSSTELLUNG

Während der Ausstellung preiswerter Damen-Putz

Frotté-Kappe zweifarbig, mit Kirschenpiquet … 69⁰⁰
Jugendlicher Breton aus Viska-Borte, mit Sportschleife … 39⁰⁰
Kleine fesche Tagal-Glocke mit breitem Tagalbandeau, zweifarbig … 78⁵⁰
Kleine Röschen- u. Asterntuffs moderne Bindeart neueste Farben … 4⁸⁰ 6⁰⁰ 8⁰⁰ bis 14⁰⁰
Mod. flache Blütenpiquets 3⁹⁰ 4⁸⁰ 6⁵⁰ bis 15⁰⁰
Kirschenpiquets … 2⁵⁰ 3⁵⁰ 7⁵⁰
Frottégeflecht grosse Farbensortimente … Meter 1⁷⁵

Hutformen

Liseret-Imitation neueste Formen und Farben … 58⁰⁰ bis 75⁰⁰
Tagal elegante neue Formen, schwarz u. farbig 69⁰⁰ bis 98⁰⁰
Tagalpicot elegante neue Formen, schwarz und farbig 78⁰⁰ bis 125⁰⁰
Hutunterformen
6⁹⁰ 9⁵⁰ 13⁵⁰

Billige Kleiderstoffe

Römische Streifen reine Wolle, etwa 110 breit, … Meter 79⁵⁰
Reinwollener Kostüm- u. Kleiderstoff tuchartig, etwa 130 cm breit, moderne Farben … Meter 89⁵⁰
Gabardine reine Wolle, in grossem Farbensortiment, Meter 95⁰⁰
Kleiderseide doppeltbreit, in verschiedenen Farben, Meter 64⁵⁰
Crêpe Georgette doppeltbreit, in modernen Farben … Meter 79⁵⁰

Grosser Handschuh-Verkauf zu enorm billigen Preisen

Damen-Seide Perlfilet, schwarz und weiss … 6⁷⁵
Damen-Leinen imitiert … 9⁷⁵
Damen-Garn Milanese, 2 Perlmutter-Druckknöpfe … 14⁷⁵
Damen-Leinen Nachahmung, extra farbig … 19⁷⁵
Lange weisse Damenhandschuhe Leinen Nachahmung, glatt … 19⁷⁵
Lange weisse Damenhandschuhe reine Seide 39⁷⁵
Herren-Leinen Nachahmung … 12⁷⁵
Damen-Lederhandschuhe mit Druckknopf … 19⁷⁵
Damen-Glacé u. Schweden … 39⁷⁵
Damen-Glacé schwarz mit weisser Aufnaht … 39⁷⁵
Damen-Schweden ganz gesteppt … 49⁷⁵
Damen-Waschleder mit 2 Druckknöpfen. 49⁷⁵
Herren-Waschleder mit Druckknopf 49⁷⁵
Herren-Nappa mit Druckverschluss
49⁷⁵

TIETZ

TIETZ

★ HERMANN TIETZ ★

Öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung!

Alle Steuerpflichtigen im Gebiet der alten Stadtgemeinde Berlin, die die unten aufgeführten Steuerbeträge noch nicht entrichtet haben, werden hierdurch aufgefordert, ſie, ſoweit nicht Stundung bewilligt iſt,

ſpäteſtens bis zum 5. März 1921

an die zuſtändige Steuerkaſſe abzuführen.

Beſondere Mahnzettel werden nicht behändigt.

Wer die rechtzeitige Einzahlung unterläßt, hat ohne weiteres die mit Koſten verbundene **zwangsweiſe Beitreibung** zu gewärtigen, die insbeſondere auch durch **Pfändung von Forderungen** aller Art, wie **Mieten, Gehalts- und Lohnforderungen**, erfolgen kann.

Die Mahnung betrifft folgende Steuern:

1. Reichseinkommenſteuer (vorläufige Veranlagungen) für Januar/März 1921 und wegen der nachträglich zugeſtellten Anforderungsſchreiben und vorläufigen Veranlagungen für April 1920 bis März 1921.
2. Gewerbeſteuer } für Januar/März 1921.
3. Grundſteuer

Berlin, den 28. Februar 1921.

Magiſtrat, Steuerverwaltung, Abtlg. III.
Dr. Lange, Magiſtratskommiſſar.

Bekanntmachung

Beim Magiſtrat der Stadt Berlin iſt die Stelle eines **Oberinſpektors der ſtädtiſchen Volksſpeiſung** zu beſetzen. Bewerber muß wirtſchaftliche Kenntniſſe beſitzen und befähigt ſein, das Volksſpeiſungsweſen Groß-Berlins zu leiten und eventl. neu zu organiſieren.

Die Stelle wird im Wege des Privatdienſtvertrages beſetzt; Anwartſchaft auf Beamteneigenſchaft wird nicht zugeſtanden. Bewerbungen ſind bis zum 12. März 1921 an den Magiſtrat, Abteilung für Volksſpeiſung, zu Händen des **Herrn Stadtrat Gallas, Poſtſtraße 28** ſchriftlich einzureichen.

Berlin, den 28. Februar 1921.

Der Magiſtrat
Abteilung für Volksſpeiſung
Gallas.

Wir führen nur

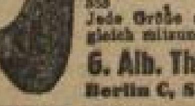
Trauringe

und liefern direkt an Private!

1 Dukaten-Ring massiv
900 gestempelt schon für 150 M.
585 " " " 100 "
333 " " " 65 "

Jede Größe am Lager. Namen umsonst und gleich mitzunehmen. — Versand nach auswärts!

G. Alb. Thal, Spezialfabrik für Trauringe
Berlin C, Seydelstr. 5. Tel.-Adr.: Trauringtal.



Fahrräder

Gummibereifungen, Ersatzteile, Nähmaschinen, Werkzeuge, nur beste Qualitätsware zu billigsten Preisen. Verlangen Sie portofrei unseren Katalog. **Gebr. Liemann**, Fahrradspezialhaus, Berlin C 25, Prenzlauer Strasse 46. [12

Kapitän-Kautabak

wieder wirklicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen.
C. [illegible], Berlin, Lichtenberger Str. 22. [illegible] 1981

Kriegsanleihe wird zu 84 % in Zahlung genommen!

3 Tage!!

Jetzt: 2000 3000 4000
die elegantesten Pelzmäntel (Modelle)

Jetzt: 650, 975 Plüschmäntel — 850, 1000 Krimmermäntel

Jetzt: 325, 475 Astrachanmäntel — 250, 360 Impr. Seidenmäntel

Jetzt: 358 Damen-Gummimäntel — 437 Herren-Gummimäntel — 85, 115 Stoffröcke

Jetzt: 135, 215, 326, 430
in Ulster

Frühjahrs-Neuheiten enorm billig

Frühjahrsmodelle, Covercoat gestreifte, karierte Neuheiten, 145, 212—850
Mantelkleider von 250—1200, Kostüme von 146—1400
Sportjacken, Trikot, von 45—290, Einsegnungskleider von 145.— an

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Soeben erschienen.

KARL RADEK

Theorie und Praxis der 2½ Internationale

56 Seiten Preis Mk. 1.50

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11.

Beachtet bei Einkäufen unſere Inſerenten.

Soeben erschien! Soeben erschien!

Der weiße Schrecken in Polen

32 Seiten. Preis 1.00 Mk.

Aus dem Inhalte: Die Ereignisse vor dem Pogrom im Frauengefängnis Wronki / Der Pogrom in Wronki / Folterkammern im Osten

Zu beziehen durch den Verlag
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Schlafzimmer

eichenes, Spiegelſchrank, Marmorwaſchtoilette mit Facettſpiegel, Nachttiſche, Bettſtellen mit Stahlmatratzen, Rohrſtühle 2850,—; dasſelbe weiß lackiert 3500,—. Herrenzimmer, 2 m Bibliothek komplett 4650,—. Speiſezimmer gediegene Ausführung, mit 6 echten Lederſtühlen 4250,—. Kücheneinrichtung 575,—. Klubgarnituren 4000,—, nußbaum Standuhren 1200,—. Viele Gelegenheitskäufe in ſchweren Zimmereinrichtungen u. Einzelmöb. zu enorm billig. Preiſen.

Hans Lennert
Berlin N, Lothringer Str. 55
am Roſenthaler Platz.

Born, Reichenberger Str. 7, repariert Dauerwäſche,

Zigarettengroßhandlung
Nur an Wiederverkäufer. Große Auswahl bek. Mark. u. Engrospr.
Beſſen, Alexanderplatz 2, 1 Tr.

Möbel

jeder Art bei
kleiner Anzahlung
und
bequem. Abzahlung
Möbelhaus
Andreasſtraße 28
Nur 1 Treppe
Strengſte Diskretion!

Händler! Händler!
Seife und Reinigungsmittel
ſehr billig
Doppelriegel
2.70 Mark
Mey, Kl. Frankfurter Str. 13
Ecke Landsberger Str.

Gänsefedern

füllkräftige, auch ungerissen, aus erster Hand.
Paul Paegelow
Wriezen 15 Oderbr.

Bettnässen [illegible] beſeitigt ſof. garant. ohne Medikamente. Schließfach 4, Berlin C 2.

Sanitätsrat Dr. Wegscheiders

Brust-Tee

nach Orig.-Vorſchr. gegen
Huſten, Aſthma und Lungenleiden
in Paketen zu 5.— u. 9.50
Elefanten-Apotheke,
Berlin SW. 19
Leipziger Straße 74
(Dönhoffpl.)

! Mieter Wahret Eure Rechte !

Ein praktischer, unentbehrlicher Wegweiser zum Schutz der Mieter gegenüber dem Hausbesitzer ist

„Der Mieterschutz“

Ausführliche Erläuterung der Mieterschutzgesetzgebung von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Boenheim

Preis 4.— Mark

In 6 Monaten über 90 000 Exemplare verbreitet

BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“: BERLIN C 2
sowie in allen „Freiheit“-Speditionen

Die gute **MASSARY** Zigarette

KON LINON

In aller Munde!

Die Rolle der Betriebsräte

Die Frage der Rolle der Betriebsräte im Rahmen von Staat und Geſellſchaft iſt immer noch nicht vollends gelöſt. Sie wird auch nicht zu löſen ſein durch theoretiſche Ueberlegungen allein, ſondern nur durch die Zuſammenfaſſung von gründlichen Unterſuchungen der Wirkungsmöglichkeiten der Betriebsräte und ernſthafter praktiſcher Arbeit. Beides zugleich wird die Betriebsräte vorwärts führen und ihnen die Bedeutung geben, die ſie als Organe der Arbeiterklaſſe beanſpruchen können. Die Frage der Rolle der Betriebsräte wird wieder erörtert werden müſſen, wenn die Geſetzesvorlage über die Bildung von Bezirkswirtſchaftsräten auf der Tagesordnung ſteht. Das Reichswirtſchaftsminiſterium hat bereits Entwürfe dafür vorgelegt und längere Erläuterungen dazu durch Reden und Preſſenotizen bekanntgegeben, die aber erkennen laſſen, daß die Geſetzgeber den Betriebsräten beim Aufbau dieſer Bezirkswirtſchaftsräte entweder gar keine oder nur eine höchſt untergeordnete Rolle zuweiſen möchten.

Darüber wird noch zu reden ſein, falls die bisher als proviſoriſch gedachten Entwürfe dem Reichstag zugehen ſollten. Jetzt aber hat der Genoſſe Otto Bauer, Wien, auf dem Betriebsrätekongreß der deutſchöſterreichiſchen Metallarbeiter einen Vortrag gehalten, in dem er auch die ſehr wichtigen Aufgaben der Betriebsräte erwähnt. Weil vieles von dem, was Bauer für Deutſch-Oeſterreich ſagte, auch für Deutſchland anwendbar iſt, geben wir nachfolgend einen Auszug aus der Rede des Genoſſen Bauer wieder.

Otto Bauer ſtellt zunächſt die wirtſchaftliche Lage Deutſch-Oeſterreichs dar und behandelt ſodann die Frage des Wiederaufbaues der Wirtſchaft. Der Wiederaufbau bedeute einerſeits, daß wir Rohſtoffe haben und arbeiten können, aber er bedeute doch auch den Wiederaufbau einer kapitaliſtiſchen Volkswirtſchaft. Nach dieſer Feſtſtellung fährt Bauer fort:

„Und darin liegt die Gefahr — fürchten viele —, daß dieſer Wiederaufbau der Volkswirtſchaft auch wieder eine Befeſtigung des Kapitalismus bedeuten und dadurch unſere Hoffnungen auf die Umwälzung der kapitaliſtiſchen Geſellſchaft und an ihre Ueberführung in die ſozialiſtiſche Form zerſtören könnte. Da iſt nun die Frage: wie wollen wir uns zu einem Wiederaufbau verhalten, der doch immer ein Wiederaufbau in kapitaliſtiſcher Form iſt?"

Dieſe Frage, führt Bauer weiter aus, wäre ſehr einfach zu beantworten, wenn wir heute imſtande wären, die ſozialiſtiſche Geſellſchaft zu ſchaffen. Wie aber die Machtverhältniſſe in Europa gegenwärtig liegen, ſeien die Sozialiſten in Deutſch-Oeſterreich dazu nicht imſtande. Deutſch-Oeſterreich könne nicht die ſozialiſtiſche Geſellſchaft aufbauen, ſolange es von lauter kapitaliſtiſch wirtſchaftenden Staaten umgeben ſei. Das alte Wort von Marx, daß die Befreiung des Proletariats nicht in den nationalen Schranken erfolgen, ſondern nur ein Ergebnis internationaler Aktion ſein könne, gelte auch heute. Dann fährt Bauer fort:

„In derſelben Lage ſind wir auch als Klaſſe. Wir können nicht ſagen: weil wir noch nicht ſozialiſtiſch aufbauen können, laſſen wir den kapitaliſtiſchen Wiederaufbau nicht zu, ſondern wir müſſen ſagen: Vor allem müſſen die Arbeiter und Angeſtellten leben können und aus dem ſchrecklichen Elend wieder ein Stückchen aufwärts kommen, und ſolange das nicht ſozialiſtiſch geht, müſſen wir es kapitaliſtiſch geſchehen laſſen. Wir müſſen den Wiederaufbau ſogar bewußt fördern, aber wir müſſen ſchauen, daß er ſich unter der **Kontrolle der Arbeiterklaſſe** und in einer Weiſe vollzieht, daß die Früchte dieſes Wiederaufbaues nicht von den Kapitaliſten monopoliſiert werden, ſondern auch der Arbeiterklaſſe zufallen. Wir müſſen darauf hinwirken, daß die **Machtſtellung der Arbeiterklaſſe** innerhalb dieſer Wirtſchaft ſo ſtark bleibt, daß in dem Moment, wo ſich etwa im Ausland der Umſchlag vollzieht, es auch uns möglich werde, in unſerem Lande dieſen Umſchlag zu vollziehen. Wir müſſen vor allem ſchauen, daß die Früchte des kapitaliſtiſchen Wiederaufbaues der Arbeiterklaſſe zufallen, und das iſt ein **Problem der gewerkſchaftlichen Politik**. Das Lohnniveau in unſerer Induſtrie iſt durch ihre Konkurrenzfähigkeit beſchränkt, die durch zwei Tatſachen beſtimmt iſt: einerſeits durch die Wirkungen der Geldentwertung, die ſie begünſtigen, andererſeits durch die ungenügende Beſchäftigung unſerer Induſtrie, die ſie ſchwächt. Wenn die Alpine einen einzigen Hochofen im Gang hat, ſo liegen natürlich die allgemeinen Unkoſten auf dieſem einen Ofen, wodurch die Koſten weſentlich höher werden und die Konkurrenzfähigkeit reduziert wird. In dem Maße, als mehr Hochöfen in Betrieb kommen, wird die Konkurrenzfähigkeit auch dem Ausland gegenüber größer, der Betrieb kann dann größere Laſten auf ſich nehmen, ohne in ſeiner Konkurrenzfähigkeit auch im geringſten behindert zu werden. In dem Maße, in dem ſich der Wiederaufbau vollzieht, in dem die Induſtrie beſſer beſchäftigt wird, in dem Maße kann und muß die Induſtrie auch höhere Löhne tragen. Das zu erreichen, iſt ein Problem der gewerkſchaftlichen Politik, daß das Lohn- und Gehaltsniveau immer ſo gehoben wird, als es der jeweils erreichten Leiſtungsfähigkeit der Induſtrie entſpricht.

Die zweite Aufgabe iſt, daß ſich die Arbeiterſchaft im Staate, in der Geſellſchaft und in der Induſtrie ſo mächtig erhält, daß ſie **jede künftige Möglichkeit**, ihren Klaſſenkampf zu erweitern und zu verſchärfen, jede Möglichkeit, die vom Ausland kommt und unſere Feſſeln ſprengt, und es uns ermöglicht, den Kampf um den Sozialismus wirklich aufzunehmen, auch wirklich ausnützen kann. Das iſt ein politiſches Problem, die politiſche Machtſtellung der Arbeiterklaſſe in unſerer Republik möglichſt ſtark und ungebrochen zu erhalten. Aber zu dieſen beiden Problemen, dem politiſchen und dem gewerkſchaftlichen, kommt noch ein anderes hinzu, das für Sie, Genoſſen, als **Betriebsräte** von der eigentlichſten **Bedeutung** iſt. Das iſt das **Problem**, daß die Arbeiterſchaft dieſe Uebergangs- und Zwiſchenzeit des Wiederaufbaues ausnützen muß zu dem großen **Werk der Selbſterziehung**, um ſich ſelbſt fähig zu machen, wenn die Zeit dann kommt, wo wir wirklich ſozialiſtiſch aufbauen können, dieſe Aufgabe auch wirklich erfüllen zu können. Die Erfahrungen in Rußland haben ſehr deutlich gezeigt, daß ſich, wenn eine Arbeiterſchaft geiſtig und organiſatoriſch nicht vorbereitet iſt zu dieſen Aufgaben, dann die Zerſtörung des Kapitalismus nur als ein Werk der ungeheuerſten Zerſtörung der Volkswirtſchaft überhaupt vollzieht, daher das Elend und die Not der Maſſen ungeheuer ſteigert, und daß vor allem die Arbeiterſchaft dann nicht wirklich die ſozialiſtiſche Geſellſchaft ſelbſt regieren kann, ſondern ſich ſelbſt regieren laſſen muß von einer Bureaukratie, die aus ihr hervorgeht. **Wenn wir zum wirklichen Sozialismus kommen wollen**, zur wirklichen Selbſtregierung der Arbeiterſchaft auf induſtriellem Gebiet, dann muß ſich die Arbeiterſchaft ſelbſt zunächſt einmal reif machen, ſich ſelbſt dazu erziehen, und das iſt, wie mir ſcheint, eine der wichtigſten Aufgaben im Rahmen dieſes Wiederaufbaues.

Laſſen Sie mich das an einem Beiſpiel Ihnen klarlegen. Unter den Fabriken, die wir von der alten Militärverwaltung geerbt haben, iſt auch eine Schuhfabrik geweſen. Wir haben dieſe Schuhfabrik, die dem Staate gehört, in eine **gemeinwirtſchaftliche Anſtalt**, wie man das nennt, verwandelt, das heißt, wir haben ſie zur Verwaltung gegeben einer Körperſchaft, die zuſammengeſetzt iſt aus ein paar Vertretern des Staates, dann einer Reihe von Vertretern von Arbeitern und Angeſtellten, des Betriebsrats, und den Vertretern der Konſumentenorganiſationen, für die dieſe Fabrik arbeitet. Dieſe gemeinwirtſchaftliche Anſtalt hat ſehr ſchöne Erfolge zu erzielen vermocht. Sie hat die Schuhe billiger erzeugt als die Privatinduſtrie, ſie hat den Zwiſchenhandel ausgeſchaltet und gibt die Schuhe unmittelbar an die ſtädtiſchen und ländlichen Konſumenten durch die Konſumvereine aus. Aber das wichtigſte iſt: Wir haben jetzt eine Schuhfabrik, die von unſeren Genoſſen geleitet iſt, wo kein Kapitaliſt darin ſteckt, wo die Konſumentenorganiſationen mit den Gewerkſchaften und den Betriebsräten zuſammen die Fabrik regieren. Und ſehen Sie, wir möchten es irgendwo einmal dahinbringen, auch ein Stück Metallinduſtrie ſelbſt zu verwalten, weil wir meinen, wir könnten die Leute, die dort ausgebildet werden, dann ſpäter einmal in größerem Umfang im Deutſch-Oeſterreich brauchen. Dieſe Errichtung der einzelnen gemeinwirtſchaftlichen Anſtalten iſt alſo noch keine Sozialiſierung, aber eine ausgezeichnete **verwaltungstechniſche Erziehungsarbeit für den Sozialismus**, weil da Organiſationsgebilde geſchaffen und erprobt und Menſchen erzogen werden, die, wie wir hoffen, bis die Zeit reif iſt, die ſozialiſtiſchen Organiſationen leiten können. Es würde heute in Rußland ganz anders ausſehen, wenn die ruſſiſchen Genoſſen ſolche Verwaltungen hätten haben können — ſie waren natürlich nicht in der Lage — und wenn ſie nicht unerfahren, ohne die notwendigen Kenntniſſe, ohne die notwendige organiſatoriſche und geiſtige Vorarbeit vor ein unlösbares Problem geſtellt worden wären. Aber das iſt nur eines. Sehen Sie, Genoſſen, in dieſen gemeinwirtſchaftlichen Anſtalten ſchaffen wir uns ſo von obenher Organiſationen, die vielleicht einmal die Oberleitung der einzelnen Induſtriezweige übernehmen können. Noch wichtiger iſt mir, daß wir uns in den einzelnen Fabriken und Betrieben die Leute heranziehen, die dann die lokale **Verwaltung dieſer Induſtriezweige** im einzelnen Betrieb beſorgen können. Das, Genoſſen, ſollen Sie ſein, die Betriebsräte der Arbeiter und Angeſtellten. Wenn es die erſte Tat der Sozialiſierungskommiſſion war, daß ſie das Betriebsrätegeſetz durchgeſetzt hat, ſo hat ſie es nicht nur zu dem Zwecke getan, um da die alten gewerkſchaftlichen Vertrauensmänner unter neuem Namen einzuführen oder ihnen erweiterte Rechte und beſſeren Schutz zu gewähren, ſondern ſie hat es getan, damit die Arbeiterſchaft Gelegenheit bekommt, ſich nicht nur mit ihren ganz unmittelbaren ſozialen Aufgaben zu beſchäftigen, ſondern darüber hinaus mit dem Wirtſchaftlichen überhaupt. Nicht weil wir glauben, daß das ſo von heute auf morgen geht — man muß das allmählich erſt lernen —, nicht deswegen, weil wir glauben würden, daß Sie unmittelbar jetzt ſchon weſentlichen Einfluß auf die wirtſchaftlichen Entſchließungen nehmen können — ich weiß, daß das nicht ſo leicht iſt — aber deshalb, weil wir meinen, daß, indem ſich ſo viele Menſchen in jedem einzelnen Betrieb immer mehr mit wirtſchaftlichen, mit kommerziellen und techniſchen Fragen überhaupt beſchäftigen, ſo allmählich **ein Stab von Arbeitern und Angeſtellten** erzogen wird, der die Induſtrie kennt, der die Probleme der Induſtrie verſteht, der von Jahr zu Jahr wachſendes **Verſtändnis** dafür gewinnen wird und der, wenn wir einmal dazu kommen, die Induſtrie übernehmen zu können, dafür ſorgen wird, daß wir ſie nicht anarchiſch übernehmen, um den Preis der Zerſtörung der Produktion, ſondern, daß wir ſie durch Leute übernehmen, die die Probleme der Induſtrie verſtehen und die die induſtrielle Produktion nicht ſinken laſſen werden, ſondern im Gegenteil auf das höchſte Maß ſteigern."

„Ich glaube nicht", ſchloß Bauer ſeinen Vortrag, „daß es unſere Aufgabe ſein konnte, heute die kapitaliſtiſchen Formen des Wiederaufbaues zu ſtören. Ich glaube im Gegenteil, daß wir, ſoweit es auf uns ankommt, den Wiederaufbau fördern müſſen, obwohl er ſich in kapitaliſtiſchen Formen vollzieht. Wir müſſen nicht nur dafür ſorgen, daß von dem Ertrag dieſes Wiederaufbaues ein möglichſt großer Teil der Arbeiterſchaft zufällt, wir müſſen nicht nur dafür ſorgen, daß ſich die Arbeiterſchaft ſtark genug fühlt, den kapitaliſtiſchen Wiederaufbau in den ſozialiſtiſchen umſchlagen zu laſſen, ſobald die Machtverhältniſſe in Europa das geſtatten werden, ſondern wir müſſen vor allem dieſe Zwiſchenzeit für das Werk der Selbſterziehung der Arbeiterſchaft ausnützen. Das iſt, wie ich glaube, die vornehmſte Aufgabe der Betriebsräte und die wichtigſte Arbeit der Vorbereitung für den ſozialiſtiſchen Aufbau der Zukunft."

Deutſcher Reichstag

Sonnabend, den 26. Februar.

Bei der Weiterberatung des Reichshaushaltsplanes entſpinnt ſich beim Haushalt des Reichspräſidenten eine

Geſchäftsordnungsdebatte

Zu dem Etat hat die Unabhängige Fraktion eine Entſchließung eingebracht, die die Aufhebung der von dem Reichspräſidenten erlaſſenen Verordnung vom 30. Mai 1920 über die Ausnahmegerichte verlangt.

Abg. **Schulz-Bromberg** (D.-N.): Zur Etatsberatung können nur Reſolutionen geſtellt werden und nicht ein in die Form einer Reſolution gekleideter Antrag.

Abg. **Roſenfeld** (U. S.): Man will uns wieder wie geſtern mundtot machen. Es war Uebung, daß ſolche Entſchließungen beim Haushalt ohne weiteres zur Beratung gelangten. Auf den Inhalt kommt es nicht an, ſondern nur darauf, daß die Form der Entſchließung gewahrt wird.

Abg. **Rießer** (D. Vp.): Zuſtändig iſt nicht der Haushalt des Reichspräſidenten, ſondern der des Reichskanzlers.

Abg. **Radbruch** (Soz.): Auch wir ſind der Anſicht, daß die Entſchließung nicht in den Etat des Reichspräſidenten gehört, da der Reichspräſident nicht zuſtändig iſt. Wir widerſprechen der Beratung, obwohl wir dem ſachlichen Inhalt der Entſchließung zuſtimmen.

Die Abgg. **Schulz** (D.-N.) und **Bell** (Z.) widerſprechen ebenfalls.

Abg. **Dr. Levi** (Komm.): Der Wortlaut der Entſchließungen widerlegt bündig die Auffaſſung, daß es ſich hier um einen verkleideten Antrag handele. Die Auffaſſung des Kollegen Radbruch, daß beim Etat des Reichspräſidenten über politiſche Dinge nicht geſprochen werden dürfe, degradiert die Stellung des Reichspräſidenten.

Dr. **Pachnicke** (Dem.): Es kommt ja nur darauf an, daß der Reichspräſident keine politiſch verantwortliche Perſönlichkeit iſt.

Abg. **Roſenfeld** (U. Soz.): Man will ſich hier nur ſchützend vor den Reichspräſidenten ſtellen, weil man befürchtet, der Reichspräſident würde wegen ſeiner Politik gegen die Arbeiterſchaft angegriffen werden. (Lachen rechts.) Auch hier zeigt ſich die politiſche Unzuverläſſigkeit der Rechtsſozialiſten. Nach § 59 der Verfaſſung kann der Reichspräſident vor den Staatsgerichtshof gezogen werden. Wir halten daher nach wie vor die Zuläſſigkeit unſeres Antrages aufrecht. Soll es denn wieder wie früher werden, wo man an der Perſon des Kaiſers keine Kritik üben durfte?

Die Geſchäftsordnungsdebatte wird geſchloſſen. Gegen die Stimmen der U. Soz. und Kommuniſten wird die Aufnahme des Antrages Roſenfeld in die Tagesordnung abgelehnt.

Es folgt die Beratung des

Haushaltsplanes des Reichspräſidenten.

Berichterſtatter Abg. **Klöckner** (Zentr.): Das Gehalt des Reichspräſidenten iſt auf 100 000 M. feſtgeſetzt, die Aufwandsgelder ſind auf 150 000 M. erhöht worden.

Abg. **Hoffmann-Kaiſerslautern** (Soz.): Die Verfaſſung hat mit ihrem Artikel 50 den Präſidenten abſichtlich außerhalb der Parteikämpfe geſtellt und die Verantwortung den Miniſtern gegeben. Es ſind natürlich Fälle möglich, daß der Präſident im Parlament in die Mitte der Debatte geſtellt wird, aber es iſt doch ein Unterſchied, ob es ſich um eine ſtrafrechtliche oder eine parlamentariſche Verantwortung handelt. Die letztere tragen nach der Verfaſſung allein die gegenzeichnenden Miniſter. Auch der politiſche Gegner müßte doch anerkennen, daß vom Präſidenten ſein Amt im Rahmen der Verfaſſung unparteiiſch und mit Takt geführt worden iſt. Bei ſeinem Etat iſt eine politiſche Ausſprache durchaus überflüſſig.

Dr. Roſenfeld (U. S. P.):

Ich kann nicht wie die Rechtsſozialiſten erklären, daß wir uns einer Kritik des Reichspräſidenten enthalten werden. Wir haben immer die Einrichtung eines Reichspräſidenten für überflüſſig gehalten. **Die 1¼ Millionen, die er koſtet, könnten für beſſere Zwecke ausgegeben werden. Nur zu leicht** kann aus dem Reichspräſidenten **der Monarch herauswachſen.** Dann wäre Ebert nur ein Platzhalter Wilhelm des II. (Sehr wahr! bei den U. S.) Ebert gibt ſogar aus den Geldern der Steuerzahler Geſchenke für **Kindtaufen beim 7. Sohne.** (Hört, hört! bei den U. S.) Wie früher Wilhelm der II.! In dieſem

Billige Sonderangebote

Damen-Schnürſtiefel
Rindbox und R.-Chevreau, mit und ohne Lackkappe, in ſehr modernen, eleganten Formen
Extra billig
128,50

Spangenſchuhe
in braun Chevreau, kurze und moderne Form, mit hohen eleganten Abſätzen
Extra billig
135,–

Damen-Lackſtiefel
ſchwarz- und graue Stoffeinſätze, ebenſo braun Boxkalf mit hellfarb. Stoffeinſ., kurze Form, hohe Abſätze
Extra billig
195,–

Herren-Schnürſtiefel
rotbraun Rindbox, Derbyſchnitt, Goodyear-Welt-Ausführung, ſehr moderne breite Form
Extra billig
195,–

Herren-Schnürſtiefel
Rindbox mit Sportnarben, breite, bequeme Form, extra Strapazierſtiefel
Extra billig
128,50

Damen-Schnürſtiefel
aus echtem Boxkalf u. echtem Chevreau, mit und ohne Lackkappe, hohe Schäfte
Extra billig
148,50

Damen-Schnürſchuhe
braun und ſchwarz Chevreau, Boxkalf, a. T. Goodyear-Welt-Ausführung, mod. Formen und Abſätze
Extra billig
195,–

Herren-Halbſchuhe
braun Chevreau, Derbyſchnitt, Goodyear-Welt-Ausführung, ſehr moderne breite Form
Extra billig
195,–

Herren-Lackſchuhe
zum Schnüren, Goodyear-Welt-Ausführung, ſehr moderne Form
Extra billig
235,–

Herren-Schnürſtiefel
Rindbox oder R.-Chevreau, mit Lackkappe, Derby, moderne breite Form, Sonderangebot
Extra billig
148,50

Damen-Lackſchuhe
zum Schnüren oder mit Spange, kurze, elegante und ſehr moderne Formen
Extra billig
195,–

Stiller

Herren-Schnürſtiefel
aus Rind od. Boxkalf oder Derby, ſehr moderne Formen, [illegible] Type 1618. Vorzügliche Winterſtiefel
168,50

Jahre wird sogar noch mehr Geld als früher für ihn gefordert. Die Aufwandsentschädigung soll von 100 000 auf 150 000 M. erhöht werden. Im Ausschuß wollte man sogar gleich auf 200 000 gehen, und damit die Bezüge des Reichspräsidenten auf 400 000 M. erhöhen. (Hört, Hört! bei den U. S.) Sonst ist man bei der Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten und -Arbeiter nicht so freigebig.

Man predigt anderen Sparsamkeit,

übt sie aber nicht an der höchsten Stelle des Reichs. (**Sehr wahr!** bei den U. S.) Man hat kein Geld zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit und der Tuberkulose, zur Unterstützung der Arbeitslosen, zur Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten, der Kriegerwitwen und -Waisen und der Alters- und Invalidenrenten. Die Besserung des Strafvollzuges scheitert an der Geldfrage. Da müssen wir die Erhöhung der Bezüge des Reichspräsidenten ablehnen. **Solche Verschwendung machen wir nicht mit.** (Sehr richtig! bei den U. S.)

Die **Gnadengesuche** behandelt der Reichspräsident nicht mit der nötigen Milde. Wir verlangen eine Statistik über das Ergebnis der Prüfung der Gnadensachen. Dann wird die Härte bei der Behandlung der Gnadensachen zu Tage treten und dann wird hoffentlich endlich eine mildere Praxis Platz haben. Die Vollmachten des Reichspräsidenten gehen zu weit. Leben und Tod deutscher Staatsangehöriger sind in seine Hand gegeben, und von diesem Recht hat Ebert rücksichtslos Gebrauch gemacht, als er

Todesurteile bestätigte.

Das darf nie wieder vorkommen. (Sehr wahr! bei den U. S.) Wenn in Preußen seit der Revolution nicht ein einziges Todesurteil mehr vollstreckt worden ist, da muß auch Herr Ebert ohne Todesurteile leben können. (Sehr wahr bei den U. S.)

Die Verhängung des **Ausnahmezustandes** durch den Reichspräsidenten verstößt nach der Auffassung vieler Juristen **gegen die Verfassung.** Wenn Sie verlangen, daß der Reichspräsident über der Parteien Haß und Gunst stehen soll, dann müssen Sie ihm schleunigst das Recht nehmen, solche Verordnungen zu erlassen. In Bayern besteht noch immer der Ausnahmezustand auf Anordnung der bayerischen Regierung, weil Herr Ebert eine Aufhebung nicht verlangt. Wir verlangen die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, durch welche den Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeitern das Streikrecht genommen ist. Auch der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat dieselbe Forderung erhoben. Noch volksfeindlicher ist die Verordnung des Reichspräsidenten, durch welche **Ausnahmegerichte** angeordnet werden, und die Bildung bewaffneter Organisationen sogar mit **Zuchthaus** bedroht wird. (Hört, hört! b. d. U. S.) Diese Verordnung sollte sich angeblich gegen die bewaffneten Banden richten, die beim und nach dem Kapp-Putsch von den Monarchisten gebildet wurden. Auf Grund dieser Verordnung ist aber bis heute

noch nicht ein einziger Monarchist verurteilt worden.

(Hört, hört! b. d. U. S.) Einwohnerwehren, Orgesch und andere Selbstschutzorganisationen bestehen weiter. Waffenlager werden fast vor den Augen der Oeffentlichkeit angelegt. Die Regierung greift nicht ein. Sie geht nur gegen Arbeiter vor. **Besonders skandalös ist der Fall des Hauptmanns Pfeffer.** Die „Freiheit" hat sich das Verdienst erworben, gerade das Material gegen ihn zu sammeln. Sie hat es dem Kriegsgerichtsrat Ramin auf sein Verlangen zur Verfügung gestellt. Aber dieser Herr scheint das für Pfeffer schwer belastende Material nicht einmal objektiv zu prüfen. Deshalb hat die „Freiheit" diesem Herrn jetzt erklärt, sie müsse es ablehnen, ihm weiteres Material zu geben, weil die Art seiner Untersuchung nicht die Gewähr objektiver Prüfung gäbe. **Wie soll man zu solchen Herren Vertrauen haben!** Der **Staatsanwalt**, der jetzt in Essen die große Rolle spielt, ist selbst **deutschnational.** (Hört, hört! b. d. U. S.) Gegen die sogenannten Arbeitsgemeinschaften schreitet man nicht ein.

Der berüchtigte

Leutnant Roßbach sitzt in Wannsee, Otto-Erich-Straße Nr. 18

und wirkt von dort weiter für Pommern und Schlesien. (Hört, hört! b. d. U. S.) Es geschieht aber nichts gegen diesen Mann. Alle Monarchisten können ungeniert ihr Wesen treiben. Sie stehen mit der Orgesch in Verbindung und können tun und lassen was sie wollen. Sie können ganz sicher sein, daß ihnen **von dieser Regierung nichts passieren wird.** (Sehr wahr! b. d. U. S.) So können die Putsche von rechts ohne Gefahr vorbereitet werden. Ehrhardt verhandelt mit **Stinnes, Ludendorff** und auch mit der **Deutschen Volkspartei** über einen neuen Putsch. (Hört, hört! b. d. U. S.) **Die Regierung weiß das alles, aber sie tut nichts.** Sie lädt damit die Verantwortlichkeit auf sich für alles das, was in der nächsten Zeit von rechts zu erwarten ist. (Sehr wahr! b. d. U. S.)

Am 8. März soll endlich gegen Hauptmann Pfeffer verhandelt werden. Aber wo? In Stargard in Hinterpommern!! Was hat Pfeffer mit Stargard zu tun? (Sehr wahr! b. d. U. S.) Er hat seine Orgeschtreibereien im Kreise Arnswalde vorgenommen, der meines Wissens bisher noch nicht zu Pommern gehört. Warum geht man wohl nach Hinterpommern? Die „Deutsche Zeitung" hat es verraten. Man scheut das Licht der Oeffentlichkeit. Was sagt der Reichswehrminister dazu? Man geht nach Stargard, um dort in aller Heimlichkeit leichter fertig zu bekommen:

den Freispruch Pfeffers.

(Sehr wahr! b. d. U. S.) Solche Zustände sind eine Schande. Die Ausnahmegerichte werden ganz von dem militärischen Befehlshaber zusammengestellt. **Solche Gerichte verdienen kein Vertrauen.** (Sehr wahr! b. d. U. S.) Angeklagte sind rechtlos. Dabei ist sogar Zuchthausstrafe möglich. Rechtsmittel gegen Urteile gibt es nicht. Das sind **Zustände, die an Ungarn erinnern.** (Sehr wahr! b. d. U S.)

Mit solchen Verordnungen führt der Reichspräsident **den Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft.** Der Sozialdemokrat Ebert gegen sozialistische Arbeiter! Und diesen Sozialdemokraten schützt die Sozialdemokratische Fraktion vor Kritik. Die deutsche Arbeiterschaft muß auch aus dieser volksfeindlichen Haltung des Reichspräsidenten und der Rechtssozialisten erkennen, daß es notwendig ist, **den heutigen Klassenstaat zu beseitigen.** (Lebhaftes Bravo! b. d. U. S.)

Vizekanzler Dr. Heinze: Nicht der Reichspräsident ist dem Hause politisch verantwortlich, sondern der Reichskanzler. Darum steht die Kritik einzelner Handlungen des Reichspräsidenten in diesem Hause in Widerspruch mit der Verfassung. Auf Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen. Den Vorredner bitte ich, alle seine Angriffe bei den Einzeletats vorzubringen, wo ihm dann die Antwort nicht verweigert werden wird.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Komm.): Verehrte Abwesende! (Heiterkeit!) Das leere Haus bei diesem Gegenstand kennzeichnet die hohe Achtung vor dem Reichspräsidenten. Der Reichspräsident ist wie ein Vexierbild: Man sieht und hört ihn nicht. Der Rechten paßt das sehr gut. Er ist ja nur ein Platzhalter für den neuen Kaiser. Einen besseren Mann kann sich die Rechte eben für ihre Zwecke gar nicht wünschen. Die Behandlung der politischen Prozesse, ist von ihm nicht anders zu erwarten. Sie (nach rechts) sollten alle derartigen Prozesse nach Hinterpommern verlegen, dort sind Sie vor Ueberraschungen und Störungen sicher.

Dr. Rosenfeld: Die Ausführungen des Herrn Justizministers sollen doch nur das Ziel verfolgen, die **politisch unbequeme Debatte über die Tätigkeit des Reichspräsidenten zu verhindern.** Die Behandlung unserer Anträge ist durch brutalen Mißbrauch des Rechts der Mehrheit verhindert worden. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Der Minister möchte nun auch noch die Besprechung verhindern. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Das ist ihm nicht gelungen und wird ihm nicht gelingen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Er weiß sachlich nichts zu antworten, und darum tut er so, als ob die Erörterung unzulässig wäre. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Der Herr Minister will uns zu einer **Geldbewilligungsmaschine** herabdrücken, und **das lassen wir uns einfach nicht gefallen.** (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Der Etat wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Einstimmig angenommen wird die Ausschuß-Entschließung auf Vorlegung einer Statistik der Gnadengesuche.

Es folgt der **Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds.**

Ohne Aussprache werden angenommen: Die Haushalte des Reichsmilitärgerichts und des Rechnungshofes. Abgesetzt wird die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums.

Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr: Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes, Haushaltsberatung, Entlastung der Gerichte.

Das Reichsverkehrswesen

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde am Sonnabend die Generaldebatte über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Reichsverkehrsminister **Groener** schildert die Schwierigkeiten bei dem Wiederaufbau der Eisenbahnverwaltung. Bei allen Maßnahmen wird an dem Gedanken der Verkehrseinheit unerschütterlich festgehalten. **Die Zerschlagung der Staatsbahnen in gemischtwirtschaftliche Betriebe lehne ich ab.** Voraussetzung für die Steigerung der Verkehrsleistungen ist eine größere Bewegungsfreiheit der Verwaltung, die nur durch eine Loslösung aus der allgemeinen Staatsverwaltung erreicht werden kann. Die bevorstehenden Tariferhöhungen sind unbedingt notwendig, um das Betriebsdefizit zu decken. Einschneidende Maßnahmen sind auf der Einnahmen- und Ausgabenseite erforderlich. Die Ursachen der finanziellen Notlage der Eisenbahnen liegen in dem Kriegsverschleiß, in der Abgabe der Betriebsmittel an die Entente, in einem vorübergehenden Rückgang des Verkehrs, **in der Steigerung der Bezüge des Personals, in einer ungeheuren Erhöhung aller Materialpreise usw. Die Beseitigung des Defizits** soll in der Weise erfolgen, **daß 10 Milliarden durch Tariferhöhungen und 5 Milliarden durch Ersparnisse eingebracht werden. Die Verminderung des Personals ist im Gange, an plötzliche Massenentlassungen wird nicht gedacht.** Ein Eisenbahnfinanzgesetz zur Ausführung des Art. 92 der Reichsverfassung ist in Vorbereitung, um die Finanzgebarung auf einen wirtschaftlicheren Boden zu stellen und ihr die notwendige Selbständigkeit zu geben.

Das Sinken der Betriebsleistungen ist zurückzuführen auf die militärischen Anforderungen im Kriege,

in der Zeit der Umwälzung ist dazu die plötzliche Umstellung auf den Achtstundentag gekommen. Der Tiefstand der Leistungen aber ist überschritten.

In den Eisenbahnwerkstätten mußten während der Demobilmachung zahlreiche ungeeignete und vielfach unwillige Arbeitskräfte aufgenommen werden. Die technische Ausrüstung der Werkstätten muß und soll verbessert werden, um eine wirtschaftlichere Beschäftigung der Arbeitskräfte zu erreichen. Ungeeignete Arbeitskräfte sollen abgestoßen und hochqualifizierte Kräfte herangezogen werden. Ich bin aus voller Ueberzeugung für eine Verbesserung der materiellen Lage der Eisenbahner in den **Grenzen des Möglichen eingetreten,** lehne aber die Bestrebungen, die zu einer allgemeinen Nivellierung der Einkommen führen sollen, ab. Ich hoffe, daß nunmehr eine allmähliche **Beruhigung des Personals** eintreten wird. Die Diebstahlsbekämpfung hat Erfolge aufzuweisen. Ich habe scharfe Weisungen gegeben, alle Schädlinge rücksichtslos aus dem Eisenbahndienst zu beseitigen.

Der Achtstundentag

hat durch die plötzliche, vorbereitungslose Einführung in der Eisenbahnverwaltung zu großen Schwierigkeiten geführt. Diese Schwierigkeiten müssen durch eine verständige Anwendung dieses Grundsatzes beseitigt werden. Für die Regelung der Dienst- und Ruhezeiten muß die Art der Arbeit maßgebend sein. **Ruhepausen und Bereitschaftszeiten dürfen nicht wie bisher in die Arbeitszeit eingerechnet werden.** Ein Gesetz über die Arbeitszeit bei den Eisenbahnen ist in Vorbereitung.

Jugendbewegung

Veranstaltungen der Soz. Proletarierjugend

An alle Ortsgruppen: Mittwoch, den 2. März, abends ½8 Uhr, Zentralvorstandssitzung. Jede Gruppe muß vertreten sein! Montag, den 7. März, abends ½8 Uhr, findet der nächste Vortrag für die Funktionäre statt. Jugendsekretariat, Breite Straße 8-9.

Gruppe Norden: Jugendheim Hussitenstraße 43 bei Lohmann. Sonntag, den 27. Februar, Wanderung nach Bernau. Abends 6 Uhr im Jugendheim: Spielabend. Dienstag, den 1. März: Brettspielabend. Freitag, den 4. März: Vortrag: Warum bin ich in einer Arbeiterjugendbewegung? Sonntag, den 6. März: Gruppen- und Kinderwanderung nach Birkenwerder.

Neukölln. Dienstag, den 1. März: Zahlabend. Freitag, den 4. März: Vortrag. Sonntag, den 6. März: Wanderung nach Birkenwerder. Jugendheim Schierkestraße 44, Ecke Ilsestraße.

Wedding. Schule Müllerstraße, Ecke Triftstraße. Dienstag, den 1. März: Mitgliederversammlung. Erscheinen eines jeden unbedingt notwendig. Freitag, den 4. März: Vortrag: Diktatur oder Demokratie. Sonnabend, den 5. März: Spiel- und Unterhaltungsabend. Sonntag, den 6. März: Wanderung Königswusterhausen—Krüpelsee.

„Freiheit". Jugendsekretariat Breite Straße 8-9. Donnerstag, den 3. März: Mitgliederversammlung 4½ Uhr. Jugendliche, die im Zentrum wohnen, sind herzlichst eingeladen.

Bernau. Schule Kronprinzen-Allee. Montags und Donnerstags ½8 Uhr.

Westen. Lokal von Wiemers, Bülowstraße 57. Dienstags und Freitags ½8 Uhr.

Süden—Südwest. Lokal von Schubert. Mathienstr. 14. Dienstags und Freitags ½8 Uhr.

Osten. Schule Petersburger Straße 4, Parterre, Zimmer 6. Montag ½8 Uhr: Brettspielabend.

Lichtenberg. Jugendheim Dossestraße 22. Sonntag, den 27. Februar, abends 8 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung mit Vortrag: Aufbau der Organisation.

Stralau. Schule Alt-Stralau 34. Montags, Mittwochs und Freitags 7 Uhr.

Adlershof. Baracke Hackenbergstraße 14. Sonntag, den 27. Februar, und Dienstag, den 1. März: Zusammenkunft.

Johannisthal. Jugendheim Johannes-Werner-Straße 21. Mittwochs und Sonnabends ½8 Uhr.

Berliner Bühnen-Spielplan

Vom 27. Februar bis 7. März

Wechselnder Spielplan

Volksbühne: 27., 2., 6. Kapitän Braßbounds Bekehrung. 28., 1., 5. Das [illegible]. Komödie der Irrungen. 3., 7. Wallensteins Tod. 4. Nach Damaskus, 1. Teil. — **Neues Volks-Theater:** 27., 28., 1., 2., 3., 7. Der [illegible]. 4. Maria Magdalena. 5., 6. Perikles von Tyrus. — **Staatl. Schauspielhaus:** 28. Sterne. 1., 3., 7. Sturm. 2. Marquis von Keith. 4. Peer Gynt. 5. Die Räuber. 6. Richard der Dritte. — **Staatl. Opernhaus:** 27. Josephslegende. Amoretten. 28. Tristan und Isolde. — **Deutsches Theater:** 27., 28., 2., 4., 5., 6., 8. Jungfrau von Orleans. 1., 3. Cäsar und Kleopatra. 7. Faust, 1. Teil. — **Kammerspiele:** 27. Die Büchse der Pandora. 28. Jenseits. 1. Er ist an allem Schuld. Der Heiratsantrag. Die Spieler. 2. [illegible]. Heitere Kunst. 3. Frühlings Erwachen. 4., 5., 6., 7., 8. Der König der dunklen Kammer. — **Großes Schauspielhaus:** 27. 1., 2., 4., 5., 8. Danton. 28., 3., 6., 7. Florian Geyer. — **Lessing-Theater:** 2. Peer Gynt, sonst täglich Ein idealer Gatte. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 27., 1., 3., 5., 8. Salome. 28., 2., 4. Jekaterina Iwanowna. — **Deutsches Opernhaus:** 28., 2., 6. Margarete. 1. Postillon von Lonjumeau. 3. [illegible]. 4. Martha. 5. Die Jüdin. 7. Mignon. — **Schiller-Theater:** 27. Alt-Heidelberg. 28., 2., 5., 7. Helden. 1., 3., 4., 6. Dr. Klaus. — **Walhalla-Theater:** 1. Tiefland. Ab 2. allabendlich Der Vogelhändler. — **Rose-Theater:** 27., 1., 4. Dr. Klaus. 28. Fahnenweihe. 2., 3., 6. Ledige Mütter. 5. Deserteure. 7. Das Tal des Lebens. — **Urania.** Theater: 28., 2. Spanien. 1., 3., 5. Mit dem Flugzeug zur Nord- und Ostseeküste. 27., 4. Von San Remo nach Florenz. Hörsaal: 28. Dynamomaschinen. 1. Krankheitsverhütung. 2. Vererbungslehre. 3. Tiefsee. 5. Wechselstrom und Drehstrom. — **Treptower Sternwarte.** 27., 6., 7. Wunder des Schneeschuhs. 1. Astronomie im Opernglas und kleinem Fernrohr. 6. Die deutschen Ostseebäder.

Allabendlich

Deutsches Künstlertheater: Die [illegible]. — **Komödienhaus:** Das weiße Lämmchen. — **Berliner Theater:** Die spanische Nachtigall. — **Kleines Schauspielhaus:** Reigen. — **Die Tribüne:** Der Mann des Schicksals. Blanco Posnets Erweckung. — **Kleines Theater:** Casanovas Sohn. — **Trianon-Theater:** Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf. [illegible]. — **Residenz-Theater:** Lady Windermeres Fächer. — **Lustspielhaus:** Die Mausefalle. — **Metropol-Theater:** Das Hollandweibchen. — **Komische Oper:** Bis einschließlich 3. Liebe im Schnee, ab 4. Zigeunerblut. — **Theater des Westens:** Schwalbenhochzeit. — **Theater am Nollendorfplatz:** Wenn Liebe erwacht. — **Neues Operettentheater:** Der lachende Ehemann. — **Wallnertheater:** Die Tanzgräfin. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** Ihre Hoheit die Tänzerin. — **Zentraltheater:** Die Postmeisterin. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Der verjüngte Adolar. — **Luisentheater:** Bis einschließlich 28. Wenn Wünsche töten könnten. Ab 1. Der lockere Zeisig. — **Casino-Theater:** Der Großfürst.

Vor- und Nachmittags

Volksbühne: 27., 6. Das Käthchen von Heilbronn. — **Neues Volkstheater:** 27. 6. Nora. — **Staatliches Schauspielhaus:** 6. Der Kronprinz. — **Deutsches Theater:** 27. Die deutschen Kleinstädter. 6. Russisches Gastspiel: Das Gewitter. — **Kammerspiele:** 27., 6. Frühlings Erwachen. 6. vorm. Verlesung Else Lasker-Schüler. — **Großes Schauspielhaus:** 27. Danton. 6. Florian Geyer. — **Lessing-Theater:** 27., 6. Frau Warrens Gewerbe. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 27., 6. Rausch. — **Deutsches Opernhaus:** 6. Das Glöckchen des Eremiten. — **Schiller-Theater:** 27., 6. Der Meineidbauer. 2. Don Carlos. — **Walhalla-Theater:** 6. Der Barbier von Sevilla. — **Deutsches Künstler-Theater:** 27., 6. Pygmalion. — **Komödienhaus:** 27., 6. Der Herr Minister. — **Berliner Theater:** 27., 6. Der letzte Walzer. — **Die Tribüne:** 6. Bunbury. — **Kleines Theater:** 27., 6. Pfarrhauskomödie. — **Trianon-Theater:** 6. Die [illegible]. — **Residenz-Theater:** 27., 6. Die Freundin. — **Lustspielhaus:** 27., 6. Renaissance. — **Komische Oper:** 6. Der Biberpelz. — **Theater des Westens:** 27., 6. Die Frau im Hermelin. — **Theater am Nollendorfplatz:** 27. Eva. 6. Der Juxbaron. — **Wallner-Theater:** 6. Eine Ballnacht. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** 6. Hans Huckebein. — **Zentral-Theater:** 6. Die Heimat. — **Luisen-Theater:** 27. Zwerg Nase. 5. Rumpelstilzchen. 6. Hänsel und Gretel. — **Casino-Theater:** 27. Eine fidele Ehe.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend E. G. m. b. H.

Manufakturwarenlager: Brunnenstraße 188-190 * Warenhaus: Reinickendorfer Straße 21 / Pankstraße 89

Zur Frühjahrs-Saison empfehlen wir:

Roh-Nessel ca. 80 cm breit Meter		7^{90}
Hemdentuch gute Qualität, 80 cm breit Meter		10^{90}
Louisianatuch starke Ware, 80 cm 14^{50} 130 cm		29^{75}
Hemden-Barchent gestreift		12^{50}
Schotten für Kinderkleider		29^{75}
Blusen-Stoffe moderne Streifen		27^{50}
Block-Karos schwarz-weiß		24^{50}
Seiden-Batist bedruckt, hübsche Muster		14^{80}
Gardinen Meter	7^{90}	9^{75}
Halb-Stores Erbstüll	55^{00}	79^{00}
Schlafdecken modefarbig, mit Kante		49^{00}
Batist-Kragen	4^{50}	7^{50}
Korsetts	29^{75}	42^{50}
Korsetts weiß	39^{50}	65^{00}

Damen-Blusen		18^{50}
Damen-Blusen aus Voile und Schleierstoff	29^{50}	49^{50}
Dirndl-Kleider		110^{00}
Kleider-Röcke	49^{00}	79^{00}
Oberhemden, Prima Percal m. Klappmansch. u. pass. Sportkragen		80.00
Sport-Kragen, gute Qualität	4.90	[illegible] 5.90
Herren-Hüte weich, moderne Form	49^{00}	59^{00}
Herren-Hüte schwarz, Glocke, sehr gute Qualität		69^{00}
Burschen-Hosen		69^{00}
Herren-Hosen feste Stoffe	85^{00}	95^{00}
Herren-Anzüge gute Qual., beste Verarb.	490^{00}	550^{00}
Damen-Stiefel mit und ohne Lackkappe		139^{00}
Damen-Halbschuhe Chevreau m. Lackkappe		120^{00}
Herren-Stiefel Goodyear-Welt		195^{00}

Damen-Hemden prima Stoff mit Stickerei	34^{50}	37^{50}
Damen-Beinkleider mit Languette und Stickerei	35^{00}	39^{75}
Wirtschaftsschürzen feste Stoffe	24^{50}	28^{50}
Schürzen Wiener Form, hübsche Muster	29^{75}	37^{50}
Herren-Hemden Macco		33^{00}
Herren-Hemden Macco mit Einsatz		39^{00}
Herren-Hemden Normal		32^{00}
Herren-Hemden Normal, mit Einsatz		37^{50}
Herren-Hosen Normal	27^{50}	Macco 27^{00}
Damen-Strümpfe schwarz, braun	6^{90}	9^{50}
Damen-Strümpfe engl. lang, m. Doppelsohle und Hochferse		12^{50}
Damen-Strümpfe schwarz, Flor, mit Seidengriff		19^{50}
Füßlinge schwarz und braun		2^{90}
Herren-Socken schwarz und farbig, gute Qualität		9^{75}

Die Geschäfte sind von 9-6 Uhr geöffnet!

Zur Einsegnung u. Jugendweihe **Kleider und Anzüge** in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Verkauf **nur** an Mitglieder!